Walter Eucken **Institut**

ORDO → Constitutio in Libertate

50 Jahre Walter Eucken Institut
Jahresbericht 2003
Das Walter Eucken Institut - Ein Überblick

Jahresbericht 2003

www.walter-eucken-**institut**.de

Redaktion:
Dipl.-Volksw. Wendula Gräfin v. Klinckowstroem, Walter Eucken Institut, Freiburg
Gestaltung:
Michael Mack, Freiburg, info@macomat.de, www.macomat.de
Druck:
Burger Druck, Waldkirch-Kollnau
Photos:
Walter Eucken Institut, Freiburg
Zitat (Rückseite):
James M. Buchanan: Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics,
Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik Nr.03/9 (2003), S.10
(Übersetzung von Michael Wohlgemuth)

Walter Eucken Institut . Goethestr. 10 . 79100 Freiburg . Fon (0761) 79097-0 . Fax (0761) 79097-97
wei-freiburg@walter-eucken-institut.de . www.walter-eucken-institut.de

Inhalt

Geleitwort von Viktor J. Vanberg 4

Teil 1 - 50 Jahre Walter Eucken Institut

I. Programm des Festakts am 30. Januar 2004 7

II. Ansprachen im Rahmen des Festakts 8

III. "Wir sind keine Politikberater": ein Gespräch mit der Badischen Zeitung 20

Teil 2 - Jahresbericht 2003

I. Vortragsveranstaltungen 23

II. 1. Freiburger Symposium zur Ordnungsökonomik 26

III. Der "Freiburger Aufruf Politikreform": Hintergrund, Zielsetzung, Förderer 28

IV. Veröffentlichungen des Walter Eucken Instituts 30

V. Veröffentlichungen und Vorträge der Mitarbeiter 36

VI. Gastwissenschaftler 42

Teil 3 - Das Walter Eucken Institut - Ein Überblick

I. Zielsetzung 45

II. Mitarbeiter 45

III. Forschungsschwerpunkte 46

IV. Organe des Trägervereins 47

V. Fördernde Mitglieder 49

VI. Pressespiegel 50

Otto Schlecht (1925-2003) zum Gedenken

von Reinhold Veit 62

James M. Buchanan: Ehrenpräsident des Walter Eucken Instituts

von Michael Wohlgemuth 65

Geleitwort

Professor Dr. Viktor J. Vanberg

Direktor und Mitglied des Vorstandes
des Walter Eucken Instituts

Direktor der Abteilung Wirtschaftspolitik
Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Nach der Reorganisation des Instituts im Jahre 2001 war das Berichtsjahr 2003 das erste Jahr im "Normalbetrieb", und ich hoffe, der vorliegende Bericht kann überzeugend dokumentieren, dass das Walter Eucken Institut auf einem guten Wege ist, sowohl was die wissenschaftliche Forschung als auch was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangt.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im vergangenen Jahr war der Start der Vortragsreihe "Freiburger Aufruf Politikreform", ein Projekt, das das Institut durch eine gemeinsame Initiative mit dem Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden e.V. (WVIB) und dank der Unterstützung großzügiger Sponsoren auf den Weg bringen konnte (vgl. S. 28f.). Anliegen dieser Vortragsreihe ist es, deutlich zu machen, dass die seit langem erkannten Schwierigkeiten der Durchsetzung dringend notwendiger Reformen in notorischen Problembereichen (Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme u.a.) ihre Ursache in Funktionsmängeln unserer politischen Entscheidungsprozesse haben, und dass man deshalb bei der Suche nach nachhaltigen Problemlösungen vor allem auch die Frage notwendiger Reformen in den Spielregeln unseres politischen Systems ins Auge fassen muss.

Ein besonderer Höhepunkt unter den Veranstaltungen des Instituts war ein Symposium zu den Zukunftsperspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, zu dem eine beachtliche Gruppe von kompetenten Vertretern verschiedener Disziplinen zusammengebracht werden konnte, und das mit einer hochkarätig besetzten öffentlichen Diskussionsrunde von Wirtschafsjournalisten abgeschlossen wurde (vgl. S. 24 und 26f.). Eine Veröffentlichung der Beiträge zu diesem Symposium ist in Vorbereitung.

Am 11. Januar 2004 jährte sich zum 50. Mal die Gründung des Walter Eucken Instituts. Aus diesem Anlass enthält dieser Tätigkeitsbericht einen eigenen Teil, der diesem Jubiläum gewidmet ist. Darin wird auch über die Jubiläumsveranstaltung berichtet, die am 30. Januar 2004 stattfand. Obschon dieses Ereignis nicht mehr in den Berichtszeitraum 2003 fiel, erschien es uns doch wegen seiner Nähe zur Jahreswende angebracht, darüber bereits hier zu berichten (vgl. S. 7ff.).

Mit großer Betroffenheit erhielten wir die Nachricht vom plötzlichen Tod von Professor Otto Schlecht, der auf unserer Jubiläumsveranstaltung das Einleitungsreferat hatte halten wollen. Mit einem von Dr. Veit verfassten Beitrag erinnern wir an das Leben und Wirken dieses langjährigen Freundes und Förderers des Walter Eucken Instituts (vgl. S. 62ff.).

Um die Bemühungen des Instituts zu unterstreichen, die Forschungstradition der Freiburger Schule mit der von ihm begründeten modernen Konstitutionenökonomik zu verbinden, hat die Mitgliederversammlung anlässlich des 50-jährigen Gründungsjubiläums beschlossen, den Nobelpreisträger Professor James M. Buchanan zum Ehrenpräsidenten des Walter Eucken Instituts zu ernennen. Wir sind stolz und erfreut, dass Professor Buchanan diese Nominierung angenommen hat. Der von Dr. Wohlgemuth verfasste Beitrag gibt einen Überblick über Professor Buchanans wissenschaftliches Werk (vgl. S. 65ff.).

Unser herzlicher Dank gilt wiederum allen, die im vergangenen Jahr durch ihr Interesse an unseren Veranstaltungen, durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit in den Gremien des Instituts, durch ihre Mitgliedschaft im Trägerverein, als fördernde Mitglieder und durch ihre Spenden die Arbeit des Walter Eucken Instituts unterstützt haben. Ohne diese Unterstützung wäre vieles von dem nicht möglich gewesen, worüber im Folgenden berichtet wird.

Freiburg, im März 2003 Viktor J. Vanberg

50 Jahre Walter Eucken Institut

I. Programm des Festakts am 30. Januar 2004

Freitag, 30. Januar 2004, 17 Uhr c.t.,
Aula der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Programm

Giovanni Bonaventura Viviani (1638-1692): Sonata prima in C

Begrüßung

Prof. Dr. Viktor J. Vanberg
Vorstand und Direktor des Walter Eucken Instituts

Grußworte

Dr. Horst Mehrländer
Staatssekretär im Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Jäger
Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Otto Neideck
Erster Bürgermeister der Stadt Freiburg

Giovanni Bonaventura Viviani (1638-1692): Sonata seconda in C

Festvorträge

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jürgen Papier
Präsident des Bundesverfassungsgerichts
"Ordnungsprobleme der Politik"

Domenico Gabrielli (um 1659-1690): Sonata quinta in C, 1. Satz

Prof. Dr. h.c. Martin Hellwig, Ph.D.
Universität Mannheim, Vorsitzender der Monopolkommission
"Zur Aktualität ordnungspolitischen Denkens"

Domenico Gabrielli (um 1659-1690): Sonata sexta in C

Empfang

Musikalische Gestaltung
Christian Glogau, Trompete
Dr. Michael Gassmann, Orgel

II. Ansprachen im Rahmen des Festakts

Begrüßungsansprache
von Prof. Dr. Viktor J. Vanberg

Ein Rückblick auf die Geschichte
des Walter Eucken Instituts

Die Gründung des Walter Eucken Instituts, die wir heute feierlich begehen, erfolgte, um genau zu sein, vor 50 Jahren und 19 Tagen, nämlich am 11. Januar 1954. An diesem Tag wurde das Institut in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins beim Amtsgericht Freiburg ins Leben gerufen. Zweck des Vereins und damit Aufgabe des Instituts sollte es sein, sich als eine unabhängige Einrichtung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung zu widmen, insbesondere der Untersuchung von Problemen, deren Lösung für die Erhaltung und Weiterentwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Die Institutsgründer waren Freunde und Schüler Walter Euckens, der im März 1950 allzu früh, zwei Monate nach Vollendung seines 59. Lebensjahres, während einer Vortragsreise in London mitten aus seiner Arbeit gerissen worden war. Es ging darum, eine Einrichtung zu schaffen, die sein Lebenswerk - die wissenschaftliche Durchdringung der für die Erhaltung einer menschenwürdigen, freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung notwendigen Grundlagen - fortsetzt und weiterentwickelt.

Zu den neun Gründungsmitgliedern, die die Vereinssatzung am 15. Dezember 1953 unterschrieben, gehörten Euckens langjährige Freunde und wissenschaftliche Weggefährten, die Professoren Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, seine Schüler, die Professoren Friedrich A. Lutz und Friedrich W. Meyer, sowie sein Assistent, K. Paul Hensel, der spätere Begründer und Leiter der Marburger Forschungsstelle zum Vergleich von Wirtschaftssystemen. Wertvolle Unterstützung bei der Institutsgründung und in den folgenden Aufbaujahren leistete der damalige Bundeswirtschaftsminister Professor Ludwig Erhard, der ab 1955 auch dem wissenschaftlichen Kuratorium des Instituts angehörte. Entscheidenden Anteil an der Gründung des Instituts hatte die Witwe Walter Euckens, Frau Edith Eucken-Erdsiek. Sie hat das Institut bis zu ihrem Tod im Jahr 1985 mit Rat und Tat unermüdlich gefördert.

Die erste ordentliche Mitgliederversammlung des Walter Eucken Instituts fand am 1. Juni 1956 statt. Der Kreis der Mitglieder wuchs rasch. Zu den ersten, die hinzukamen, zählten neben Ludwig Erhard die Eucken-Schüler Professor Karl Friedrich Maier, Professor Hans Otto Lenel, Professor Ernst Heuss sowie Professor Otto Schlecht, der das Institut von den Anfangsjahren an in vielfältiger Weise fördernd begleitet hat, und der eigentlich heute an meiner Stelle einige Worte zur Institutsgeschichte hatte sagen wollen, der aber, wie Sie wissen, vor einigen Wochen so überraschend von uns genommen worden ist. Es ist besonders schmerzlich für uns, dass er den heutigen Festtag nicht mit uns begehen kann. Das Walter Eucken Institut wird seine langjährige und tatkräftige Unterstützung in dankbarer Erinnerung behalten.

Es ist natürlich nicht möglich eine angemessene Würdigung all der Persönlichkeiten vorzunehmen, die über ein halbes Jahrhundert hin die Geschicke des Instituts geprägt haben. Doch lassen Sie mich zumindest einige wenige Personen nennen, die die Arbeit des Instituts in besonderer Weise gefördert haben. Den Gründungsvorstand des Instituts bildeten Friedrich A. Lutz, damals Professor in Zürich, und Friedrich W. Meyer, damals Professor in Bonn, die dieses Amt mehr als 20 Jahre lang ausübten und damit Aufbau und Entwicklung des Instituts maßgeblich bestimmten. Friedrich Lutz hatte bereits 1925 in Tübingen bei

Walter Eucken promoviert, war diesem dann 1927 nach Freiburg gefolgt und hatte sich dort 1932 habilitiert. Friedrich Meyer hatte 1937 bei Eucken promoviert und sich 1938 habilitiert.

Im Jahr 1964 wurde als drittes Vorstandsmitglied Friedrich August von Hayek hinzugewählt, der zwei Jahre zuvor einem Ruf an die Universität Freiburg gefolgt war, und der bei seiner Antrittsvorlesung ausdrücklich betonte, dass er sich mit seiner Arbeit in der Forschungstradition Euckens sah, mit dem er über viele Jahre hin freundschaftlichen Kontakt gepflegt hatte. Als Hayek dann 1970 an die Universität Salzburg ging, übernahm sein Nachfolger auf dem Freiburger Lehrstuhl, Erich Hoppmann, das Vorstandsamt, der gut 15 Jahre lang die Institutsarbeit entscheidend förderte, und der heute leider aus gesundheitlichen Gründen nicht bei uns sein kann. Hayek blieb dem Institut jedoch, nachdem er 1976 nach Freiburg zurückgekehrt war, bis zu seinem Tod im Jahr 1992 als Ehrenpräsident eng verbunden.

Die Leitung der Geschäfte des Walter Eucken Instituts lag in den ersten Jahren bei Professor Karl Friedrich Maier, und sie ging danach in die Hände der von Anfang an im Institut tätigen Wissenschaftler Dr. Alfred Bosch und Dr. Reinhold Veit über. Ihrer Initiative und dem politischen Willen des damaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Professor Filbinger, ist es zu verdanken, dass das Walter Eucken Institut in die Förderung des Landes aufgenommen worden ist, und dass unsere heutige Arbeit durch die finanzielle Unterstützung des Landes gesichert ist. Die Nachfolge von Dr. Bosch und Dr. Veit traten 1991 die Herren Dr. Lüder Gerken und Dr. Wolfgang Kerber an. Nach seiner Habilitation verließ Dr. Kerber das Institut 1994 und Dr. Gerken nahm alleine die Geschäftsführung des Instituts wahr, bis er im Jahre 2001 an das Frankfurter Institut in Berlin wechselte. Seit der Neuorganisation des Instituts im Jahre 2001 liegt die Leitung in meinen Händen. Als Forschungsreferenten konnten Dr. Michael Wohlgemuth und Dr. Nils Goldschmidt gewonnen werden, die beide in ihrer Ausbildung durch die Freiburger Tradition geprägt worden sind und mit ihren Forschungsinteressen vorzüglich in das Profil des Instituts hineinpassen.

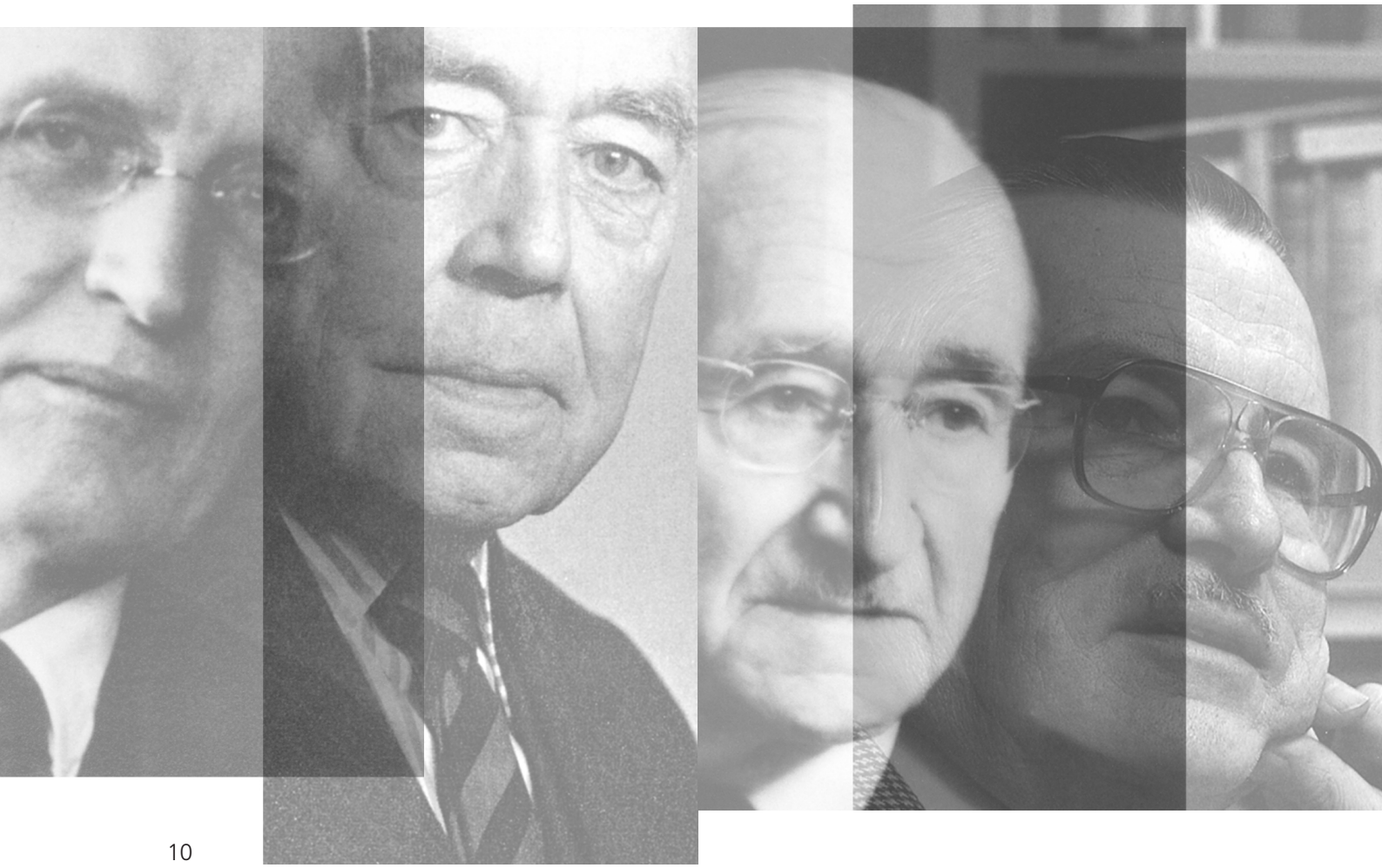
Die Gründungssatzung aus dem Jahr 1954 sah neben Vorstand und Mitgliederversammlung als weiteres Organ des Vereins ein wissenschaftliches Kuratorium vor, das die Arbeit des Instituts beratend begleiten sollte. Zu ihm gehörten in den ersten Jahrzehnten - um nur einige Namen zu nennen - Walter Euckens Freund und Weggefährte aus der Freiburger Forschungs- und Lehrgemeinschaft der 1930er Jahre, der Jurist Franz Böhm, die Freunde Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Friedrich A. v. Hayek, sowie seine Freiburger Kollegen, der Rechtswissenschaftler Ernst v. Caemmerer und der Agrarwissenschaftler Constantin v. Dietze. Weiterhin gehörten dem Kuratorium neben Ludwig Erhard, den ich bereits erwähnt hatte, Professor Luigi Einaudi, der Staatspäsident von Italien, an sowie die Professoren Gottfried Haberler, Alfred Müller-Armack und Erich Welter.

Seit seinen Anfängen hatte das Institut zwei Hauptschwerpunkte in seiner Arbeit, nämlich einerseits, Forschungsarbeiten zu ordnungspolitischen Grundsatzfragen und zu aktuellen Problemen der Ordnungspolitik zu leisten, und andererseits, durch Vorträge, Konferenzen, Gesprächskreise und geeignete Veröffentlichungen Anstöße zur öffentlichen Diskussion ordnungstheoretischer und ordnungspolitischer Fragen zu geben. Zu der langen Reihe von Vorträgen, die das Walter Eucken Institut in den vergangenen 50 Jahren veranstaltet hat [vgl. www.walter-eucken-institut.de/vortragsliste] will ich lediglich vermerken, dass der erste Vortrag im Sommersemester 1954 von Friedrich Hayek gehalten worden ist, der damals noch den Lehrstuhl für Moral and Social Sciences an der University of Chicago innehatte, und zwar zum Thema "Progressiv- oder Proportionalsteuer".

Auch zu der großen Zahl von Symposien, Konferenzen und Tagungen, die das Walter Eucken Institut in den vergangenen Jahrzehnten organisiert hat, will ich hier nur anmerken, dass die Zusammenarbeit mit der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung in Bonn und mit dem Liberty Fund in Indianapolis für das Institut sehr bedeutsam war und bedeutsam ist. So wird im Juni dieses Jahres wieder eine gemeinsame Konferenz mit dem Liberty Fund über "Classical Liberalism and International Order" stattfinden, und im Herbst werden

wir zum vierten Mal mit der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung unseren Workshop "Ordnungsökonomik und Recht" durchführen.

Lassen Sie mich den Rückblick auf die ersten fünf Jahrzehnte unseres Instituts mit einem Wort des Dankes an all diejenigen - insbesondere unter den hier Anwesenden - beschließen, die durch ihre Arbeit im Institut und durch ihr Engagement als Mitglieder, als Fördermitglieder und insbesondere in den Gremien des Instituts dazu beigetragen haben, dass wir heute mit einigem Stolz auf das bislang Geleistete zurückblicken können. Ein besonderer Dank gebührt zwei Personen, die durch ihren langjährigen treuen und engagierten Einsatz für das Institut einen unersetzlichen Beitrag zur Kontinuität geleistet haben, ohne den die drei "Neuen", Dr. Goldschmidt, Dr. Wohlgemuth und ich, sich nicht so reibungslos in die Institutsbelange hätten einfinden können. Gräfin Wendula von Klinckowstroem nimmt seit fast 27 Jahren die wichtige Aufgabe der redaktionellen Betreuung der Veröffentlichungen des Instituts mit größter Kompetenz und Sorgfalt war, und Frau Ursula Mayer leitet seit 20 Jahren mit umfassender Kenntnis sowie wohltuender Ruhe und Freundlichkeit das Sekretariat des Instituts. Ihnen sei an dieser Stelle ein besonderes Dankeschön gesagt. Mit ihrer Unterstützung und der Mitarbeit meiner tüchtigen Forschungsreferenten, Dr. Goldschmidt und Dr. Wohlgemuth, bin ich zuversichtlich, der Arbeit des Walter Eucken Instituts eine Ausrichtung geben zu können, die dem satzungsmäßigen Auftrag des Instituts voll gerecht wird und dabei die Freiburger Forschungstradition produktiv weiterentwickelt, eingebettet in neuere Entwicklungen der modernen Ökonomik, die dem Geiste dieser Tradition nahe stehen.



Grußwort
von Staatssekretär Dr. Horst Mehrländer

Zur heutigen Feier des 50-jährigen Bestehens des Walter Eucken Instituts überbringe ich Ihnen herzliche Grüße und Glückwünsche des Herrn Ministerpräsidenten Erwin Teufel, des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Walter Döring und der Landesregierung insgesamt. Und ich schließe meine persönlichen Glückwünsche an! Die Landesregierung beglückwünscht Sie, Herr Professor Vanberg als Leiter, alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie alle ehemaligen Angehörigen des Instituts zu einer 50-jährigen erfolgreichen Arbeit im Sinne Walter Euckens.

Meine Damen und Herren, der Beitrag Walter Euckens zur wirtschaftswissenschaftlichen Theorie und wirtschaftspolitischen Praxis in Deutschland kann kaum überschätzt werden. Eucken löste sich von der lange vorherrschenden Historischen Schule in der Nationalökonomie und befürwortete die Betonung theoretischer Forschung, ohne den jeweiligen geschichtlichen Kontext zu vernachlässigen. Eucken trug zur Geldtheorie mit seiner Forderung nach Unabhängigkeit der Zentralbank bzw. nach dem Primat der Währungspolitik ebenso bei wie später vor allem zu den Grundlagen der Ordnungspolitik.

Nationalökonomie muss sich - so Eucken - mit der Gestaltung der Wirtschaftsordnung beschäftigen und ihre Stellung zur Wirtschaftspolitik klären. Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei die Verhinderung ungewollter Tendenzen und die Beachtung der Interdependenzen mit anderen Ordnungskategorien - so Eucken. Angesichts der heutigen Komplexität in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Technik - wie ich meine - ein sehr aktuelles Anliegen.

Unter den verschiedenen Ordnungsformen hob Eucken die Marktordnung als die geeignetste zur Mehrung des allgemeinen Wohlstandes hervor. Eucken trat für eine weitgehende Förderung vollständiger Konkurrenz durch staatliche Wettbewerbspolitik und Beschränkung des Einflusses wirtschaftlicher Machtgruppen ein. Die Forderung nach Privateigentum und die Forderung nach Vertragsfreiheit, Haftungsprinzip und Rechtsstaat wird bei Eucken vom Rechtsdogma zum ökonomischen Prinzip. Der Staat dürfe keine wirtschaftliche Macht ausüben, sondern müsse sich auf die Rahmensetzung beschränken. Zentrales Element sei eine Konstanz der Wirtschaftspolitik, die die Planungssicherheit der Wirtschaftssubjekte sicher stellt.

Ich nenne diese von Walter Eucken formulierten Gedanken und Prinzipien, weil sie am Beginn des 3. Jahrtausends so aktuell wie eh und je sind - insbesondere für einen liberalen Wirtschaftspolitiker. Und aufbauend auf diesen Gedanken und Prinzipien begründete Walter Eucken zusammen mit Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth die Freiburger Schule bzw. den Ordoliberalismus.

Das Walter Eucken Institut nahm das Erbe Walter Euckens nur vier Jahre nach seinem Tode auf und führte es - aus unserer Sicht - erfolgreich fort. Dies gilt besonders für die am Walter Eucken Institut gepflegte Ordnungs- bzw. Konstitutionenökonomik. Ein weiterer Schwerpunkt des Instituts ist die "Aufklärungsarbeit", die sich an Öffentlichkeit und Politik richtet, besonders aber die Beeinflussung der politischen Diskussion selbst; zum Beispiel mit dem "Freiburger Aufruf" für eine Debatte um eine Reform des politischen Prozesses.

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg fördert das Walter Eucken Institut seit langer Zeit ideell und auch finanziell. Deshalb wurde das Institut im Februar 2001 von einer Experten-Kommission evaluiert - mit positivem Ergebnis. Herzlichen Glückwunsch! Hohe Anerkennung!

Entsprechend den Empfehlungen der Gutachter wurde zur Verbreiterung der Forschungstätigkeiten und Intensivierung der Nachwuchsförderung eine Kooperation mit der Universität Freiburg eingegangen. Damit einher ging auch die Übergabe der Institutsleitung an Sie, Herr Professor Vanberg, als einem äußerst profilierten Vertreter der Volkswirtschaftslehre. Und gleichzeitig wurden die Fördermittel des Landes aufgestockt. Und dies in diesen dramatischen Zeiten knapper öffentlicher Kassen. Das ist Beweis für die Wertschätzung des Eucken Instituts durch die Landesregierung. Und damit wurden die Voraussetzungen verbessert, nicht nur die erfolgreichen Vortragsveranstaltungen mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik fortzuführen, sondern auch die wissenschaftliche Arbeit auszubauen.

Meine Damen und Herren, nach dem 2. Weltkrieg standen nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik der jungen Bundesrepublik Deutschland Grundsatzentscheidungen an, sondern auch und gerade in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Als einer der ersten, die die wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen beeinflussten, ist Walter Eucken mit seinem großen Einfluss auf die Idee der Sozialen Marktwirtschaft zu nennen.

Es ist neben anderen ihm zu verdanken, dass grundlegende Entscheidungen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland - z.B. im Wettbewerbsrecht und der Geldpolitik - im Sinne der Freiheit und des Wohlstandes getroffen wurden. Auch die Namen Böhm und Großmann-Doerth haben heute ebenso wenig von ihrem guten Klang verloren wie die Namen Miksch, Rüstow, Lutz, Röpke, Müller-Armack und Erhard.

Auch heute stehen wieder Grundsatzentscheidungen an. Die Politik kann ordnungspolitisch fundierten Rat der Wissenschaft gut gebrauchen. Nicht im Sinne einer Verlagerung der Diskussion vom parlamentarischen Prozess in Kommissionen, Arbeitsgruppen und Beiräte. Nein, es geht darum, im Dickicht des realen Lebens Schneisen zu schlagen und wahrgenommene politische Ohnmacht zu überwinden. Voraussetzung ist allerdings, dass der ordnungspolitische Rat auch offene Ohren findet.

Eine Publikation von Herrn Dr. Wohlgemuth, einem Mitarbeiter des Eucken Instituts, in diesem Jahr mit dem Titel "Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis", kommt da gerade recht. Ich meine: Die Herausforderung für die Wissenschaft besteht darin, auf die Komplexität der heutigen Welt nicht mit abstrakten und vielleicht sogar schon zu oft gehörten Weisheiten zu antworten. Vielmehr geht es darum, konkret auf Bedürfnisse im einzelnen einzugehen und eine Verbindung zu der übergeordneten Wirtschafts- und Sozialordnung herzustellen.

Es muss klar werden, wo sich Politik - oftmals mit Macht ausgestattetem - Anspruchsdenken und Klientel widersetzen muss. Eine Staatsquote von rund 50% muss in ordnungspolitischer Hinsicht überaus bedenklich stimmen - und sie muss abgebaut werden! Der Globalisierung alleine kann die häufig wahrgenommene Ohnmacht der Politik gewiss nicht angelastet werden. Denn: Es gibt - so auch schon Eucken - kein eindeutiges Rangverhältnis zwischen Wirtschaft und Politik.

Staatliches Handeln als Sozialpolitik ist weder ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik noch ein Rivale, sondern ihre gegenseitige Bedingung. Oder wie Eucken es ausdrückt: "Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre". Kurz gesagt: Wirtschaftspolitik ist gleichzeitig Sozialpolitik. Und in dieser Sichtweise wäre es fatal, einen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Sozialstaat herzustellen. Insofern halte ich die Abgrenzung von Weltwirtschafts- und Weltsozialforum inhaltlich nicht für gerechtfertigt. Dadurch bauen sich nur Gegensätze auf!

Meine Damen und Herren, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung hat sich seit Eucken weiterentwickelt. Schulen und Fächer haben sich gebildet, konkurrieren miteinander oder schaffen Synergien. Sie alle

versuchen, ökonomische und gesellschaftliche Prozesse zu erklären und die zugrunde liegenden Prinzipien zu verstehen. Ich wünsche uns neben neuen Forschungsergebnissen auch einen schnellen Wissenstransfer aus den Wirtschaftswissenschaften heraus in die Politik und in die Wirtschaft.

In diesem Sinne gratuliere ich dem Walter Eucken Institut noch einmal sehr herzlich zu seinem 50-jährigen Bestehen und wünsche für die Zukunft weiterhin eine fruchtbare Arbeit.

50 Jahre >>
1954 - 2004

Grußwort
des Rektors der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.,
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Jäger

Der Rückblick auf die Gründung des Walter Eucken Instituts vor 50 Jahren ist zugleich ein Blick in die Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität.

Das Institut wurde im Januar 1954 von Freunden und Schülern Walter Euckens gegründet, der noch heute zu den bekanntesten und geachtetsten Forschern und Lehrern in der Geschichte unserer Universität zählt. Walter Eucken, 1927 von Tübingen nach Freiburg als Nachfolger von Götz Briefs auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie berufen, entwickelte an der Freiburger Universität nicht nur seine bahnbrechenden wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen.

Er war in Zeiten der nationalsozialistischen Diktatur zugleich die zentrale Identifikationsfigur der universitären Opposition gegen das menschenverachtende NS-Regime und dessen Strukturen. Sein Engagement in den "Freiburger Kreisen" der Widerstandsbewegung ist klar belegt. Nicht zuletzt war es hier auch die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Ökonomen und Juristen an der damaligen "Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät", die in diesen schweren Zeiten die Gruppe um Eucken zu einem Hort liberaler Ideen werden ließ.

Ohne diese interdisziplinäre Zusammenarbeit hätte es die "Freiburger Schule" in ihrer sowohl akademisch als auch politisch einflussreichen Form wohl kaum gegeben. Ich erinnere nur an den Juristen Franz Böhm, der maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Kartellgesetzgebung genommen hat, aber auch an den in Vergessenheit geratenen Juristen Hans Großmann-Doerth, die beiden weiteren "Gründungsväter" der Freiburger Schule.

Ich glaube nicht, dass es Zufall war, der diese Persönlichkeiten gerade an der Universität Freiburg zusammenhielt. Schnell entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Eucken, Böhm, Großmann-Doerth und deren Schülern. Lassen Sie mich Walter Eucken selbst zum Zeugen hierfür anführen. Ich zitiere aus einem Brief an seine Mutter aus dem Jahr 1935: "Wir haben hier so ausserordentlich günstige Verhältnisse und der hiesige Kreis beginnt so stark zu wirken, daß ich unter keinen Umständen weg möchte. - Es war doch ein großes Glück, daß ich mit so jungen Jahren den Freiburger großen Lehrstuhl erhielt."

Ein großes Glück war es auch, dass es Eucken und seinen Mitstreitern gelang, die rechtlichen und ökonomischen Grundlagen einer "freien und menschenwürdigen Ordnung" anfangs noch weitgehend im Untergrund zu erforschen und nach dem Kriege als "Grundsätze der Wirtschaftspolitik" auch weitgehend erfolgreich in die politische Diskussion einzubringen. Mit dieser Freiburger Forschungstradition steht das Walter Eucken Institut damit zum einen auf einem originären, interdisziplinären wissenschaftlichen Fundament und ist zum anderen in die Tradition einer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung eingebunden.

Als gemeinnütziger Verein gegründet, ist das Walter Eucken Institut vor allem ein Forschungsinstitut, wie auch aus seiner Satzung hervorgeht. Die Aufgabe ist, "insbesondere im Bereich der Wettbewerbsordnung

und ihrer praktischen Verwirklichung" interdisziplinäre Forschung zu betreiben. Daneben - und auch hiervon profitiert die Universität - wirkt das Institut durch Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Symposien in die Öffentlichkeit hinein. Es freut mich, dass man sich bewusst entschieden hat, die öffentlichen Veranstaltungen ganz überwiegend in Räumen der Universität stattfinden zu lassen.

Mit seiner Forschung und seinen öffentlichen Veranstaltungen trägt das Institut dazu bei, die Botschaft Euckens und der Freiburger Schule (und damit auch den Ruf der Universität) weiter zu entwickeln und zu verbreiten. So wie die Bedeutung der "Freiburger" für das in den frühen Jahren der Bundesrepublik realisierte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft kaum überschätzt werden kann, so erfolgt auch in den jüngsten Diskussionen etwa um die Transformationsprozesse in Osteuropa, die Europäische Integration oder die Debatte um eine "Neue Soziale Marktwirtschaft" immer wieder der Rekurs auf die Freiburger Schule.

Diese wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Zukunftsfragen - vor dem Hintergrund der reichen ordoliberalen Tradition - zu erörtern und voranzutreiben, ist die Stärke des Walter Eucken Instituts. Ich erinnere nur an den "Freiburger Aufruf Politikreform", den das Institut Ende letzten Jahres gestartet hat und der auf ein breites mediales Echo gestoßen ist.

Mit der Leitung des Instituts durch Viktor Vanberg hat das Institut zudem einen renommieren Wissenschaftler gefunden, der die Forschung und die Aktivitäten des Instituts mit Umsicht und Kompetenz initiiert und begleitet. Dies führt mich zurück zur engen Verbindung von Universität und Walter Eucken Institut.

Ebenso wie Viktor Vanberg zugleich einen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität innehat, waren auch frühere Vorstände des Eucken Instituts Mitglieder der Universität. Ich möchte nur an zwei Persönlichkeiten erinnern: Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 1974, und Erich Hoppmann, einen der herausragenden Vertreter liberaler Wettbewerbstheorie und -politik.

Als Mitglied des Kuratoriums des Eucken Instituts kann ich mir ein Urteil über die Arbeit des Instituts erlauben. Und ich denke, was Herr Vanberg und seine beiden Forschungsreferenten in der Goethestraße leisten, ist bemerkenswert. Sie haben nicht nur ihr Fach in Vorlesungen und Seminaren an der Universität vertreten und eine beträchtliche Liste von Publikationen und eigenen Vorträgen aufzuweisen.

Allein im letzten Jahr organisierte das Institut unter anderem

- >> 10 öffentliche Vortragsveranstaltungen (u.a. mit Nobelpreisträger James Buchanan, Alt-Bundespräsident Herzog oder Finanzminister Paqué);
- >> eine Podiumsdiskussion mit prominenten Wirtschaftsjournalisten;
- >> ein großes interdisziplinäres Symposium zu "sozialethischen und ordnungsökonomischen Grundlagen einer ‚Neuen Sozialen Marktwirtschaft'";

es wurden auch

- >> 5 Bücher vom Institut herausgegeben;

und

- >> 10 Gastwissenschaftler aus dem In- und Ausland betreut.

So kann es und soll es weiter gehen.

Ich wünsche deshalb dem Walter Eucken Institut weiterhin eine erfolgreiche Zukunft. Die Unterstützung der Universität und des Rektors sind Ihnen weiterhin gewiss.

Grußwort
des Ersten Bürgermeisters der Stadt Freiburg,
Otto Neideck

50 Jahre Walter Eucken Institut bieten Gelegenheit, einmal inne zu halten und zu reflektieren über die Gründerzeit, den Namensgeber und die fruchtbare Arbeit der zurückliegenden Jahrzehnte.

Viel zu jung starb Walter Eucken im Alter von 59 Jahren; er ist auf unserem Friedhof in Freiburg-Günterstal bestattet. Vier Jahre danach im Januar 1954, haben Freunde und ehemalige Schüler mit aktiver Unterstützung des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard einen Verein gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat, die in den dreißiger Jahren von der "Freiburger Schule" und vor allen Dingen die von Walter Eucken begonnene ordnungstheoretische und ordnungspolitische Forschung auf dem Gebiet der Interdependenz von Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weiterzuführen.

Gründungsmitglied war u.a. der unvergessene, renommierte Geldtheoretiker Friedrich A. Lutz, Schüler und erster Doktorand von Walter Eucken, der nach dem Tod von Eucken zwei Jahre lang Vertreter auf dessen Lehrstuhl war. Das Institut hat damals wie heute seinen Sitz in den Räumlichkeiten in der Goethestraße 10 hier in Freiburg. In den ehemaligen Arbeitsräumen von Walter Eucken befinden sich heute die Institutsräume; in dem Haus wohnt auch noch die jüngste Tochter Marianne Eucken.

Die vielfältigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Verdienste von Walter Eucken heute hier darzustellen, würde selbstverständlich den Rahmen eines Grußwortes sprengen. Ich möchte mich deshalb auf einige wenige Punkte beschränken, die die Bedeutung von Walter Eucken und des Instituts für Freiburg verdeutlichen.

Nach seiner Promotion in Bonn, der Habilitation in Berlin und seiner Professur für Nationalökonomie an der Universität Tübingen, war Walter Eucken ab 1927 ununterbrochen bis zu seinem Tode einer der großen Gelehrten unserer Universität. Er war Mitglied des Freiburger Kreises und Mitverfasser vieler Denkschriften, die bereits während der Zeit des Nationalsozialismus Konzepte für eine neue Wirtschaftsordnung in einem neuen Staat entwickelten. Seine Wirtschaftstheorien werden heute unter dem Begriff der "Freiburger Schule" zusammengefasst und sind damit auch gleichzeitig ein renommierter Werbe- und Imageträger für unsere Stadt und für unsere Universität.

Die Stadt hat Walter Eucken 1968 geehrt, indem sie der Handelslehranstalt seinen Namen verliehen und sie in Walter-Eucken-Gymnasium umbenannt hat; der Festredner damals war der ehemalige Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard. Wie der Name Walter Eucken selbst, sind insbesondere seine Theorien, aber eben auch das Institut mit seinem Sitz in Freiburg und den vielen Veranstaltungen, Botschafter und Aushängeschild für diese Stadt. Das Institut hat in den zurückliegenden Jahrzehnten immer wieder mit dazu beigetragen, dass Freiburg und seine Universität als Forschungs- und Wissenschaftsstadt weltweit einen Namen hat.

Über den klassischen Wissenschaftsbereich hinaus sind es Vorträge, Vorlesungen und Symposien nicht nur namhafter nationaler und internationaler Wissenschaftler sondern auch Politiker und Staatsoberhäupter, die das Institut immer wieder in das Rampenlicht der Öffentlichkeit führen. Diese Vorträge,

Veranstaltungen und Veröffentlichungen finden in der Fachwelt und Fachpresse ebenso große Beachtung wie in den Wirtschaftsteilen aller Tageszeitungen. 50 Jahre Revue passieren zu lassen übersteigt, wie auch die Würdigung von Walter Eucken, natürlich dieses Grußwort. Lassen Sie mich aber einen Aspekt besonders herausstellen:

Am 1. Mai diesen Jahres wird die Osterweiterung der EU vollzogen. Die revolutionären, unblutigen Veränderungen des zurückliegenden Jahrzehnts waren auch nur deshalb möglich, weil sich in den Ostblockstaaten eine wirtschafts- und ordnungspolitische Veränderung durchsetzte. Namhafte Referenten aus diesen Ländern haben hier am Rednerpult gestanden, ich erinnere nur an den Präsidenten der Republik Polen Aleksander Kwasniewski, den Staatspräsidenten der Republik Ungarn, Árpád Göncz oder damals noch den Sprecher des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik Professor Václav Klaus. Sie alle haben fußend auf den Ideen von Walter Eucken und der "Freiburger Schule" zum Ausdruck gebracht, wie die Reform ihrer Länder und die Annäherung im europäischen Entwicklungsprozess zu gestalten sind.

Von den vielen Wissenschaftlern, die diesem Institut verbunden sind bzw. waren, darf man sicherlich Friedrich A. v. Hayek hervorheben. Er hatte von 1962 bis 1967 einen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an unserer Universität inne, war von 1964 bis 1970 Vorstandsmitglied dieses Instituts, zu dessen Ehrenpräsident er 1970 ernannt wurde. 1977 kehrte Hayek nach Freiburg zurück und war bis zum Tod dem Institut aufs Engste verbunden. Hayek war wie viele andere, renommierte Wissenschaftler ein Glücksfall für das Institut, für die Universität und für die Stadt.

Ich wünsche mir für die Stadt, für die Universität und für dieses Institut noch viele solcher Glücksfälle in den nächsten Jahrzehnten und möchte all denen danken, die in der Vergangenheit aber auch in der Zukunft durch ihre Bemühungen und durch ihre Arbeit dazu beitragen und beigetragen haben, dass wir eine solche bedeutende und renommierte Einrichtung in unserer Stadt haben. "Mit 50 sind nun die guten Jahre vorbei - es kommen die besseren". In diesem Sinne - herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag.

Festvortrag
von Bundesverfassungsgerichtspräsident
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jürgen Papier

"Ordnungsprobleme der Politik"

(Auszug)

Wenn heute das 50-jährige Bestehen des Walter Eucken Instituts gefeiert wird, so wird damit - neben der Person des Namensgebers - eine Einrichtung gewürdigt, die der Erforschung der Grundlagen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, insbesondere in ihrer Realisation als Soziale Marktwirtschaft, und damit zugleich der Erforschung einer der Grundlagen der deutschen wie europäischen Verfassungsordnung gewidmet ist. Das Ziel Walter Euckens, einen institutionellen Rahmen zu schaffen, der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und menschenwürdige Daseinsbedingungen nachhaltig sichert, ist so aktuell wie eh und je. Ja man wird mit Blick auf die gegenwärtigen Reformherausforderungen, vor denen unser Gemeinwesen steht, und mit Blick auf die zunehmende Globalisierung aller Wirtschafts- und Lebens-zusammenhänge sagen müssen, dass jene Fragestellung und das Konzept zu ihrer Lösung aktueller ist denn je. Wenn deshalb in der Politik zu einer "Innovationsoffensive" aufgerufen wird, so muss nicht jedes Rad neu erfunden werden; es wäre schon viel gewonnen, wenn man manchen vorhandenen Erkenntnissen wieder mehr praktisches Gewicht verleihen würde.

Festvortrag
von dem Vorsitzenden der Monopolkommission
Prof. Dr. h.c. Martin Hellwig, Ph.D.

"Zur Aktualität ordnungspolitischen Denkens"

(Auszug)

Wertungen auf der Grundlage von Wettbewerbspreisen haben den Vorzug, dass sie keine individuellen persönlichen Abhängigkeiten schaffen. Sie ergeben sich aus dem Zusammenspiel der verschiedenen Teilnehmer in den Märkten, ohne dass es auf den Einzelnen wesentlich ankäme. Die Versuchung, das Diktum der Märkte durch Zuhilfenahme des Staates außer Kraft zu setzen, ist verständlich, bringt die Vertreter des Staates aber in eine Rolle, die sie nicht angemessen spielen können, zumal sie die Systemimplikationen einer die Märkte korrigierenden Wertungsentscheidung kaum überblicken. Versuche, solche Wertungen nicht unmittelbar vorzunehmen, sondern, z.B. durch Aushebelung der Fusionskontrolle, Machtpositionen in Märkten aufbauen zu lassen, durch die der Wettbewerb außer Kraft gesetzt wird, sind diesbezüglich nicht besser als Einzelentscheidungen. Solche Versuche begründen ferner den Verdacht eines demokratieschädlichen "Do ut des" im Verhältnis zwischen der staatlichen Distanz, die ein Privileg einräumt, und dem privaten Nutznießer des Privilegs.

1954 - 2004

III. "Wir sind keine Politikberater": ein Gespräch mit der Badischen Zeitung

Badische Zeitung vom 30. Januar 2004, S. 6: *Diese Arbeit kann frustrieren: Wer dazu ermahnt, dem Staat feste Zügel anzulegen und den Wettbewerb in der Gesellschaft zu fördern, schafft sich in der Regel nur wenig Freunde. Subventionen sichern Besitzstände und Wettbewerb bedeutet Anstrengung. Deshalb ist es für Michael Wohlgemuth, Nils Goldschmidt und Viktor Vanberg vom Freiburger Walter Eucken Institut nicht verwunderlich, warum sich Politiker lieber Rat bei anderen holen. Albrecht Beck und Bernd Kramer sprachen mit den drei Wirtschaftswissenschaftlern über die Arbeit des Instituts, dessen 50. Geburtstag heute gefeiert wird.*

BZ: Die deutsche Politik hat enormen Beratungsbedarf. Warum ist das Walter Eucken Institut nicht Teil des Beratungsgeschäfts? Der Namensgeber des Instituts hat mit seinen Ideen den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik mitbegründet.

Michael Wohlgemuth: Beratungsfirmen können griffige Slogans formulieren, die sich im politischen Wettbewerb auch gut verkaufen lassen. Zum Beispiel beim Polittalk von Sabine Christiansen. Dagegen hat Ordnungsökonomik, wie sie Walter Eucken verstanden hat, immer etwas mit Grundsätzen zu tun. Über die kann man sich zwar leicht verständigen, aber kaum ein Politiker will sie am Ende auch umsetzen. Politiker sehen sich vor allem als Verkünder guter Botschaften und als Vertreter von Sonderinteressen, um wiedergewählt zu werden. Ordnungsökonomik will dagegen Chancen für jedermann bieten. Hinzu kommt: Eine politische Karriereberatung würde uns in der Wissenschaft disqualifizieren.

Nils Goldschmidt: Bei der Euckenschen Botschaft geht es zunächst einmal nicht um konkrete Vorschläge wie die optimale Höhe des Rentenbeitragssatzes. Es geht um die Spielregeln des Miteinanders von Politik und Wirtschaft, also um die generelle Ebene, die sich nicht immer so leicht vermitteln lässt.

Viktor Vanberg: Ordnungspolitische Beratung im Euckenschen Sinne zielt darauf ab, die Wirtschaftsverfassung so zu gestalten, dass sie im besten Interesse aller ist. Es geht also um die Interessen, die allen gemein sind. Solche Interessen haben aber wenig Fürsprecher. Wer das Allgemeinwohl fördert, steigt angesichts der gegenwärtigen Spielregeln des politischen Prozesses auf der Karriereleiter nicht unbedingt weiter nach oben. Wären die Spielregeln anders, würde also eine Stärkung des Allgemeinwohls die Karrierechancen des Politikers befördern, dann gäbe es auch mehr Nachfrage nach Beratung im Euckenschen Sinn. Anders gesagt: Die gegenwärtige Beratungswelle dient nicht dem Allgemeinwohl, sie hilft lediglich Politikern, karrierehemmende Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

BZ: Ist das nicht ein Alibi für die Wirkungslosigkeit Ihres eigenen Instituts?

Viktor Vanberg: Nein. Adressat unserer Arbeit sind nicht die aktiven Politiker, sondern die allgemeine Öffentlichkeit. Unsere Wirkung erzielen wir dadurch, dass wir dem politischen Prozess intellektuelle Beschränkungen auferlegen. Wir liefern zum Beispiel Argumente dafür, dass Politiker nicht ungeniert Subventionen oder Steuervergünstigungen für einzelne gesellschaftliche Gruppen einfordern können. Also sich einige wenige auf Kosten der Allgemeinheit bedienen.

Michael Wohlgemuth: Wir betreiben Bürgerberatung. Die wirkt nicht unmittelbar, sondern langfristig.

Nils Goldschmidt: Das Walter Eucken Institut veranstaltet Vorträge, wir laden Gäste ein, diskutieren. Damit sind wir zwar nicht so stark in den Medien präsent, dafür ist unsere Art der Beratung der breiten Öffentlichkeit sachlicher und ruhiger.

BZ: Trotzdem: Die Begriffe Ordnungspolitik und Wettbewerb waren in der Bundesrepublik schon populärer. Sie sind Säulen der sozialen Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard nach dem 2. Weltkrieg zu einem Kennzeichen der Bundesrepublik machte?

Nils Goldschmidt: Die Zeit unmittelbar nach dem Krieg war ein Glücksfall, aber auch einmalig. Die Freiburger Schule hatte damals extrem großen Einfluss auf die Politik. Das lag an der beeindruckenden Persönlichkeit von Walter Eucken. Er verkörperte geradezu die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit. Eucken und seine Schüler hatten großen Einfluss auf Ludwig Erhard. Später ging dieser Einfluss zurück, obwohl es immer wieder wirtschaftspolitische Mahner in der Tradition der Freiburger Schule gab, zum Beispiel den kürzlich verstorbenen, früheren Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Otto Schlecht.

Michael Wohlgemuth: Erhard hatte das Glück, dass Interessengruppen wie Berufsverbände oder die Gewerkschaften nach dem Krieg sehr schwach waren. Sie konnten keinen starken Widerstand leisten. Heute sieht die Situation anders aus. Der Bundeskanzler hat keine Möglichkeit mehr, diese Vertreter von Sonderinteressen zu ignorieren. Ihr Einfluss hat enorm zugenommen.

BZ: Taugen Walter Euckens Rezepte für die Bewältigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik?

Viktor Vanberg: In Walter Euckens Werk finden sich keine Pillen, die vorgeben, über Nacht zu helfen. Er hat sie sogar strikt abgelehnt, weil sie mehr schaden als nutzen. Eucken fordert einen geeigneten Regelrahmen für die Wirtschaft. Die Vorteile zeigen sich vor allem langfristig. Was man braucht ist Geduld.

Teil 2 - Jahresbericht 2003

Jahresbericht 2003

I. Vortragsveranstaltungen

16. Januar 2003

Finanzminister Professor Dr. Karl-Heinz Paqué, Landesregierung Sachsen-Anhalt:

"Finanzpolitik in der Globalisierung"

Veranstaltung im Rahmen der Walter-Eucken-Vorträge, Haus zur Lieben Hand, Universität Freiburg.

28. März 2003

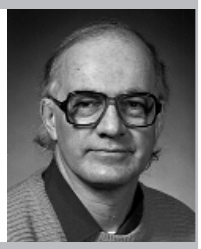
Bundespräsident a.D. Professor Dr. Roman Herzog,
München
Dr. Klaus Mangold,
DaimlerChrysler AG, Stuttgart
Erich Becker,
KNF Neuberger GmbH, Freiburg
Professor Dr. Viktor J. Vanberg,
Walter Eucken Institut:

"Aufruf zu Reformen in Politik und Verwaltung"

Veranstaltung gemeinsam mit dem Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden (WVIB) im Colombi Hotel, Freiburg.

s. hierzu auch Abschnitt III. "Der Freiburger Aufruf Politikreform: Zielsetzung, Hintergrund, Förderer" sowie den Pressespiegel in Teil 3.

29. April 2003

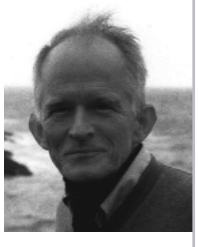


Professor Dr. Jan Narveson, University of Waterloo, Kanada:

"Libertarianism - Foundations and Applications"

Veranstaltung gemeinsam mit dem Carl-Schurz-Haus, Freiburg, in der Universität Freiburg.

8. Juli 2003



Professor Dr. Karl Meessen, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

"Wirtschaftsrecht im Wettbewerb der Systeme"

Veranstaltung gemeinsam mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
im Haus zur Lieben Hand, Universität Freiburg.

9. Juli 2003

Professor Dr. Günter Gillessen, Freiburg
Werner Thieme, Teningen:

"Reformen in Politik und Verwaltung"

Ausspracheabend am Walter Eucken Institut.

27. September 2003

Dr. Hans D. Barbier, Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn
Dr. Albrecht Beck, Badische Zeitung, Freiburg
Dr. Karen Horn, Frankfurter Allgemeine Zeitung
Nikolaus Piper, Süddeutsche Zeitung, München
Dr. Gerhard Schwarz, Neue Zürcher Zeitung
Dr. Ursula Weidenfeld, Tagesspiegel, Berlin

Podiumsdiskussion
"Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft"

Moderation:
Dr. Michael Wohlgemuth, Walter Eucken Institut, Freiburg.

Veranstaltung im Rahmen des 1. Freiburger Symposiums zur Ordnungsökonomik, im Schlossbergsaal des SWR, Freiburg.

16. Oktober 2003

Professor Svetozar Pejovich, Texas A&M University:

"Why Is Culture Important?"

Veranstaltung gemeinsam mit dem Forschungsseminar des Bereichs Wirtschaftswissenschaften der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät in der Universität Freiburg.

Den Vortragstext finden Sie unter: http://www.eucken.de/veranstaltungen/Paper_Pejovich.pdf

5. November 2003

Professor James M. Buchanan, Nobelpreis 1986
George Mason University, Fairfax, Virginia:

"Same Players, Different Game:
How Better Rules Make Better Politics"

Professor Dr. Viktor J. Vanberg,
Walter Eucken Institut:

"Leistungswettbewerb in der Politik"

Auftaktveranstaltung "Freiburger Aufruf Politikreform", Haus zur Lieben Hand, Universität Freiburg.
s. hierzu auch den Pressespiegel in Teil 3.

15. Dezember 2003

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Bruno S. Frey, Universität Zürich:

"Die Zukunft liegt in der direkten Demokratie"

Veranstaltung im Rahmen des "Freiburger Aufruf Politikreform", Haus zur Lieben Hand, Universität Freiburg.
s. hierzu auch den Pressespiegel in Teil 3.

18. Dezember 2003

Dr. Patricia Commun, Université Cergy-Pontoise:

"Die Konversion Ludwig Erhards zum Ordoliberalismus"

Veranstaltung gemeinsam mit dem Forschungsseminar des Bereichs Wirtschaftswissenschaften der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät in der Universität Freiburg.

II. 1. Freiburger Symposium zur Ordnungsökonomik

Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen einer "Neuen Sozialen Marktwirtschaft"

25. - 27. September 2003, Panoramahotel Mercure, Freiburg i. Br.

Die andauernde und seit der letzten Bundestagswahl wieder verstärkt geführte Debatte um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft produziert täglich neue Schlagzeilen mit detaillierten Vorschlägen zur Umgestaltung unseres wirtschafts- und sozialpolitischen Systems. So notwendig die einzelnen Reformansätze sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas als auch für die Überlebenschancen der sozialen Sicherungssysteme sind, so wenig können sie darüber hinwegtäuschen, dass eine grundlegende konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Thema kaum stattfindet. Eine solche Auseinandersetzung ist jedoch für eine nachhaltige, gesellschaftlich akzeptierte Neuorientierung der Sozialen Marktwirtschaft unerlässlich.

Dieser grundlegenden ordnungsökonomischen Debatte hat sich das Walter Eucken Institut mit seinem 1. Freiburger Symposium zur Ordnungsökonomik gewidmet.

Teilnehmende und Themen:

Prof. Dr. Viktor J. Vanberg, Walter Eucken Institut, Freiburg: "Prolog"

Prof. Dr. Wolfgang Kersting, Universität Kiel:
"Sozialphilosophische Begründungsansätze des Wohlfahrtsstaats"
Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer, Universität Göttingen: Korreferat
Prof. Dr. Stefan Huster, FernUniversität Hagen: Korreferat

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels, Universität Trier:
"Marktwirtschaft zwischen Solidarität und Subsidiarität"
Prof. Dr. Norbert Glatzel, Universität Freiburg i.Br.: Korreferat
Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Koslowski, International Center for Economic Research, Turin: Korreferat

Dr. Nils Goldschmidt, Walter Eucken Institut, Freiburg:
"Zur Theorie der Sozialpolitik: Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive"
Prof. Dr. Guy Kirsch, Universität Freiburg i. Ue.: Korreferat
Prof. Dr. Jörg Althammer, Universität Bochum: Korreferat

Prof. Dr. Ingo Pies, Universität Halle / Wittenberg Center für Globale Ethik:
"Sozialpolitik und Markt"
Prof. Dr. Reinhard Zintl, Universität Bamberg: Korreferat
Prof. Dr. Alfred Schüller, Universität Marburg: Korreferat

Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty, Universität Tübingen
"Soziale Marktwirtschaft als Konzeption"
Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer, Universität Bonn: Korreferat
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Oswald von Nell-Breuning-Institut, Frankfurt a.M.: Korreferat

Prof. Dr. Wernhard Möschel, Universität Tübingen:
"Wirtschaftsverfassung"
PD Dr. Detlef Aufderheide, Universität Münster: Korreferat
Dr. Werner Mussler, Frankfurter Allgemeine Zeitung: Korreferat

Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, Universität St. Gallen:
"Politische Verfassung"
Dr. Michael Wohlgemuth, Walter Eucken Institut, Freiburg: Korreferat
Prof. Dr. Thomas Apolte, Universität Münster: Korreferat

Der Tagungsband erscheint im Mai 2004:

Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth (Hrsg.)
Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen
(Walter Eucken Institut, Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 45)
Tübingen: Mohr Siebeck 2004.

Die Hauptthesen der Referenten können Sie einsehen unter:
http://www.walter-eucken-institut.de/symposium/Thesen.pdf

s. hierzu auch den Pressespiegel in Teil 3.

III. Der “Freiburger Aufruf Politikreform”: Hintergrund, Zielsetzung, Förderer

In der Bevölkerung herrscht seit langem Unbehagen darüber, dass die Politik aller Parteien und politischen Ebenen nicht mehr in der Lage ist, offenkundige strukturelle Mängel unserer Wirtschafts- und Sozialordnung nachhaltig zu beheben und notwendige Reformen voranzubringen.

Die tieferen Ursachen dieser politischen Hilflosigkeit sind wohl weder in einem Mangel an Willen noch an Wissen der Politiker zu suchen. Wie Bundespräsident Herzog in seiner berühmten "Ruck-Rede" schon 1997 feststellte, besteht kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Dessen Ursache ist vor allem in falsch justierten Spielregeln des politischen Prozesses zu suchen. Fehlentwicklungen politischer Institutionen schaffen Anreize, im politischen Wettbewerb Privilegieninteressen zu fördern und kurzatmige Symptombehandlungen einer sachgerechten Ursachenbehebung vorzuziehen.

Der "Freiburger Aufruf Politikreform" setzt an diesem Befund an: es geht vor allem darum, die tieferen Ursachen für den Reformstau in den strukturellen Defiziten des politischen Prozesses zu identifizieren und entsprechende Reformideen zu entwickeln. Reformbedürftig sind somit zunächst die Spielregeln politischen Wettbewerbs.

Ziel einer Reform der politischen Rahmenbedingungen ist es, dass gerade die Politiker die besten Erfolgsaussichten in der Konkurrenz um Ämter haben, die den gemeinsamen Interessen der Bürger am wirksamsten dienen. Welche Reformen politischer Entscheidungsfindung vordringlich sind, wird von ausgewiesenen Experten in einer Vortragsreihe erläutert und diskutiert. Die Ergebnisse werden vom Walter Eucken Institut als "Freiburger Aufruf Politikreform" veröffentlicht.

Die Vortragsreihe knüpft an eine mit dem Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden (WVIB) durchgeführte Veranstaltung "Aufruf zu Reformen in Politik und Verwaltung" an, auf der u.a. Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog und Dr. Klaus Mangold, Vorstandsmitglied der Daimler Chrysler AG, in Vorträgen den wirtschafts- und verfassungspolitischen Reformbedarf betonten.

Der "Freiburger Aufruf Politikreform" soll in ein längerfristiges Projekt wissenschaftlicher Analysen und öffentlicher Veranstaltungen münden, die vom Walter Eucken Institut wissenschaftlich begleitet werden. Neben relevanten Vorträgen und Veröffentlichungen von Mitarbeitern des Instituts wurde im Auftrag des Instituts von Dipl.-Volksw. Christoph Sprich ein Dokument erarbeitet, das die wesentlichen wirtschafts- und ordnungspolitischen Reformvorschläge in der Bundesrepublik Deutschland systematisch aufarbeitet und zusammenstellt (s. www.walter-eucken-institut.de/politikreform.htm).

Die Vortragsreihe und die Dokumentation wurden möglich gemacht durch die freundliche Unterstützung von Sponsoren, die sich dem “Freiburger Aufruf Politikreform” angeschlossen haben. Um das Projekt weiter wissenschaftlich zu vertiefen und den Aufruf wirksam zu verbreiten, sind weitere Zuwendungen sehr willkommen.

Über das regionale und überregionale Presseecho auf den “Freiburger Aufruf Politikreform” informieren die im Pressespiegel in Teil 3 angeführten Presseauszüge.

Den folgenden Unterstützern des "Freiburger Aufruf Politikreform" möchten wir an dieser Stelle sehr herzlich danken:

Erich Becker, Freiburg-Munzingen
Peter Pfeiffer, Gaienhofen
KNF Neuberger GmbH, Freiburg-Munzingen
Wirtschaftsverband
Industrieller Unternehmen Baden e.V. (WVIB)
Volksbank Freiburg eG
HKS Technology GmbH, Singen
Dr. Ulrich Selz, Freiburg
Alexander Bürkle GmbH & Co. KG, Freiburg
Paul Becker, Grenzach-Wyhlen
PKT GmbH, Tiefenbronn
Thieme GmbH & Co. KG, Teningen
Hermann Frese, Freiburg
EKATO GmbH, Schopfheim
Hecht-Contactlinsen GmbH, Au
MESA Feindrehteile, Lenzkirch
DaimlerChrysler AG, Freiburg
Ernst Bareiss, Kirchzarten
Bruno Voss, Freiburg
heri GmbH, Fischbach
Dr. Hans-Peter Hirner, Merzhausen
Baden-Württembergische Bank AG, Freiburg
Emil Färber GmbH & Co., Emmendingen
Dr. Dieter Rummler, Merzhausen
Hakos GmbH, Villingen-Schwenningen
Ernst Knoll GmbH, Umkirch
Dieter Fischer, Waldkirch
Dr. Horst Freisler, Nimburg
Dr. Conrad Droste, Freiburg
Gerhard Vögtle, Freiburg
IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Karl Rubin, Lahr-Hugsweier
Schmolck Grundstücks GmbH, Emmendingen
Michael Dyllick-Brenzinger, Freiburg
Prof. Dr. Hans Spada, Merzhausen

Im laufenden Jahr 2004 werden noch folgende Vorträge im Rahmen des "Freiburger Aufruf Politikreform" stattfinden, zu denen wir Sie auch auf diesem Wege bereits herzlich einladen möchten:

19. Mai 2004
Professor Dr. Charles B. Blankart, Humboldt Universität zu Berlin:

"*Reformen des deutschen föderalen Systems: Steuern als Preise*"
18 Uhr c.t., Haus zur Lieben Hand, Löwenstraße 16.

7. Juni 2004
Professor Dr. Dieter Grimm, Bundesverfassungsrichter a.D, Wissenschaftskolleg Berlin:

"*Muss die Verhandlungsdemokratie konstitutionalisiert werden?*"
18 Uhr c.t., Haus zur Lieben Hand, Löwenstraße 16.

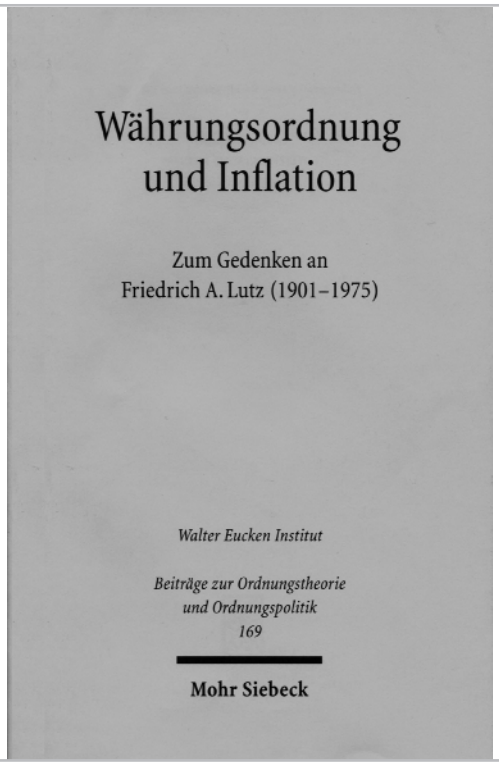
18. Juni 2004
Professor Dr. Reinhard Zintl, Universität Bamberg:

"*Reformen des deutschen Verbändestaates*"
18 Uhr c.t., Haus zur Lieben Hand, Löwenstraße 16.

IV. Veröffentlichungen des Walter Eucken Instituts

1. Schriftenreihen

A. Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik



Viktor Vanberg (Hrsg.)
Währungsordnung und Inflation.
Zum Gedenken an Friedrich A. Lutz (1901-1975).

Walter Eucken Institut, Beiträge zur
Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 169.

Tübingen: Mohr Siebeck 2003, 111 Seiten.

Der vorliegende Band informiert über Leben und Werk von F. A. Lutz - Schüler Walter Euckens, Mitbegründer der Freiburger Schule in den 1930er Jahren, von 1953 an Professor für Theoretische Sozialökonomie und Geschichte der Sozialökonomie an der Universität Zürich und von 1954 bis zu seinem Tod Gründungsvorstand des Walter Eucken Instituts -, der insbesondere durch seine Arbeiten zu Fragen der Investitions- und Zinstheorie und der Geld- und Währungsordnung bekannt geworden ist. In dem hier erstmals veröffentlichten Aufsatz "Löhne und Preise", den er in seinem Todesjahr abschließen, aber nicht mehr publizieren konnte, setzt sich Lutz auseinander mit der damals von den Monetaristen um Milton Friedman vertretenen These, dass seitens der Gewerkschaften durchgesetzte überhöhte Lohnforderungen nicht die Ursache einer Inflation sein können. Bei den Beiträgen von Frau Dr. Veit-Bachmann ("Friedrich A. Lutz: Leben und Werk") und Herrn Professor Bernholz ("Währungsordnung und Inflationsneigung: Die Bedeutung unterschiedlicher Währungsordnungen angesichts politisch bedingter Inflationsneigung") handelt es sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung der Vorträge, die sie im Rahmen der Gedenkveranstaltung des Walter Eucken Instituts aus Anlass der 100. Wiederkehr des Geburtstages von Friedrich A. Lutz am 28. November 2001 gehalten hatten. Der Band enthält ferner eine Bibliographie der Schriften von Friedrich A. Lutz und mehrere Bildtafeln.

B. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik
- Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics

(03/1) Viktor Vanberg

Die Verfassung der Freiheit: Zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratie

(03/2) Nils Goldschmidt und Arnold Berndt

Leonhard Miksch (1901-1950) - A Forgotten Member of the Freiburg School

(03/3) Viktor Vanberg

The Rationality Postulate in Economics: Its Ambiguity, its Deficiency and its Evolutionary Alternative

(03/4) Heino Heinrich Nau

Reziprozität, Eliminierung oder Fixierung? Kulturkonzepte in den Wirtschaftswissenschaften im Wandel

(03/5) Pavel Pelikan

Bringing Institutions into Evolutionary Economics:
Another View with Links to Changes in Physical and Social Technologies

(03/6) Viktor Vanberg

Bürgersouveränität und wettbewerblicher Föderalismus: Das Beispiel der EU

(03/7) Viktor Vanberg

The Status Quo in Contractarian Constitutionalist Perspective

(03/8) Uwe Dathe und Nils Goldschmidt

Wie der Vater, so der Sohn? Neue Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk
anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena

(03/9) James M. Buchanan

Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics

(03/10) Nils Goldschmidt

Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive

Die Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik finden Sie im Internet unter:
www.walter-eucken-institut.de/publikationen/diskussionspapiere.htm

2. Editionsprojekt:

Gesammelte Schriften in deutscher Sprache von Friedrich A. von Hayek

Das Walter Eucken Institut und die Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft unterstützen gemeinsam die Publikation der Gesammelten Schriften in deutscher Sprache von Friedrich A. von Hayek im Verlag Mohr Siebeck, Tübingen. Herausgeber des bisher auf insgesamt 15 Bände konzipierten Werkes sind Dr. Alfred Bosch, Prof. Manfred E. Streit, Prof. Viktor J. Vanberg, Dr. Reinhold Veit. Die Redaktion liegt in den Händen von Dipl.-Volksw. Wendula Gräfin v. Klinckowstroem, Walter Eucken Institut.

Anliegen der Gesammelten Schriften in deutscher Sprache von Friedrich A. von Hayek ist es, die vom Autor ursprünglich in Deutsch verfassten oder in von ihm autorisierten Übersetzungen vorliegenden Aufsätze und Bücher zusammenzustellen. Eine vollständige Gesamtausgabe sämtlicher Schriften Friedrich A. von Hayeks ist nicht geplant. Dort, wo dies besonders geboten erscheint, werden ergänzend bislang nicht in deutscher Fassung vorliegende Beiträge in neuer Übersetzung aufgenommen.

Die Gesammelten Schriften in deutscher Sprache enthalten somit:

>> die ursprünglich auf Deutsch verfassten Schriften weitgehend vollständig, soweit sie nicht durch spätere Fassungen überholt sind;
>> die ursprünglich auf Englisch verfassten und in von v. Hayek autorisierten Übersetzungen vorliegenden Schriften weitgehend vollständig;
>> die auf Englisch verfassten und noch nicht übersetzten Schriften in einer Auswahl, soweit sie für das Gesamtwerk von besonderer Bedeutung sind.

Die Texte werden in aller Regel in der letzten autorisierten Fassung aufgenommen. Jeder Band enthält ein bibliographisches Nachwort, in dem die dem Abdruck zugrunde liegende Fassung, eventuelle Vorfassungen, und deren Editions- und Übersetzungsgeschichte dargestellt sind, sowie ein Namen- und Sachregister.

Die geplanten Bände

Abteilung A. Aufsätze

A 1 Wirtschaftstheorie und Wissen. Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre
Herausgeber: Viktor J. Vanberg.

A 2 Sozialwissenschaftliche Denker. Aufsätze zur Ideengeschichte
Herausgeber: Alfred Bosch und Reinhold Veit

A 3 Entnationalisierung des Geldes. Schriften zur Währungspolitik und Währungsordnung
Herausgeber: Alfred Bosch und Reinhold Veit.

A 4 Rechtsordnung und Handelnsordnung. Aufsätze zur Ordnungsökonomik
Herausgeber: Manfred E. Streit. **Erschienen 2003 (Siehe unten).**

A 5 Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie
Herausgeber: Viktor J. Vanberg. **Erschienen 2002**

A 6 Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Aufsätze zur Wirtschaftspolitik
Herausgeber: Viktor J. Vanberg. **Erschienen 2001**

A 7 Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik
Herausgeber: Manfred E. Streit. Erscheint 2004

A 8 Preise und Produktion. Frühe Schriften zur Geldtheorie und Konjunkturtheorie
Herausgeber: Alfred Bosch und Reinhold Veit

Abteilung B. Bücher

B 1 Der Weg zur Knechtschaft
Herausgeber: Manfred E. Streit. Erscheint 2004

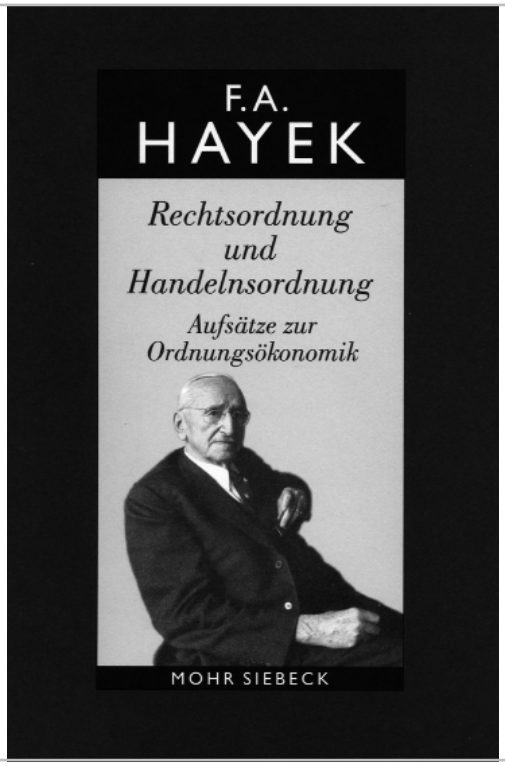
B 2 Mißbrauch und Verfall der Vernunft
Herausgeber: Viktor J. Vanberg. **Erschienen im Januar 2004**

B 3 Die Verfassung der Freiheit
Herausgeber: Alfred Bosch und Reinhold Veit.

B 4 Recht, Gesetz und Freiheit
Herausgeber: Viktor J. Vanberg
(Neuübersetzung von Monika Streissler). **Erschienen 2003 (Siehe unten)**

Es ist beabsichtigt, die Abteilung B durch Erstübersetzungen von "The Sensory Order" und von "The Pure Theory of Capital" sowie durch "Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus" zu erweitern. Dieser Plan ist vorläufig. Änderungen in den Titeln und der Zahl der Bände bleiben vorbehalten.

Die im Jahr 2003 erschienenen Bände



A 4

Rechtsordnung und Handelnsordnung.
Aufsätze zur Ordnungsökonomik

Herausgeber: Manfred E. Streit

Der vorliegende Aufsatzband A4 enthält Beiträge Friedrich A. von Hayeks zur Ordnungsökonomik aus den Jahren 1938 bis 1984. Die Aufsätze behandeln Fragen der Rechtsordnung und Handelnsordnung in einer freiheitlichen Gesellschaft. Der Band enthält ein bibliographisches Nachwort, in dem für jeden Aufsatz die dem Abdruck zugrunde liegende Fassung, eventuelle Vorfassungen, sowie deren Editions- und Übersetzungsgeschichte dargestellt sind. Ebenfalls enthalten sind ein Namen- und ein Sachregister.

Ordnungsökonomische Grundlagen

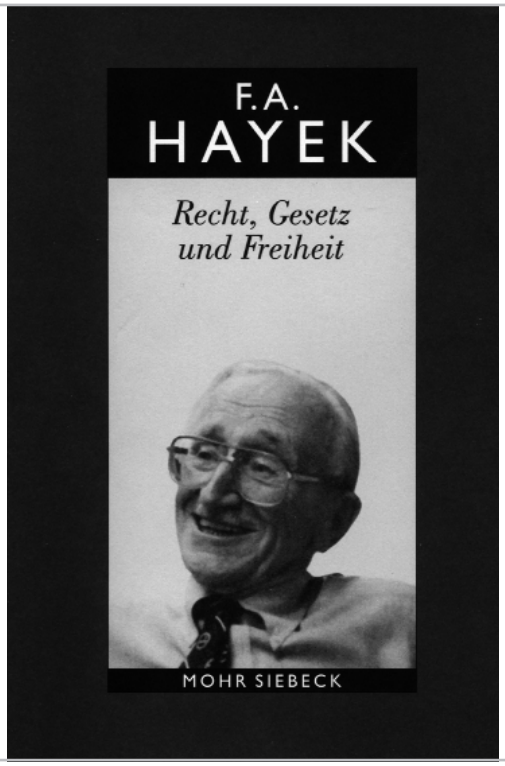
Über den "Sinn" sozialer Institutionen (1956) l Arten der Ordnung (1963) l Eine sich selbst bildende Ordnung für die Gesellschaft (1966) l Rechtsordnung und Handelnsordnung (1967) l Bemerkungen über die Entwicklung von Systemen von Verhaltensregeln (1967) l Evolution und spontane Ordnung (1983)

Wettbewerb als Ordnungsfaktor

Der Sinn des Wettbewerbs (1946) l "Freie Wirtschaft" und Wettbewerbsordnung (1947) l Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren (1968)

Zum Freiheitsgehalt der marktwirtschaftlichen Ordnung

Freiheit und Wirtschaftssystem (1938) l Das Individuum im Wandel der Wirtschaftsordnung (1958) l Recht, Gesetz und Wirtschaftsfreiheit (1963) l Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs (1967) l Einzelwissen und Gesamtordnung (1984)



B 4

Recht, Gesetz und Freiheit

Herausgeber: Viktor J. Vanberg
(Neuübersetzung von Monika Streissler).

Der Band B4 Recht, Gesetz und Freiheit der Gesammelten Schriften von Friedrich A. von Hayek kann - neben der Verfassung der Freiheit - als das zweite Hauptwerk des bedeutenden Ökonomen und Sozialphilosophen gelten. Es ist die Einzelveröffentlichung, die den besten Überblick über sein gesamtes theoretisches Werk bietet. Sie umfasst Hayeks allgemein sozial- und rechtsphilosophische Überlegungen zu den Grundlagen sozialer Ordnung, seine Theorie der spontanen Ordnung und der kulturellen Evolution, seine politische Ökonomie der Ordnung des Marktes und seine Diagnose der Gefährdungen dieser Ordnung, ebenso wie seine politische Philosophie der institutionellen Grundlagen einer freien Gesellschaft und seine Analyse zeitgenössischer Demokratie.

Das Werk erschien in drei Bänden auf Englisch 1973, 1976 und 1979, eine deutsche Übersetzung erschien ebenfalls in drei Bänden 1980 und 1981. Für diese einbändige Ausgabe wurde es von Monika Streissler neu ins Deutsche übersetzt.

Vorwort zur einbändigen englischsprachigen Ausgabe (1982)

Teil 1: Regeln und Ordnung
Einleitung | Kapitel 1: Vernunft und Evolution | Kapitel 2: Kosmos und Taxis | Kapitel 3: Prinzipien und Zweckmäßigkeit | Kapitel 4: Der Wandel des Rechtsbegriffs | Kapitel 5: Nomos: das Recht der Freiheit | Kapitel 6: Thesis: Das Recht der Gesetzgebung

Teil 2: Das Trugbild sozialer Gerechtigkeit
Kapitel 7: Allgemeinwohl und Einzelzwecke | Kapitel 8: Die Suche nach der Gerechtigkeit | Kapitel 9: "Soziale" oder austeilende Gerechtigkeit | Anhang (zu Kapitel 9): Gerechtigkeit und individuelle Rechte | Kapitel 10: Die marktliche Ordnung oder Katallaxie | Kapitel 11: Die Disziplin abstrakter Regeln und die Emotionen der Stammesgesellschaft

Teil 3: Die politische Ordnung eines freien Volkes
Kapitel 12: Mehrheitsmeinung und heutige Demokratie | Kapitel 13: Die Teilung demokratischer Gewalten | Kapitel 14: Der öffentliche Sektor und der private Sektor | Kapitel 15: Staatliche Politik und Markt | Kapitel 16: Das Scheitern des demokratischen Ideals: Ein Rückblick | Kapitel 17: Ein Verfassungsmodell | Kapitel 18: Eindämmung der Macht und Entthronung der Politik | Nachwort: Die drei Quellen menschlicher Werte

V. Veröffentlichungen und Vorträge der Mitarbeiter

Viktor J. Vanberg

1. Veröffentlichungen

Herausgegebene Bücher:

Friedrich A. von Hayek, Recht, Gesetz und Freiheit, Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie, Tübingen 2003.

Artikel und Beiträge:

F.A. Hayek und die Freiburger Schule, ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 54, 2003, S. 3-20.

F.A. Hayek e la Scuola di Friburgo (F.A. Hayek und die Freiburger Schule).
In: Ulrike Ternowetz (Hrsg.), Friedrich A. von Hayek e la Scuola Austriaca di Economia (La Politica Metodi Storie Teorie, Vol. 57), Catanzaro: Rubbettino 2003, S. 97-129.

Die Verfassung der Freiheit: Zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratie.
In: Norbert Berthold, Elke Gundel (Hrsg.), Theorie der sozialen Ordnungspolitik. Stuttgart 2003, S. 35-51.

Evolutorische Ökonomik: Homo Oeconomicus, Markt und Institutionen.
In: A. Diekmann und R. Moser (Hrsg.), Evolution in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Berner Universitätsschriften Bd. 46, Bern, Stuttgart, Wien 2003, S. 117-137.

Citizens' Sovereignity, Constitutional Commitments, and Renegotiation: Original versus Continuing Contract, in: A. Breton et al. (Hrsg.), Rational Foundations of Democratic Policy, Cambridge, Cambridge: Cambridge University Press 2003, S. 198-221.

Geleitwort. In: I. Zoll, Öffentliche Meinung und politisches Handeln.
Bern-Stuttgart-Wien: Paul Haupt 2003, S. V-IX.

Der demokratische Staat als Bürgergenossenschaft.
In: www.ifg-muenster.de. Der Newsletter des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Nr. 1/2003, S. 28-29.

Diskussionsbeitrag in G. Kreis (Hrsg.), O. Budelacci (Redaktion), Der Beitrag der Wissenschaften zur künftigen Verfassung der EU, Interdisziplinäres Verfassungssymposium anlässlich des 10 Jahre Jubiläums des Europainstituts der Universität Basel, Basler Schriften zur Europäischen Integration Nr. 66, Basel 2003, S. 43-47, 53-55.

Buchbesprechung von: J. Heath, Communicative action and rational choice,
in: Public Choice, Bd. 116, 2003, S. 457-465.

Buchbesprechung von: Jac. C. Heckelman und Dennis Coates (Hrsg.),
Collective Action - Essays in Honor of Mancur Olson, Kyklos 56, 2003, S. 584-588.

2. Konferenzen, Vorträge

Januar: Tagung "Ordnungspolitik als Aufgabe" in Marburg (Teilnahme)

Januar: Festveranstaltung zum 50. Gründungstag der Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Frankfurt (Teilnahme)

Februar: Tagung "A Constitution for the European Union", CES München (Teilnahme als Discussant)

März: Tagung "Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung", Verwaltungshochschule Speyer (Teilnahme)

März: Jahrestagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik, Leipzig (Teilnahme mit eigenem Beitrag)

April: XX. Internationales Forum "EG-Kartellrecht", Brüssel (Teilnahme)

April: 17. Economic Conference "Comprehensive Economic Reforms - Lessons from History and from Abroad", Progress Foundation, Zürich (Teilnahme)

Mai: Tagung "The Status of The Status Quo" (Buchanan's Unfinished Agenda), Blacksburg, USA (Teilnahme mit eigenem Beitrag)

Juni: Symposium "Der Beitrag der Wissenschaften zur künftigen Verfassungsordnung (der EU)", Europainstitut Basel (Teilnahme als Referent)

Juni: Hayek-Tage, Marburg (Teilnahme)

Juli: Jahrestagung des Ausschusses für Evolutorische Ökonomik des Vereins für Socialpolitik (Teilnahme als Referent)

Juli: Vortrag am Graduiertenkolleg "Recht und Ökonomik", Universität Hamburg

September: Tagung der Mont Pelerin Society, Chattanooga, USA (Teilnahme)

September: Freiburger Symposium "Soziale Marktwirtschaft", WEI Freiburg (Teilnahme als Veranstalter und Referent).

September: Jahrestagung des Ausschusses für Wirtschaftssysteme des Vereins für Socialpolitik, Lörrach (Teilnahme)

Oktober: Vortrag am Robert Schuman Centre for Advanced Studies, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz

November: Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe "Freiburger Aufruf Politikreform", WEI, Freiburg

November: Vortrag im Rahmen des wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsseminars der Universität Chemnitz

November: Vorlesungen im Rahmen einer Hayek-Stiftungsprofessur an der Universität Innsbruck

Dezember: Vorlesungen im Rahmen einer Hayek-Stiftungsprofessur an der Universität Innsbruck

Michael Wohlgemuth

1. Veröffentlichungen

Unionsens förlorare: demos utan kratos, in: Axess, Vol 6(2), 2003, 8-9.
(Englische Version veröffentlicht als "Pandora's Box" unter: www.axess.se/english/archive/2003/nr6)

Democracy as an Evolutionary Method, in: Pavel Pelikan und Gerhard Wegner (Hrsg.),
The Evolutionary Analysis of Economic Policy, Cheltenham (UK) 2003, S. 96-127.

Globalisability of Universalisability? How to apply the generality principle and constitutionalism internationally, CIPER Discussion Paper 04/03; Center for International Political Economy Research, Athen 2003.

A Regime for Global Sustainable Governance, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, Hrsg.): International Institutions for Sustainability, Expert Workshop Proceedings, Berlin 2003, S. 36-42.

Rezension zu: Patricia Commun (Hrsg.): L'Ordoliberalisme Allemand.
Aux Sources de l'Economie Sociale de Marché, Kyklos, Bd.56, 2003, S. 574-577.

Mut zum Zweifel. Konsequent skeptische Hayek-Tage in Marburg,
Neue Zürcher Zeitung vom 30. Juni 2003, S. 14.

Die Lobbykratie und die Machtwirtschaft, Badische Zeitung vom 17. Mai 2003, S. 33.

2. Konferenzen, Vorträge

Februar: Konferenz zu "Theorie und Praxis der Politikberatung", Münster.
Korreferat "Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis?".

März: Dreitägiges Seminar der Konrad Adenauer Stiftung zu:
"Die demographische Zeitbombe - Herausforderungen an die Soziale Marktwirtschaft",
Cadenabbia, (wissenschaftliche Seminarleitung gemeinsam mit Dr. Jörg Märkt).

Mai: "4th International Corsica Law and Economics Workshop", Reims (Teilnahme)

Mai: European Ideas Network Meeting, Brüssel (Teilnahme)

Juni: DIW Berlin und Bundesministerium für Bildung und Forschung, Konferenz zu "International Institutions for Sustainability", Berlin. Referat "A Regime for Global Sustainable Development Governance".

Juni: Hayek-Tage der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft, Marburg (Teilnahme)

Juli: Workshop der Jungen Liberalen, Freiburg. Referat: "Wahrer und falscher Liberalismus?"

August: Konferenz des Ratio Institutet zu "Challenges to the Values and Institutions of a Free Society", Stockholm. Referat "Capitalistic Competition as a Communicative Community. Why Politics is less deliberative than markets".

September: Summer School des European Ideas Network, El Escorial, Madrid. Berichterstatter der Arbeitsgruppe "Democracy in the European Union".

September: Vortrag "Current Issues of EU Politics" im Rahmen der International Education of Students, Freiburg.

September: Konferenz "Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen einer 'Neuen Sozialen Marktwirtschaft'", Freiburg. Korreferat zu Gebhard Kirchgässner "Politische Verfassung"

September: Moderation der Podiumsdiskussion "Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft", Freiburg

Oktober: Seminar "Die Werte einer freien Gesellschaft" des Juniorenkreis Publizistik der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft. Diskussionsleitung (gemeinsam mit Dr. Karen Horn).

Oktober: Liberty Fund Socratic Leadership Seminar, Indianapolis (USA) (Teilnahme)

November: Konferenz "Tax Competition Or Tax Harmonisation?", Ludwig von Mises Institute Europe und Friedrich Naumann Stiftung. Vortrag "Institutional Competition as a Discovery Procedure", Brüssel.

November: Meeting des European Ideas Network, Brüssel (Teilnahme)

3. Tätigkeit in der Lehre

Durchführung dreier Lehraufträge ("Grundlagen der Wirtschaftspolitik") an der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Wintersemester 2002/2003, Sommersemester 2003 und Wintersemester 2003/2004.

Nils Goldschmidt

1. Veröffentlichungen

Herausgegebene Bücher:

WunderbareWirtschaftsWelt. Die New Economy und ihre Herausforderungen.
4. Freiburger Wirtschaftssymposium, Baden-Baden: Nomos 2003.

Artikel und Beiträge:

Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena, in: ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 54 (2003), S. 49 - 74 (zus. mit Uwe Dathe).

Robert Liefmann als Ökonom, in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 162 (2003), S. 119 - 143 (zus. mit Gerold Blümle).

Walter Eucken und das ordoliberale Programm, in: WISU 32 (2003), S. 1539 - 1543 (zus. mit Gerold Blümle).

Walter Eucken - Vordenker einer freiheitlichen Ordnung, in: WISU 32 (2003), S. 1027 - 1030 (zus. mit Gerold Blümle).

Theorie auf normativer Basis - Anmerkungen zum ordoliberalen Konzept von Walter Eucken, in: Patricia Commun (Hrsg.): L'ordolibéralisme allemand. Aux sources de l'Economie sociale de marché, Cergy-Pontoise: CIRAC / CICC 2003, S. 119 - 131.

Hayek und die gesellschaftlichen Probleme der Evolution, in: Ingo Pies / Martin Leschke (Hrsg.): F. A. von Hayeks konstitutioneller Liberalismus, Tübingen: Mohr Siebeck 2003, S. 72 - 78.

Sozialpolitik als Technik? Die Entstehung einer ökonomischen Soziallehre und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit - Lehren aus der Theoriegeschichte, in: Berthold, Norbert / Gundel, Elke (Hrsg.): Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart: Lucius & Lucius 2003, S. 11 - 33 (zus. mit Gerold Blümle).

Die Gerechtigkeit der Generationen, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Dezember 2003, 18.

Rezension zu: Thomas Eger (Hrsg.). Kulturelle Prägungen wirtschaftlicher Institutionen und wirtschaftspolitischer Reformen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 291, Duncker & Humblot, Berlin 2002, in: ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 54 (2003), S. 424 - 425.

Rezension zu: Geoffrey M. Hodgson (2001). How Economics Forgot History. The Problem of Historical Specificity in Social Science. London, New York: Routledge, in: Kyklos 56 (2003), S. 418 - 420.

Rezension zu: Ingo Pies (2001). Eucken und von Hayek im Vergleich. Zur Aktualisierung der ordnungspolitischen Konzeption, Tübingen: Mohr, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 223 (2003), S. 379 - 382.

2. Schriftleitung

Kulturelle Ökonomik. Herausgegeben von Prof. Dr. Gerold Blümle, Prof. Dr. Rainer Klump, Prof. Dr. Bernd Schauenberg, Prof. Dr. Dr. Harro von Senger, LIT-Verlag.

3. Konferenzen, Vorträge

Januar: Berliner Colloquium zur Sozialpolitik (TU Berlin, BFA Berlin, DIW Berlin), Berlin. Vortrag: "Ökonomik in der Nach-Schmoller-Ära in Berlin und ihre Bedeutung für die heutige Methodendiskussion in den Wirtschaftswissenschaften".

Januar: Liberale Hochschulgruppe (TU Dresden), Dresden. Vortrag: "Die Selbstverliebtheit des Ökonomen. Warum eine post-autistische Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften notwendig ist."

Februar: 7th Annual Conference of the European Society for the History of Economic Thought (ESHET), Paris. Vortrag: "Heinrich Dietzel and the Economic Principle".

März: 20th Joint Freiburg-Nagoya Seminar, Freiburg. Vortrag: "From Economic Stability to Social Order".

April: Tagung zur Wirtschaftsanthropologie, Wien.
Vortrag: "Die historische Bedingtheit ökonomischer Theorien und deren kultureller Gehalt".

Mai: Tagung der KSZ, Mönchengladbach: "Der Sozialstaat am Scheideweg" (Teilnahme)

Juni: Hayek-Tage der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft, Marburg (Teilnahme)

Juli: Workshop der Jungen Liberalen, Freiburg. Vortrag: "Walter Eucken und die Freiburger Schule".

September: Tagung "Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus", Leucorea Wittenberg (Teilnahme)

September: Konferenz "Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen einer 'Neuen Sozialen Marktwirtschaft'", Freiburg. Vortrag: "Zur Theorie der Sozialpolitik".

Oktober: Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Ökonomie, Oktober 2003, Lindau. Vortrag: "Die Grenzen mikroökonomischer Institutionenanalyse und die Perspektive einer kulturellen Ökonomik".

November: Seminar "Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik. Wirtschaftsstandort Deutschland", Studienhaus Wiesneck, Buchenbach. Vortrag: "Ethische und ideengeschichtliche Voraussetzungen der nachkriegsdeutschen Wirtschaftsordnung und die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft".

November: Tagung der Sektion für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Görres-Gesellschaft, Augsburg "Die Ordnungsvorstellungen des Islam über Wirtschaft und Gesellschaft" (Teilnahme)

November: Volkswirtschaftliches Forschungsseminar der Universität Duisburg-Essen. Vortrag: "Soll man die Toten ruhen lassen? Walter Eucken und die Bedeutung der Theoriegeschichte für die moderne Ökonomik".

4. Tätigkeit in der Lehre

Dozent am IES, Freiburg. Lehrauftrag für "European Market Integration (E441)".

Interdisziplinäres Hauptseminar (gem. mit Prof. Dr. Viktor Vanberg, Prof. Dr. Bernd Neumärker und Prof. Dr. Norbert Glatzel), Sommersemester 2003: "Ökonomik und Ethik. Wirtschaftsethische Konzepte im Vergleich".

Betreuung von Diplomarbeiten

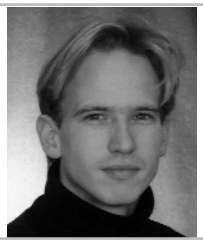
VI. Gastwissenschaftler

Dr. Adam Geršl	Karls-Universität Prag
Grégory Levray	Sorbonne, Paris
Torben Lütjen	Universität Göttingen
Professor Robert Paiusan	Universität Bukarest
Professor Suck-Kyo Ahn	Hangyang University
Professor Pavel Pelikan	Ratio Institutet, Stockholm
Jessica Coakley, B.A.	Fulbright Stipendium, Lafayette College
Professor Philippe Nemo	European School of Business, Paris
Professor Svetozar Pejovich	Texas A&M University
Dr. Patricia Commun	Université Cergy-Pontoise

Projekte junger Gastwissenschaftler in Kurzbeschreibungen

Dr. Adam Geršl aus der Tschechischen Republik war in der Zeit von Oktober 2002 bis September 2003 als Gastwissenschaftler am Walter Eucken Institut und gleichzeitig am Institut für allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik (Prof. Dr. Viktor J. Vanberg) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg tätig. Sein Forschungsaufenthalt in Freiburg wurde durch den DAAD unterstützt.

Adam Geršl hat an der Karls-Universität in Prag Volkswirtschaftslehre studiert (Diplomarbeit zum Thema "Ökonomische Theorie der Regeln"). Seit 2001 promoviert er dort bei Prof. Dr. Karel Kouba. Von 2001-2002 arbeitete er gleichzeitig als Assistent des tschechischen Zentralbankpräsidenten. Sein Dissertationsthema lautet "Political Economy of Macroeconomic Policies". Ziel der Arbeit ist es, den mikroökonomischen politisch-ökonomischen Ansatz mit institutionellen und praktischen Fragen der Geld- und Fiskalpolitik zu verbinden. Während des Aufenthalts in Freiburg hat sich Adam Geršl mit drei Forschungsschwerpunkten beschäftigt, die in engem Zusammenhang zu seiner Dissertation stehen. Zum einen ging es um die Frage der Unabhängigkeit der Zentralbank aus ordnungspolitischer Sicht mit Bezug zu den Ideen Walter Euckens. Dazu ist die Veröffentlichung eines gemeinsam mit Nils Goldschmidt verfassten Papers für 2004 in Vorbereitung. Zum anderen hat er den Teil seiner Dissertation ausgearbeitet, in dem er sich mit der politischen Ökonomie der Geldpolitik befasst und in einem Modell analysiert, welche Anreize und Möglichkeiten Politiker haben, durch Geldpolitik ihre Wiederwahlchancen zu maximieren. Schließlich hat er sich mit praktischen Fragen der Währungspolitik beschäftigt und ein Paper über Devisenmarktinterventionen der Zentralbanken am Beispiel der tschechischen Zentralbank geschrieben, das im Laufe des Jahres 2004 in einer tschechischen ökonomischen Zeitschrift in englischer Sprache erscheinen wird.



Torben Lütjen (Universität Göttingen) bearbeitete im Rahmen seines Dissertationsprojekts zu "Karl Schiller. Eine politische Biographie" im Februar und März 2003 im Walter Eucken Institut den Nachlass des ehemaligen deutschen Wirtschafts- und Finanzministers Karl Schiller.

Der Nachlass befindet sich an zwei unterschiedlichen Orten: Bereits zu Lebzeiten gab Karl Schiller 1974 einen Teil seines Depositums an das Bundesarchiv Koblenz ab. Ein weiterer, insgesamt wesentlich umfangreicherer Teil des Nachlasses wurde nach dem Tode Schillers im Jahre 1994 dem Walter Eucken Institut in Freiburg übergeben. Dieser Bestand ist bisher weder verzeichnet noch kategorisiert worden. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es sich um einen überdurchschnittlich umfangreichen Nachlass handelt, der einen guten Einblick in das wissenschaftliche und politische Wirken Schillers bietet. Der Schwerpunkt der hier befindlichen Korrespondenz betrifft Ministerkollegen Schillers aus der großen bzw. sozialliberalen Koalition sowie die Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt und Herbert Wehner (1966-1972). Besonders die Kontakte zwischen Willy Brandt und Karl Schiller nehmen innerhalb dieser Systematik einen gesonderten, sehr umfangreichen Platz ein. Damit kann teilweise bis hinunter auf die Unterabteilungsleiterebene ein sehr präzises Bild aus Schillers Ministertätigkeit anhand der Freiburger Bestände nachgezeichnet werden.

Jessica M. Coakley ist seit September 2003 Gastwissenschaftlerin am Walter Eucken Institut. Sie erhielt ihren Bachelor Abschluss in "International Affairs and Economics and Business" am Lafayette College in Pennsylvania. Ihr Forschungsaufenthalt am Institut und das weiterführende Studium der Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität werden gefördert durch ein Stipendium der Fulbright Kommission.

Gleichzeitig arbeitet Jessica Coakley als Tutorin am Freiburger Institute of the International Education of Students (IES). Hauptziel ihres Forschungsaufenthaltes ist es, die Tradition der Freiburger Schule und der modernen Konstitutionenökonomik zu untersuchen und deren Beziehungen zu analysieren. Gemeinsam mit Dr. Nils Goldschmidt untersucht sie momentan unter anderem die wirtschaftlichen Liberalisierungen in Chile vor dem Hintergrund der Verfassungsökonomik und der sozialwissenschaftlichen Fragestellungen der Freiburger Schule.

Grégory Levray, seit Oktober 2002 Doktorand am GRESE (Groupe de recherches épistémologiques et socio-économiques), Panthéon-Sorbonne Universität sowie seit Dezember 2003 Mitglied des CIERA (Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne) in Paris arbeitete von März bis August 2003 am Walter Eucken Institut an seinem Dissertationsprojekt. In seiner Arbeit untersucht er die erkenntnistheoretische Frage nach dem Zusammenhang zwischen Theorie und Wirklichkeit und das Problem, wie die Wirtschaftswissenschaftler eine Repräsentation der Realität konstruieren. Schon am Ende des 19. Jahrhunderts standen sich Gustav von Schmoller und Carl Menger im Streit über die Methodik der Volkswirtschaftslehre gegenüber. Zur aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Debatte im Anschluss an den "Methodenstreit" zwischen der deutschen Historischen Schule und der Östereichischen Schule beizutragen, ist das Ziel der Doktorarbeit. In Frankreich zu oft vergessen oder verzerrt dargestellt, stellen die methodologischen Schriften der beiden Schulen eine Bereicherung auch für die Wirtschaftswissenschaften von heute dar.

Das Walter Eucken Institut

I. Zielsetzung

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tode Walter Euckens von einigen seiner Freunde und Schüler und mit der Unterstützung des damaligen Wirtschaftsministers Professor Dr. Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins gegründet. Professor Friedrich A. von Hayek war von 1964 bis 1970 Vorstandsmitglied und von 1970 bis zu seinem Tode Ehrenpräsident des Instituts. Entsprechend der im Jahr 2002 neugefassten Satzung sind Organe des Vereins der Vorstand, das Kuratorium und die Mitgliederversammlung. Anlässlich des 50-jährigen Gründungsjubiläums wurde Nobelpreisträger Professor James M. Buchanan zum Ehrenpräsidenten des Instituts ernannt.

Das Walter Eucken Institut ist eine unabhängige Einrichtung, die sich wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Forschung widmet, insbesondere der Untersuchung von Problemen, deren Lösung für die Erhaltung und Weiterentwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung von grundsätzlicher Bedeutung ist. Mit seinen Vorträgen, wissenschaftlichen Tagungen und Veröffentlichungen setzt sich das Institut zum Ziel, die Grundlagen und Prinzipien einer solchen Ordnung in der Öffentlichkeit deutlich zu machen und das Verständnis für wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu fördern.

II. Mitarbeiter

Direktor
Prof. Dr. Viktor J. Vanberg

Sekretariat
Ursula Mayer

Forschungsreferenten
Dr. Nils Goldschmidt
Dr. Michael Wohlgemuth (mit geschäftsführenden Aufgaben)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Dipl.-Volksw. Wendula Gräfin v. Klinckowstroem

Mitarbeiter im Projekt "Freiburger Aufruf Politikreform"
Dipl.-Volksw. Christoph Sprich

Studentische Hilfskräfte

Li Chen	(bis 31.12.2003)
Anna Czogala	(bis 15.02.2003)
Alexander Eschbach	(seit 01.04.2003)
Anne Francken	(bis 31.01.2003)
Jan Kleinheidt	
Christian Langrock	(bis 31.07.2003)
Kai Lenze	(seit 01.05.2003)
Alexander Lenger	
Heiner Mikosch	(bis 30.09.2003)
Tilman Wehinger	

III. Forschungsschwerpunkte

Hauptziel des Instituts ist es, als ein Kompetenzzentrum in ordnungspolitischer und ordnungsökonomischer Grundlagenforschung zu fungieren und durch geeignete Veranstaltungen ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Besonderes Gewicht wird dabei nicht nur der systematischen Verbindung der Forschungstradition der Freiburger Schule mit der evolutorischen Ordnungsökonomik F.A. von Hayeks und der modernen konstitutionellen Ökonomik J.M. Buchanans eingeräumt, sondern auch der Ausrichtung des ordnungspolitischen Forschungsprogramms auf Fragen der internationalen Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftsverfassung Europas.

1. Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft
Die Diskussion um eine "Neue Soziale Marktwirtschaft" kann entweder als Indiz für die zunehmende Unangemessenheit eines in die Jahre gekommenen ordnungspolitischen Leitbilds oder für dessen zunehmende (bedauerliche) Missachtung seitens der politischen Entscheidungsträger gewertet werden. Jedenfalls erscheint es geboten, Beiträge zu dieser Diskussion zu liefern, die über tagespolitisch aktuelle Symptomkorrekturen hinausgehen. Gerade vor dem Hintergrund neuerer ordnungsökonomischer Arbeiten und empirischer Ergebnisse komparativer Institutionenanalyse sollten ordnungs- und konstitutionenökonomisch aktualisierte Leitideen diskutiert werden. Hierbei geht es auch um wünschenswerte Änderungen der Spielregeln politischen Wettbewerbs, die verbesserte Möglichkeiten und Anreize dafür schaffen, dass langfristige Bürgerinteressen entdeckt werden und im politischen Prozess auch stärkere Berücksichtigung finden.

2. Internationale Ordnungsökonomik
Ordnungs- und konstitutionenökonomische Theorien nehmen meist implizit einen (National-) Staat als Gegenstand positiver Untersuchung oder normativer (Staatsbürger-) Beratung an. Die Ausdehnung der marktwirtschaftlichen Handelnsordnung über Nationengrenzen hinaus (Globalisierung, Europäisierung) stellt die Frage nach einer Rechtsordnung, die dieser "extended order" entspräche. Dies sollte am ehesten universalisierbaren Regeln gerechten Verhaltens gelingen. Doch selbst deren Anwendbarkeit über die Grenzen tradierter und gewachsener Rechtskulturen hinaus ist, aus klassisch-liberaler Sicht, nicht unproblematisch. Anhand aktueller institutioneller Wandlungsprozesse etwa im Rahmen der WTO oder der Europäischen Union lassen sich Konflikte zwischen der (globalen) Reichweite der spontanen Handelnsordnung und den nur schwer supra-national mobilisierbaren Legitimitätsressourcen identifizieren. Vor allem die aktuelle Diskussion um eine europäische "Verfassung" und um Legitimitätsdefizite einer zunehmend aktiv gestaltenden und intervenierenden Europapolitik verdient es, kritisch begleitet zu werden.

3. Demokratie- und verfassungstheoretische Aspekte Europäischer Integration
Vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union, zunehmender "positiver" Integrationsstrategien der Gemeinschaftsorgane und dem bevorstehenden (vorläufigen) Abschluss des Europäischen Verfassungskonvents steht die EU an entscheidenden Weichenstellungen. Auch Legitimationsfragen des Gemeinschaftshandelns werden zunehmend drängend, wie etwa begründete Sorgen um das Demokratiedefizit der EU illustrieren. Verlässiche ordnungsökonomische Leitbilder sind in der praktischen Europapolitik kaum erkennbar. Im interdisziplinären und internationalen Diskurs (etwa im Rahmen des European Ideas Network) versucht auch das Institut, solche Leitbilder zu formulieren.

4. Ökonomische Theorie politischer Meinungsbildung, wissenschaftlicher Politikberatung und institutioneller Reformbedingungen
Bisher ist die ökonomische Theorie der Politik und insbesondere des politischen Wettbewerbs, neoklassischer Gleichgewichtslogik folgend, weitgehend statisch und arm an institutionellem Gehalt. Das Projekt einer "österreichischen", Hayeks sozialer Prozesstheorie folgenden, und "institutionellen", den Ideen moderner Institutionen- und Konstitutionenökonomik folgenden, Theorie politischen Wettbewerbs bietet noch vielfältige und weitgehend neuartige Anwendungsmöglichkeiten. Als Stichworte lassen sich nennen: eine

vergleichende property rights-Analyse der Anreizwirkungen politischer Handlungsrechte; eine ökonomische Analyse demokratischer Meinungsbildungsprozesse; (un)günstige institutionelle Bedingungen wirtschaftspolitischer Reformen; oder die Rolle wissenschaftlicher Politikberatung bei der politischen Meinungsbildung.

5. Wirtschaftsethik als Konstitutionenökonomik
Ordnungsökonomik und Konstitutionenökonomik bieten vielfältige Möglichkeiten zur Verknüpfung mit normativen und wirtschaftsethischen Fragestellungen. Sieht man - in der Tradition Euckens - die Koordination von Einzelinteresse und Gesamtinteresse als ordnungspolitische Aufgabe an, so gilt dies insbesondere auch für die Wirtschaftsethik. Im Mittelpunkt einer ordnungsökonomischen Forschung zu Fragen der Ethik müssen also nicht moralische Appelle, sondern die Gestaltung von Rahmenbedingungen stehen, die moralisches Verhalten nicht ad absurdum führen, sondern die Gestaltung solcher Regeln fördern, die einen für alle Beteiligten auch moralisch wünschenswerten Ordnungsrahmen konstituieren. Auf diese Weise rückt zugleich die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung in den Vordergrund, die rückgebunden werden muss an die konsensualen konstitutionellen Interessen der einzelnen.

6.Theoriegeschichtliche Untersuchungen zur Freiburger Tradition
Das Potential der Freiburger Tradition und ihre aktuelle Bedeutung hat sich aus einem Strom verschiedener Ansätze der Ideen- und Theoriegeschichte entwickelt. Ihre Darstellung und die kritische Prüfung ihrer Grundlagen können wichtige Impulse auch für heutige Fragestellungen liefern. Ein wichtiger Forschungsschwerpunkt werden dabei auch die Entstehungsbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft sein und ihre Relevanz für die heutige Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zugleich sieht es das Institut als seine Aufgabe an, die Forschung zu den einzelnen Mitgliedern der Freiburger Schule durch biographische, bibliographische und zeithistorische Untersuchungen weiterhin zu fördern.

IV. Organe des Trägervereins

Vorstand
Prof. Dr. Viktor J. Vanberg, Universität Freiburg / Direktor des Walter Eucken Instituts
Prof. Dr. Wernhard Möschel, Universität Tübingen
Prof. Dr. Alfred Schüller, Universität Marburg

Ehrenpräsident
Professor James M. Buchanan, George Mason University, Fairfax, VA, USA

Kuratorium
Erich Becker, Aufsichtsratsvorsitzender, KNF Neuberger GmbH, Freiburg-Munzingen (Vorsitzender)
Dr. Gerhard Kempter, Direktor, Volksbank Freiburg (Stellvertretender Vorsitzender)

Dr. Klaus Herberger, Ministerialrat,
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Stuttgart
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Jäger, Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Prof. Dr. Wolfgang Kerber, Universität Marburg
Prof. Dr. Günter Knieps, Universität Freiburg
Prof. Dr. Dr. h.c. Josef Molsberger, Universität Tübingen

IV. Organe des Trägervereins

Mitgliederversammlung

Dr. Alfred Bosch, Freiburg
Prof. Dr. Frank Daumann, Universität Jena
Prof. Dr. Juergen B. Donges, Universität Köln
PD Dr. Bernhard Duijm, Universität Tübingen
Prof. Dr. Johann Eekhoff, Universität Köln
Prof. Dr. Ulrich Fehl, Universität Marburg
Dr. Thomas Geer, Essen
Prof. Dr. Egon Görgens, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Helmut Gröner, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Drs. h.c. Gernot Gutmann, Universität Köln
Prof. Dr. Walter Hamm, Universität Marburg
Prof. Dr. Ernst Heuß, Universität Erlangen-Nürnberg
Prof. Dr. Dr. h.c. Erich Hoppmann, Universität Freiburg
Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Immenga, Universität Göttingen
Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Otmar Issing, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main
Dr. Heinz Jauch, Villingen-Schwenningen
Prof. Dr. Wolfgang Kerber, Universität Marburg
Prof. Dr. Dres. h.c. Norbert Kloten, Universität Tübingen
Prof. Dr. Andreas Knorr, Universität Bremen
Prof. Dr. Helmut Leipold, Universität Marburg
Prof. Dr. Hans Otto Lenel, Universität Mainz
Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst-Joachim Mestmäcker,
MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg
Dr. Bernhard Molitor, Remagen
Prof. Dr. Dr. h.c. Josef Molsberger, Universität Tübingen
Prof. Dr. Wernhard Möschel, Universität Tübingen
Prof. Dr. Peter Oberender, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Dr. h.c. Fritz Rittner, Freiburg
Prof. Dr. Otto Schlecht, Bonn †
Prof. Dr. Dieter Schmidtchen, Universität Saarbrücken
Prof. Dr. Alfred Schüller, Universität Marburg
Dr. Franz Spiegelhalter, Freiburg
Prof. Dr. Manfred E. Streit, MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen, Jena
Prof. Dr. Theresia Theurl, Universität Münster
Prof. Dr. Peter Thuy, Internationale Fachhochschule Bad Honnef/ Bonn
Prof. Dr. Dr. h.c. Egon Tuchtfeldt, Universität Bern
Prof. Dr. Viktor J. Vanberg, Universität Freiburg
Prof. Dr. Roland Vaubel, Universität Mannheim
Dr. Reinhold Veit, Wittnau
Prof. Dr. Stefan Voigt, Universität Kassel
Prof. Dr. Christian Watrin, Universität Köln
Prof. Dr. Hans Willgerodt, Universität Köln
Prof. Dr. Ulrich Witt, MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen, Jena
Prof. Dr. Dr. h.c. Artur Woll, Universität Siegen

V. Fördernde Mitglieder

Fördernde Mitglieder des Walter Eucken Instituts e.V. sind derzeit:

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Albert, Heidelberg
Prof. Dr. Ralph G. Anderegg, Fensisberg
Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow, Hamburg
Erich Becker, Bad Krozingen
Michael Biedert, Freiburg
Dr. Wilhelm Bierling, Freiburg
Prof. Dr. Georg Bleile, Bad Krozingen
Dr. Susanne Cassel, Berlin
Christa Genck, Freiburg
Prof. Dr. Günther Gillessen, Freiburg
Dr. Günter Grosche, Brüssel
Lothar Hainz, Zell a. H.
Stephanie von Hayek, München
Clemens Heidenreich, Freiburg
Ursula Kienberger-Markwalder, Basel
Dr. Hermann Leßmann, Burghausen / Salzach
Dr. Herbert Lienemann, Kelkheim
Dr. Otto Maiss, Germering
Dr. Walter Ott, Pfullendorf
Dr. Olaf Prüßmann, Brüssel
Stefan Reimann, Wiesbaden
Dr. Ernst Reuschling, Freiburg
Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser, Landau
Dr. Franz Josef Scholz, Freiburg
Paul W. Schöndorf, Freiburg
Karl Schönenberger, Au
Helmut Steinel, Tervuren
Gerhard Vögtle, Freiburg
Dr. Rainer Wohlgemuth, Überlingen am Bodensee
Jutta Zähringer, Freiburg
Hans Zahneissen, Freiburg

Mit Inkrafttreten der neuen Satzung des Instituts zum 1. Januar 2003 besteht die Möglichkeit, mit einem jährlichen Beitrag von mindestens EUR 100,- für natürliche Personen und von EUR 500,- für juristische Personen förderndes Mitglied des Walter Eucken Instituts e.V. zu werden.
Aufgrund der anerkannten Gemeinnützigkeit des Vereins sind die Beiträge von Fördermitgliedern steuerlich abzugsfähig. Sie erhalten umgehend eine entsprechende Spendenbescheinigung.
Fördernde Mitglieder erhalten:

>> Einladungen zu allen Vortragsveranstaltungen des Instituts, auch zu solchen, die sich an einen ausgewählten Kreis richten;
>> den Jahresbericht des Instituts;
>> laufende Informationen über die Publikationen des Instituts;
>> Diskussionspapiere, die vom Institut herausgegeben werden.

Eine Beitrittserklärung als förderndes Mitglied des Walter Eucken Instituts liegt diesem Jahresbericht bei. Weitere Formulare schicken wir Ihnen oder anderen Interessenten gerne zu (sie sind auch online über www.walter-eucken-institut.de abrufbar).

Aus der Badischen Zeitung vom 29. März 2003

Warum nichts geschieht

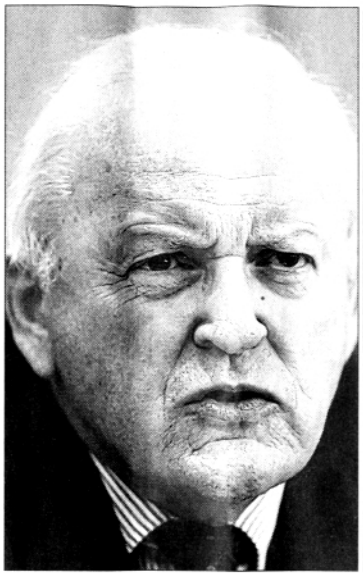
Mängel liegen im politischen System, nicht bei Lösungsdefiziten / Freiburger Initiative

Von unserem Redakteur
Albrecht Beck

FREIBURG. „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem" – so hatte vor sechs Jahren der damalige Bundespräsident Roman Herzog den „Reformstau" hier zu Lande begründet. Auch gestern kam Herzog in Freiburg über diese Feststellung nicht hinaus, nichts an Problemlösungen sei wirklich vorangekommen.

Der Bundespräsident a.D. sprach im Rahmen eines bemerkenswerten Projekts. Seit Jahren unterhalten der Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden (WVIB) auf Initiative seines früheren Präsidenten Erich Becker mit dem Freiburger Walter-Eucken-Institut einen Arbeitskreis, der sich mit der Reformunfähigkeit von Politik und Gesellschaft beschäftigt. Jetzt wollte man die Idee, dass der Reformstau nicht etwa auf inhaltliche Defizite beruht, sondern dass es Mängel im politischen System gibt, an die Öffentlichkeit bringen. Um endlich ein Signal zum Handeln zu setzen.

Also versammelte man in Freiburg Gleichgesinnte. Und da konnte Roman Herzog nicht fehlen. Er definierte die Freiheit, Offenheit der Gesellschaft beziehungsweise ihrer Entscheidungsträger als Grundvoraussetzung für eine Umsetzung von Reformen. Je mehr freie und nicht fixierte Urteile in Entscheidungen eingebunden würden, desto mehr bestehe die Chance auf Veränderung. Im Genesatz dazu, sagte Herzog, ist unsere Gesellschaft und Bürokratie geprägt von Interdependenzen und Abhängigkeiten. Die Angst, nichts falsch zu machen, führe letztendlich zu Fehlentscheidungen. Wie wenig Freiheit in dieser Gesellschaft bestehe, lehre schon das Beispiel der Wirtschaft. Die wirtschaftliche Freiheit des Menschen sei derzeit durch die hohe Staatsquote „minimal", betrachte man die Differenz von Nettolohn und fixen Kosten eines jeden.



Würde gerne vieles ändern: Roman Herzog. FOTO: AP

Besonders die Normenflut ersticke jede Art von Weiterentwicklung. In jedem Einzelfall entstanden aus rationalen gut nachvollziehbaren Gründen, sei ihre Summierung indes „fatal" und ersticke jede Veränderung. Normen seien auch die Grundlage, erbittert mit allen Mitteln zu verteidigen, was einem schließlich zustehe. „Dies werden wir uns nicht weiter leisten können", schloss Herzog.

Ähnlich sieht das auch der „Altfreiburger" Klaus Mangold vom Vorstand der Daimler-Chrysler AG. „Wer nicht verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren will", lautete eine seiner Kernthesen. Die Losung, es gelte den Gürtel enger zu schnallen, genüge nicht mehr; eine Perspektive für eine neues Konzept werde gebraucht, das auch wirklich Erfolg verspreche. „Durchmogeln ist nicht genug", sagte Mangold mit Blick auf organisierte Interessen, die jeden Wandel blockierten. Es fehle heute an Gleichschritt von Bildung, Beschäftigung und Wachstum.

Viktor Vanberg, der Direktor des Eucken-Institut, erkennt ähnlich wie Herzog vor allem strukturelle Defizite des politischen Prozesses. Er sieht die Unfähigkeit zu notwendigen Reformen in den Bedingungen des politischen Wettbewerbs. Wenn Politiker glaubten, dass Reformen ihren Erfolg in diesem Wettbewerb steigern könnten, dann würden alle sich als Reformer hervortun. „Augenscheinlich leistet der bei uns existierende Wettbewerb aber genau dieses nicht", sagte Vanberg. Und das habe damit zu tun, wie dieser Wettbewerb bei uns so nicht organisiert ist.

Hier gebe es offensichtlich Mängel, die zu beseitigen die Verfahren, in denen Politik gemacht wird, verbessern könnte. Wesentlich dabei sei ein nicht-interventionistischer Staat ohne korporative Fesseln, um „die Art von Politikversagen zu vermeiden", die das Land in seine beklemmende Lage gebracht habe.

Auch Erich Becker will den „geordneten Rückzug des Staats, um den ungeordneten Rückzug der Gesellschaft aus dem Staat" zu vermeiden. Deshalb forderte er alle Bürger auf mitzuhelfen, die offenkundigen Schwachstellen in den politischen Prozessen zu untersuchen und Lösungswege zu erarbeiten.

Aus "Der Sonntag" vom 30. März 2003

Ruck-Rede im Colombi

Alt-Bundespräsident Roman Herzog warnt vor ökonomischem Niedergang

Von Klaus Riexinger

So richtig erschließt sich dem unbedarften Betrachter die Botschaft nicht. „Ein Ruck muss durch Deutschland gehen", ist auf großformatigen Werbeplakaten mit dem Konterfei des Bundespräsidenten außer Dienst, Roman Herzog, zu lesen. Etwas kleiner gedruckt kann man auf den Plakaten noch lesen, wer es finanziert. Mehr erfährt man nicht. Immer mal wieder tauchen die Plakate in der Stadt auf.

Als Roman Herzog am Freitagabend im Freiburger Colombi-Hotel seine Thesen zum Zustand Deutschlands referierte, kannten alle Anwesenden sein Anliegen. In Wirtschaftskreisen spricht man sogar von der „legendären Adlon-Rede" oder „Ruck-Rede", die Herzog 1997 in dem Berliner Hotel gehalten hat. „Ich war dabei entfuhr es dem Freiburger Daimler-Chrysler-Vorstand Klaus Mangold, der im Colombi Ko-Referent war. Geladen hatte der Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden und das Walter- Eucken-Institut. Auch wenn Herzog seinen Thesen nichts Neues hinzufügen kann, die Zuhörer verschlingen seine Worte. Gleichwohl sie eher dazu geeignet wären, das Publikum zu deprimieren. „Was hat sich getan in den sechs Jahren seit der berühmten Ruck-Rede?", fragte Klaus Mangold, um sie selbst zu beantworten: „Substanziell hat sich kaum etwas getan – es ging eher noch weiter zurück als nach vorne."

Unermüdlicher Warner: Roman Herzog. FOTO: AP

Zu dieser Einschätzung kommt auch Herzog selbst. Für ihn ist dies jedoch ein Ansporn. Wenn er von den Paradoxien seines Lebens als Politiker oder Jurist berichtet, um seine Thesen des schwerfällig gewordenen Deutschland zu untermauern, ist das Publikum dankbar. Es fühlt sich bestätigt. Wenigstens ist man sich einig, warum soviel im Argen liegt: das geringe Wachstum, die vielen Arbeitslosen, das marode Bildungssystem. Wiederholt veranschaulicht Herzog seine Thesen mit „alten Witzen", die jeder kenne. Allein, wenn er den Schwank erzählt, dass es etwa ein Bill Gates in Deutschland nicht einmal zu einem Kleinstunternehmer gebracht hätte, erntet er Lacherfolge.

Obwohl demnächst 75 Jahre alt, eilt der frühere Bundespräsident von Termin zu Termin. Für ihn gilt nach wie vor Sicherheitsstufe eins. Sicherheitsbeamte bewachen den „Herrn Präsidenten", wie er von den Gastgebern in Freiburg genannt wird, auf Schritt und Tritt. Die Ruck-Rede hat den pensionierten Staatsmann zu einer Mission aufbrechen lassen, für die er sich mit Elan, Wortwitz und unvermuteter Lockerheit einsetzt. Er sei gespannt, wie „Herr Clement", der aktuelle Wirtschaftsminister, mit der Krise fertig werde. Seine Ansätze seien richtig, bescheinigt er. An seinen Erfolg glaubt er nicht.

Aus dem Südkurier vom 31. März 2003

„Wir haben ein Umsetzungs-Problem“

Altbundespräsident **Roman Herzog** fordert in Freiburg schnelle, grundlegende Reformen in Politik und Verwaltung

Freiburg (kaz) Altbundespräsident Roman Herzog hat sechs Jahre nach seinem ersten Appell in Berlin jetzt vor 200 badischen Unternehmern in Freiburg erneut zu grundlegenden Reformen in Politik und Verwaltung und zur Verwirklichung von „polyzentralen Strukturen in unserer Gesellschaft“ aufgerufen. „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“, sagte Herzog.

Der Bundespräsident a. D. sprach auf Einladung des Wirtschaftsverbandes Industrieller Unternehmen Badens (WVIB) und des Freiburger Walter Eucken-Instituts. Er verlangte mehr Freiheit für die Bürger und die Marktwirtschaft, den Abbau der Normenflut und der Staatsquote sowie die Rückkehr zu dezentralen Verantwortungsstrukturen. „Je mehr Spielraum der Einzelne hat“, so Herzog, „desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Risiken vermieden und Chancen wahrgenommen werden.“ Mehr Entscheidungsfreiheit reklamierte der Altbundespräsident auch für die Kommunen und Behörden und sogar für die Bundesregierung. „Dem Bundesrat ist eine Macht zugewachsen“, erklärte Herzog, „die ihm gar nicht zusteht.“

Der Stuttgarter Daimler-Chrysler-Vorstand Klaus Mangold betonte, an der von Herzog schon 1997 beschriebenen Dramatik des Reformstaus habe sich seither nichts geändert. Trotz seiner Aufforderung, es müsse ein Ruck durch Deutschland gehen, sei beinahe alles beim Alten geblieben. Seiner Meinung liegt das daran, dass Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Bürgerschaft „keinen maßgeblichen Handlungswillen“ besäßen. „Reformen sind offenbar das, was man bei anderen machen soll, nur nicht bei sich selbst“, sagte der Daimler-Chrysler-Vorstand. Bremser gebe es auf allen Seiten. Er forderte dazu auf, die Zukunft zu subventionieren und nicht länger die Vergangenheit.

Reformbedürftig seien auch und zunächst die Spielregeln und damit die Erfolgsbedingungen des politischen Wettbewerbs, erklärte Professor Viktor Vanberg. Bei der Suche nach den tieferen Ursachen für den Reformstau müssten vor allem die institutionellen Rahmenbedingungen und Entscheidungsstrukturen, die den politischen Prozess in unserem Lande bestimmten, einer genauen Prüfung unterzogen werden. Es gehe dabei im Kern darum, so Vanberg, wie denn die Spielregeln für den politischen Prozess geändert werden müssten, um die Art von Politikversagen zu vermeiden, die Deutschland in die gegenwärtige beklemmende Lage gebracht habe. „Es sollten die Spielregeln des politischen Wettbewerbs so gestaltet sein“, sagte der Institutsleiter, „dass gerade die Politiker die besten Erfolgsaussichten in der Konkurrenz um Ämter haben, die den gemeinsamen Interessen der Bürger am wirksamsten dienen.“

Der Freiburger Aufruf zu Reformen geht auf eine Initiative des Munzinger Unternehmers und WVIB-Ehrenpräsident Erich Becker zurück, der einen Arbeitskreis ins Leben rief, der sich seit fünf Jahren mit der Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten zum Abbau des Reformstaus befasst. Die Herzog-Rede sollte den Auftakt eines längerfristigen Projekts wissenschaftlicher Analysen und öffentlicher Veranstaltungen bilden, für die das Freiburger Walter Eucken-Institut den organisatorischen Rahmen bilden will.

Aus der Badischen Zeitung vom 17. Mai 2003

Die Lobbykratie und die Machtwirtschaft

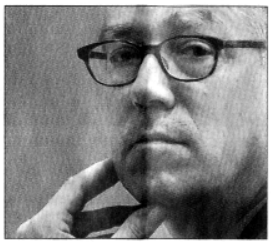
Die Rettung der Welt wäre so einfach – und auch noch billig: Ex-Greenpeace-Chef Thilo Bode erklärt, warum die Demokratie ihre Kinder frisst

Thilo Bode beherrscht die Kunst der Kampagne. Als ehemaliger Greenpeace-Chef weiß er um die Wirkung des auf das Plakative gebrachten Arguments. „Es fehlt eine gerechte Globalisierungspolitik“, „Die Doppelmoral der Marktprediger“, „Die Rettung der Welt: billig und schnell“, „Lobby für das Allgemeinwohl“: So lauten einige Zwischenüberschriften seiner globalen Attacke auf die Wirtschafts- und Umweltpolitik der Industrieländer in seinem Buch „Die Demokratie verrät ihre Kinder“.

Bode, heute Geschäftsführer der Verbraucherschutzorganisation „foodwatch“, bietet aber mehr als nur griffige Parolen. Hinter einer guten Kampagne, weiß er, sollten auch gute Gründe stehen. Diese präsentiert er reichlich und ungemein lesbar. Dem dient sein Verzicht auf deduktive Argumentationslogik zugunsten passender (Skandal-)Geschichten. Der Volkswirt Bode zeigt aber auch, dass gut gemeinte oder gut tönende Politik oft ungewollte oder verschleierte, jedenfalls negative Nebenwirkungen hat. So erklärt er das „jämmerliche Scheitern“ staatlicher Entwicklungspolitik, die korrupte Eliten schützt, oder den Skandal europäischer Agrarpolitik, deren Abschaffung Bode als zentrale Voraussetzung einer „gerechten Globalisierungspolitik“ einfordert.

Die „Doppelmoral der Marktprediger“ liegt darin, dass sie offene Märkte von den anderen, auch von Entwicklungsländern, fordern und gleichzeitig ihre heimischen Märkte, auch mit Hilfe von Sozial- und Umweltstandards, abschotten. Nicht „die Globalisierung“ oder „der Markt“ sind schuld an Armut und Umweltzerstörung, sondern deren Manipulation durch Macht- und Interessenpolitiken der Industrieländer.

Dabei gibt es das Rezept für „die Rettung der Welt: billig und schnell“, wie Bode eher unbescheiden formuliert. Gefordert sind vor allem „wir“, die Industrieländer: Öffnung unserer Agrarmärkte, Beendigung unserer Subventionen für Landwirtschaft, Verkehr und Energie, Gewährung größerer Mitsprache für die Dritte Welt in WTO und IWF – Maßnahmen, die Geld sparen und sofort umgesetzt werden könnten. Warum aber kommt es nicht dazu? Weil das Parteienkartell in unseliger Verfilzung mit Konzernen und Lobbygruppen kurzsichtig Privilegien auf Kosten von Entwicklungsländern, künftigen Generationen und Verbrauchern verteidigt. Dies sind die lobbylosen „Kinder“, die von der Demokratie „verraten“ werden. Hiergegen anzukämpfen, dürfte weder billig sein noch schnell gelingen. Doch Bode bleibt Optimist: Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) haben heute – auch dank der Globalisierung – zunehmend Einfluss auf Regierungen und Konzerne. „David schlägt Goliath“, wie Greenpeace gezeigt hat.



Thilo Bode FOTO: DPA

Nur: wie will Bode die Demokratie verratende Lobbygruppen und die Demokratie rettende NGOs systematisch unterscheiden? Wohl kaum anhand der Methoden (etwa: Nutzung von Medienmacht) und auch kaum mehr anhand der Möglichkeiten, Politiker und Konzerne unter Druck zu setzen. Sein Versuch, selbst die Brent-Spar-Affäre noch als „Erfolg“ für die gute Sache von Greenpeace darzustellen, verrät mehr Parallelen, als der nüchterne Leser zu überlesen vermag. Doch auch wenn NGOs die „Lobby für das Allgemeinwohl“ zu sein beanspruchen könnten, obwohl sie weder demokratisch gewählt noch öffentlich kontrolliert werden – das zentrale Problem bleibt. Moralische Nachhaltigkeits-„Prediger“ mögen sich ihrer Verantwortungsethik sicher sein. Dies hilft aber nichts, solange die Spielregeln in Politik und Wirtschaft den Akteuren Anreize bieten, auf Kosten gemeinsamer Interessen zu handeln. So entsteht als Ergebnis rationalen Handelns die Deformation der Demokratie zur „Lobbykratie“ und der Marktwirtschaft zu „Machtwirtschaft“. Bode fordert konsequent: „Es muss sich also zunächst das wirtschaftliche und politische Anreizsystem ändern. Und zwar zuerst das politische.“

Diese Erkenntnis setzt sich allmählich auch in Deutschland durch. Sie ist nicht neu. Die Freiburger Schule um Walter Eucken marschiert schon seit langem unter Bannern wie „Marktwirtschaft statt Machtwirtschaft“ und „Demokratie statt Lobbykratie“. Seit kurzem verfolgt das Eucken Institut das Projekt der Reform politischer Anreizstrukturen als Vorbedingung einer Stärkung der Bürger- und Konsumentensouveränität.

Michael Wohlgemuth

– Thilo Bode: Die Demokratie verrät ihre Kinder. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart/München 2003. 253 Seiten, 19,90 Euro.

– Am 17. Mai um 14.15 Uhr spricht Thilo Bode im Historischen Kaufhaus Freiburg über: „Wer bestimmt, was wir essen?“

– Michael Wohlgemuth ist geschäftsführender Forschungsreferent am Freiburger Walter Eucken Institut.

KUL FRB

Aus der Süddeutschen Zeitung vom 29. September 2003

Moralische Krise des Sozialstaats

Walter-Eucken-Institut berät über Ordnungsökonomik

N.P. **Freiburg** – Das traditionsreiche Freiburger Walter-Eucken-Institut will mit einem neuen Anlauf das Nachdenken über die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft fördern. Beim ersten Freiburger Symposium zur Ordnungsökonomik berieten Wissenschaftler mehrere Fachrichtungen über sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft".

Der Philosophieprofessor Wolfgang Kersting (Universität Kiel) setzte sich kritisch mit dem Sozialstaat in Deutschland auseinander. Dieser befinde sich in einer „doppelten Krise, einer ökonomischen und einer moralischen". Die Menschen suchten nach einer neuen normativen Begründung. „Man sollte diese Orientierungsleistung aber nicht von der Sozialstaatsphilosophie erwarten," sagte Kersting. Eine „gerechtigkeitsethische Optimierung gesellschaftlicher Verteilungszustände" sei nicht möglich.

Der Sozialethiker Wolfgang Ockenfels (Universität Trier) setzte sich für das personale Menschenbild der katholischen Soziallehre ein. Der Markt besorge nicht automatisch „die Verbesserung der Bedingungen, unter denen man überhaupt erst seine Rechte wahrnehmen kann, wenn man will". Ebenso setze der freie Leistungswettbewerb die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Marktteilnehmer voraus, die der Markt allein nicht bewerkstellige. Eine besondere Bedeutung maß Ockenfels dem Subsidiaritätsprinzip zu, wonach im Zweifelsfall der kleineren Einheit der Vorzug zu geben ist. Das Prinzip setze die jeweils größere politische Einheit einem wirksamen Rechtfertigungsdruck aus.

Der Ökonom Alfred Schüller meinte, die Krise des Sozialstaats sei das Ergebnis „einer Mauer zwischen Sozialstaat und Markt". Der Streit gehe um das Verhältnis von freiwilliger und erzwungener Solidarität, zwischen einer rechtsstaatlich-marktwirtschaftlichen Ordnung einerseits und einer wohlfahrtsstaatlichen Konzeption andererseits. Unter anderem sprach sich Schüller für die „Entpolitisierung" der Selbstverwaltung in der deutschen Sozialversicherung aus.

Joachim Starbatty, der einen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Tübingen innehat, untersuchte die theoretischen und dogmenhistorischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Deren Väter wie etwa Walter Eucken, Wilhelm Röpke oder Alfred Müller-Armack seien von unterschiedlichen Ansätzen ausgegangen, das Konzept sei auch „offen für politischen Formwillen", allerdings habe sich „die Verbindung des Prinzips der Freiheit auf dem Markte mit dem sozialen Ausgleich auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft zu vollziehen". Der katholische Sozialwissenschaftler Friedhelm Hengsbach von der Hochschule St. Georgen (Frankfurt) kritisierte, dass die Soziale Marktwirtschaft im Sinne ihres ursprünglichen Anspruchs in Deutschland gar nicht existiere. Menschen hätten auch „soziale Rechte", die derzeit ständig verletzt würden.

In den Debatten des Symposiums ging es neben der Krise des Sozialstaats auch um die Gestaltung einer Wirtschaftsverfassung und die Neuordnung bundesstaatlicher Ordnungen im Sinne eines Wettbewerbsföderalismus.

Aus der Badischen Zeitung vom 29. September 2003

Reform des Sozialstaats erfordert Reform des Föderalismus

Wirtschaftswissenschaftler konstatieren in Deutschland Politikversagen / Sozialsysteme sollen wettbewerbliche Elemente bekommen

Von unserem Redakteur
Albrecht Beck

FREIBURG. Brauchen wir eine „Neue Soziale Marktwirtschaft", fragte das Walter-Eucken-Institut, renommierte Wirtschaftswissenschaftler versuchten während zweier Tage in Freiburg eine Antwort zu geben. Ihr Fazit: Die Grundmuster der deutschen Wettbewerbswirtschaft mit sozialem Ausgleich greifen noch; aber sie müssen den veränderten Bedingungen angepasst werden. Das gilt besonders für politische Strukturen.

Victor Vanberg, Direktor des Instituts und Initiator der Tagung, machte gleich zu Beginn klar, dass eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft von einer Reform des gestörten politischen Prozesses begleitet werden müsse. Ähnlich wie die Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Herzog („wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem") und Papier („wenn sich der Parlamentarismus selbst blockiert, macht sich die Staatsleitung auf die Suche nach Wegen neben der Verfassung") dies schon früher in Freiburg vorgetragen hatten, wies Vanberg auf dem „1. Freiburger Symposium für Ordnungsökonomik" auf den Reformbedarf bei Parlamentarismus und Föderalismus sowie um sich greifendem Korporatismus von Einzel- und Gruppeninteressen hin. Der politische Wettbewerb, so wie er sich derzeit zeigt, bietet offenbar nicht genügend Anreize, Reformen voranzutreiben. Die Mängel liegen im politischen Prozess selbst, und ohne Beseitigung der offensichtlichen Ursachen für Politikversagen gibt es auch keine sozialstaatlichen Reformen. Es gilt nicht nur „die Marktwirtschaft zu reformieren, sondern auch die politische Verfassung, die den jeweiligen Konsens umsetzt".

Gebhard Kirchgässner von der Universität St. Gallen, trieb diesen Ansatz der Institutionenkritik noch weiter. Er trat entschieden dafür ein, gewonnen am Beispiel Schweiz, dass Deutschland zur Verbesserung der Situation „direkte Volksrechte auch auf Bundesebene" einführen und gleichzeitig den „Föderalismus stärker wettbewerblich ausbauen" sollte. Direkt-demokratische Rechte können die Effizienz bei der Verwendung der Mittel steigern und die Freiräume des Einzelnen besser sichern. Wettbewerb im Föderalismus – Kirchgässner denkt an einen weniger nivellierenden Finanzausgleich – sollte Länder anspornen, leistungsfähiger zu sein.

Das ist aber nicht genug, so der Wirtschaftspolitiker. Zur Vermeidung der „Politikverflechtungsfalle" samt gegenseitiger Blockade durch eine im Sinne der Verfassung missbräuchliche Instrumentalisierung des Bundesrats zur zweiten Bundeskammer kann ein Mehrheitswahlrecht für eine „starke Regierung" sorgen. Andererseits muss durch eine Rückbesinnung auf das repräsentative Mandat der Abgeordnete unabhängiger von der Regierung werden, sich gegen die Parteiendisziplin stemmen. Erst wenn die politischen Institutionen wieder entflochten werden, kann auch eine Reform von Wirtschaft und Sozialsystemen vorankommen.

Für Walter Eucken war die Marktwirtschaft selbst das sozialste Wirtschaftssystem: sie macht Knappheiten sichtbar, erfüllt Verbraucherwünsche, hält die Preise niedrig. Insofern ist für den Ordnungspolitiker Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik identisch. Diesen Gedanken nimmt Ingo Pies auf. Auch er sieht zunächst, ähnlich wie Vanberg und Kirchgässner, nicht nur eine Krise der des Sozialstaats, sondern eine Krise der Sozialstaatsreform. Der Problempunkt ist für Pies das Umverteilungsdenken. In der Öffentlichkeit wird Sozialpolitik gleichgesetzt mit Umverteilung. Genau diese muss aber „dekonstruiert" werden, weil sie in die Irre führe.

Pies gibt ein anschauliches Beispiel: Es gibt eine Diskussion über die Idee, in der gesetzlichen Krankenkasse die Rückvergütung einzuführen. Im Umverteilungsparadigma ist eine solche Vergütung die Perversion des Solidaritätsgedankens. Schließlich bekommen Gesunde Geld, das den Kranken zusteht. Begreift man Sozialpolitik innerhalb eines Systems von Anreizen und Fehlleitungen, dann ist das nach Pies anders zu gewichten: Die Rückvergütung eines Teils der Beiträge ist ein Anreiz, mit Gesundheitsschutz sorgsamer umzugehen. Das spart den Kassen Ausgaben für Leistungen, so dass mehr Geld für die Kranken bleibt. Fehlanreize werden zum Nutzen der wirklich Bedürftigen beseitigt.

Ähnlich wie der Freiburger Nils Goldschmidt plädiert Pies also für eine Sozialpolitik „mit dem Markt", strebt eine „kluge Integration von marktlichen Elementen in die Systeme der sozialen Sicherung" an. Sie kann deren Funktionsweise nachhaltig verbessern, befreit aus einer „Rationalfalle kollektiver Selbstschädigung". Wird Sozialpolitik nicht dirigistisch, sondern ordnungspolitisch organisiert, kann sich der Markt „als soziale Veranstaltung" voll entfalten.

Die Freiburger Tagung förderte interessante Ansätze zu Tage, etwa in der Institutionenkritik oder in der Einbettung der Sozialpolitik in eine wettbewerbliche Marktwirtschaft. Eine „Neue Soziale Markwirtschaft" zu modellieren war sie nicht im Stande, obwohl sie wertvolle Einzelhinweise lieferte. Vielleicht führt das angedachte 2. Freiburger Symposium weiter.

INFO-BOX

WALTER-EUCKEN-INSTITUT

Das Institut wurde 1954, vier Jahre nach dem Tod Walter Euckens, gegründet. Die Einrichtung, die sich der Traditionspflege des großen Freiburger Ökonomen verschrieben hat, ist unabhängig und widmet sich besonders der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Eucken-Institut will sich dabei als Kompetenzzentrum in ordnungspolitischer Grundlagenforschung positionieren. Gleichzeitig legt Institutsdirektor Victor Vanberg Wert auf eine Verbindung der Freiburger Schule mit der Ordnungsökonomik F.A. von Hayeks und der modernen Institutionenökonomik J.M. Buchanans. Das Eucken-Institut wird vorwiegend aus Landesmitteln finanziert. *be*

WIR+ EUZ

Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. September 2003

Wissenschaftler sorgen sich um die offenen Flanken der Sozialen Marktwirtschaft

Kritik an Neigung zum Konsens / Mahnung zum Pragmatismus / Symposion des Walter-Eucken-Instituts

wmu./orn. FREIBURG, 29. September. Die Marktwirtschaft verliert an Popularität. Wie das Institut für Demoskopie in Allensbach kürzlich im Auftrag der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" ermittelt hat, sehen die Bürger vor allem in Ostdeutschland das Soziale unter die Räder kommen. Der Behauptung, der Staat müsse die Bürger so weit wie möglich sozial absichern, stimmten dort 55,9 Prozent der Befragten zu, gegenüber immerhin auch noch 43,5 Prozent im Westen. Um so mehr gilt in der politischen Diskussion die Kompromißformel der „Sozialen Marktwirtschaft" unverändert als attraktiv. Die leichte Vermittelbarkeit der Formel stellt aber zugleich ihre offene Flanke dar, weil sie inhaltsleer zu werden droht und deshalb als Leitbild für marktwirtschaftliche Reformen wenig hergibt: In diesem Ausgangsbefund waren sich die Teilnehmer des 1. Freiburger Symposions zur Ordnungsökonomik noch einig, welches das Walter-Eucken-Institut am Wochenende in Freiburg veranstaltet hat. Weniger Einigkeit bestand in der Frage, ob die heutige Wirtschaftspolitik eine „neue" Soziale Marktwirtschaft braucht und welche konkreten Inhalte diese haben sollte.

Peter Koslowski vom International Centre for Economic Research (ICER) in Turin vertrat die Auffassung, die Soziale Marktwirtschaft habe ihre Rolle als Ordnungsmodell mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus weitgehend verloren. Koslowski kritisierte die dem Modell inhärente „Neigung zum Konsens", die nur verdecke, daß die deutsche Wirtschaftsordnung „anfällig für Paternalismus" und damit freiheitsfeindlich geworden sei.

Joachim Starbatty von der Universität Tübingen, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, wollte so weit nicht gehen. Er betonte, nach der Überzeugung der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft – von Alfred Müller-Armack bis zu Ludwig Erhard – erfüllten

> *„Der Sozialstaat ist nicht zur Finanzierung marktunabhängiger Bürgerlichkeit da."*
>
> Wolfgang Kersting, Philosoph an der Universität Kiel

Markt und Wettbewerb auch ohne Umverteilung wesentliche soziale Funktionen. Dazu zähle, daß der Wettbewerb effiziente Ergebnisse hervorbringe. Zudem erziehe er zu vorhersehbarem und somit moralischem Verhalten. Die Ordnungspolitik erfülle ähnliche Funktionen, beispielsweise wenn sie die Geldwertstabilität sichere oder den Wettbewerb schütze. Starbatty machte darauf aufmerksam, daß diese Dimension der Marktwirtschaft für die ordoliberalen Gründungsväter die wichtigste soziale Komponente gewesen sei. Umverteilungsüberlegungen nach dem Kriterium der sozialen Gerechtigkeit hätten nicht im Vordergrund gestanden oder seien immer mit der Forderung nach einer „marktgerechten Umverteilungspolitik" verknüpft gewesen. Die Frage, was darunter konkret zu verstehen sein möge, blieb ungeklärt.

Auf derart glattem Boden sei es fruchtbarer, die Frage nach einer „sozialen" Wirtschaftspolitik nicht auf normative Prinzipien zu verengen, sondern sie pragmatisch anhand von „Zweckmäßigkeitsgedanken" zu beantworten, sagte Wernhard Möschel von der Universität Tübingen: „Wir müssen fragen, welche konkreten Auswirkungen bestimmte Maßnahmen auf die Anreizstruktur der Akteure haben, nicht ob sie sich philosophisch irgendwie herleiten lassen." So habe sich beispielsweise das Subsidiaritätsprinzip weder als operational noch als justiabel erwiesen. Möschel klagte darüber, daß ökonomisch effiziente Instrumente der sozialen Sicherung – zum Beispiel die private Absicherung von Lebensrisiken über die Kapitalmärkte – vom Sozialstaat verdrängt worden seien. Wer das kritisiere, sei kein Sozialdarwinist, sondern plädiere für eine anreizkompatible Politik. Die staatliche Gewährung eines Existenzminimums lasse sich damit dennoch vereinbaren.

Doch auch grundsätzlich gehört der Sozialstaat nach Ansicht von Wolfgang Kersting von der Universität Kiel auf ein „markt-, rechtsstaats- und demokratieverträgliches Maß" zurückgeschnitten. „Der Sozialstaat ist nicht zur Finanzierung marktunabhängiger Bürgerlichkeit da." Er diene vielmehr dazu, den Bürgern die Teilnahme am Marktgeschehen zu ermöglichen, durch die Garantie offenen Zugangs ebenso wie durch bewußte Aktivierung. Aber „von den ideologisch hochfliegenden Zielen der Ungleichheitsminderung und Statussicherung muß er Abschied nehmen".

Hat die Soziale Marktwirtschaft noch eine Chance, wenn sie mit dem programmatischen Etikett „neu" versehen wird, wie es die unternehmerische Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft" tut, ebenso wie die Christdemokraten? Der Gastgeber Viktor Vanberg von der Universität Freiburg, Leiter des Walter-Eucken-Instituts, begründete sein Plädoyer für eine „neue" Soziale Marktwirtschaft vor allem mit dem Befund, daß die real existierende Wirtschaftsordnung „defizitär" sei. Ein „ordnungspolitischer Neuanfang" sei notwendig. Diesem Appell konnten fast alle Teilnehmer zustimmen – darin, wie ein solcher Neuanfang aussehen könnte, waren sie sich freilich nicht einig. So stieß Vanbergs Vorschlag, auf Grundlage der Konstitutionenökonomik Regeln zu entwickeln, die als allgemein konsensfähig gelten könnten, nicht auf einhellige Zustimmung. Guy Kirsch von der Universität Fribourg wandte ein, Ordnungspolitik finde immer in einer real existierenden Ordnung statt und es gebe viele Möglichkeiten, einen scheinbaren Konsens zu konstruieren. Dem Staat als Vermittler zwischen den Bürgern sei stets zu mißtrauen. Hypothetische Konsensregeln liefen auf eine „Ordnungspolitik der Belanglosigkeit" hinaus.

Aus der Badischen Zeitung vom 4. November 2003

Neue Regeln gegen den Reformstau

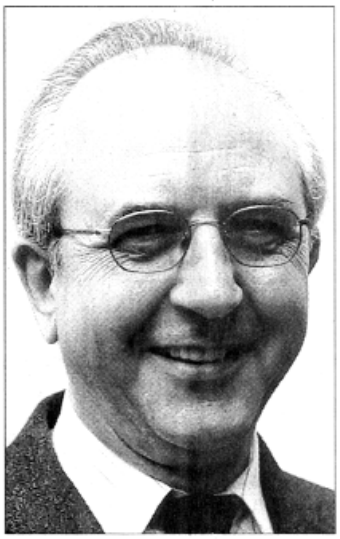
BZ-INTERVIEW mit dem Freiburger Ökonomen Viktor Vanberg zu einer Vortragsreihe des Walter-Eucken-Instituts

FREIBURG. Warum redet fast jeder über Reformen in der Bundesrepublik, doch umgesetzt werden sie oft nur unzureichend? Dieser Frage widmen sich in den kommenden Monaten Sozialwissenschaftler in Freiburg. In einer Vortragsreihe des Walter-Eucken-Instituts wollen die Verwaltungs- und Wirtschaftswissenschaftler zeigen, wie neue Regeln für die politische Entscheidungsfindung zu einer Politik führen, die den gemeinsamen Interessen der Bürger auch dient. Über die Vortragsreihe sprachen Albrecht Beck und Bernd Kramer mit dem Leiter des Walter-Eucken-Instituts, Professor Viktor Vanberg.

BZ: *Herr Vanberg, wie kam es zu dieser Vortragsreihe?*

Vanberg: Die Vortragsreihe knüpft an eine Veranstaltung des Wirtschaftsverbandes Industrieller Unternehmen Baden (WVIB) und des Instituts an. Im ‚Aufruf zu Reformen in Politik und Verwaltung' unterstrichen unter anderem Altbundespräsident Roman Herzog und das Daimler-Chrysler-Vorstandsmitglied Klaus Mangold den wirtschafts- und verfassungspolitischen Reformbedarf in der Bundesrepublik. Dieser Aufruf sollte in ein langfristiges Projekt wissenschaftlicher Analysen und öffentlicher Veranstaltungen münden. Das Walter-Eucken-Institut begleitet dieses Projekt. Die Vortragsreihe haben Sponsoren ermöglicht, die sich dem Freiburger Aufruf angeschlossen haben.

BZ: *Sie fordern nicht nur eine Reform der Sozialsysteme, sondern wollen auch Regeln der politischen Entscheidungsfindung ändern. Warum?*



Spezialist für Regeln: Institutschef Viktor Vanberg. FOTO: INSTITUT

Vanberg: Wir haben rasch festgestellt, dass es bei der Diskussion um die Reform des Arbeitsmarktes, des Gesundheitssystems oder der Rentenversicherung an guten Vorschlägen nicht mangelt. So stellt etwa der Sachverständigerat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage schon seit Jahrzehnten die richtigen Diagnosen und hat auch wirkungsvolle Therapien erarbeitet. Wir haben also kein Erkenntnisproblem, sondern ein Durchsetzungsproblem, wie es der frühere Bundespräsident Herzog formuliert hat. Da liegt es nahe, die Ursachen für die gegenwärtige Lage in den Mechanismen der politischen Entscheidungsfindung zu suchen, also auf der Ebene der politischen Verfassung. Diese Regeln des politischen Prozesses behindern ohne Zweifel sinnvolle wirtschafts- und sozialpolitische Veränderungen. Ziel der Vortragsreihe ist es nun, Reformen für die Regeln der politischen Entscheidungsfindung aufzuzeigen.

BZ: *Ihr Ziel heißt, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Politiker die besten Erfolgsaussichten in der Konkurrenz um Ämter haben, die den gemeinsamen Interessen der Bürger am wirksamsten dienen. Können Sie das genauer erläutern?*

Vanberg: Wir leben in einem demokratischen System, in etwas altmodischer Sprechweise ausgedrückt in einer Bürgergenossenschaft. Vorrangiges Ziel dieser Genossenschaft ist, den gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder zu dienen. An diesem Maßstab hat man auch Politik zu messen. Offenkundig geschehen in diesem Land aber viele Dinge nicht, die im gemeinsamen Interesse der Bürger wären. Aus den unterschiedlichsten Gründen, aber vor allem deshalb, weil einzelne Gruppen mit Sonderinteressen solche Veränderungen blockieren. Wir suchen nach Spielregeln für den politischen Prozess, die Politikern stärkere Anreize bieten, sich für solche Gesetze oder Projekte einzusetzen, die im gemeinsamen Interesse der Bürger liegen und nicht nur die Wünsche einzelner Interessengruppen widerspiegeln.

BZ: *Waren Sie bei ihrer Suche schon erfolgreich?*

Vanberg: Wir möchten den Leuten nicht vermitteln, dass wir die perfekten Regeln bereits gefunden haben. In der Vortragsreihe werden Sachverständige jedoch zum Beispiel aufzeigen, wo die Defizite in den Spielregeln für die Betätigung von Parteien in der Bundesrepublik liegen. Oder wie unser gegenwärtiger Föderalismus wirksame Reformen erschwert. Oder wie die direkte Demokratie politische Entscheidungen fördert, die der Wirtschaft eines Gemeinwesens langfristig zugute kommen.

INFO-BOX

DIE VORTRÄGE

Mittwoch, 5. November: Professor Viktor Vanberg, Walter Eucken Institut, Freiburg, „Leistungswettbewerb in der Politik", Professor James Buchanan (Nobelpreis für Wirtschaft 1986), George Mason University Fairfax, USA, „Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics" (Die gleichen Spieler, aber ein anderes Spiel, wie bessere Regeln zu einer besseren Politik führen)

Montag, 15. Dezember: Professor Bruno Frey, Universität Zürich, „Die Zukunft liegt in der direkten Demokratie"

Montag, 26. Januar: Professor Herbert von Arnim, Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer, „Reformen des Parteienstaats",

Mittwoch, 11. Februar: Professor Roland Vaubel, Universität Mannheim, „Reformen der Europäischen Politikverflechtung"

Mittwoch, 19. Mai: Professor Charles Blankart, Humboldt Universität Berlin, „Reformen des deutschen föderalen Systems: Steuern als Preise"

Montag, 7. Juni: Professor Dieter Grimm, Wissenschaftskolleg Berlin, „Muss die Verhandlungsdemokratie konstitutionalisiert werden?"

Freitag, 18. Juni: Professor Reinhard Zintl, Universität Bamberg, „Reformen des deutschen Verbändestaates"

Die Veranstaltungen finden im Haus zur Lieben Hand der Universität Freiburg (Löwenstraße 16) jeweils um 18 Uhr statt. *BZ*

Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. November 2003

Nobelpreisträger für Deregulierung

Buchanan: Vertragsfreiheit bessern / Keine diskriminierende Politik

orn. FREIBURG, 6. November. Der Nobelpreisträger James Buchanan hat dazu aufgerufen, der Vertragsfreiheit in der Wirtschaft mehr Geltung zu verschaffen. Die Vertragsfreiheit leitet sich im deutschen Grundgesetz aus dem Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit des Artikel 2 ab. In wirtschaftlichen Fragen werde sie jedoch ständig mit Füßen getreten, sagte der amerikanische Ökonom vom Center for Study of Public Choice in Fairfax, Virginia, in einem Vortrag der Veranstaltungsreihe des „Freiburger Aufrufs Politikreform", den das Walter-Eucken-Institut organisiert. So dürfe es einem Beschäftigungssuchenden nicht länger versagt bleiben, seine Arbeitskraft unter Tarif anzubieten oder andere freiwillige individuelle Vereinbarungen mit einem Arbeitgeber zu schließen. Die Überregulierung des Arbeitsmarkts verstoße gegen ein Grundrecht und sei zugleich ineffizient.

„Daß die Geltung der allgemeinen Gesetze und individueller Schutzrechte vor freiwilligen wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen Einzelpersonen und Gruppen haltmacht, ist wahrscheinlich das größte Manko in der grundlegenden institutionellen Struktur westlicher Staaten", sagte Buchanan, der 1986 für die „Entwicklung der vertragstheoretischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Theorie wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsprozesse" mit dem Nobel-Gedächtnispreis ausgezeichnet worden ist. Diese logische Inkonsistenz in der Auslegung und Anwendung des Grundgesetzes führe zu diskriminierenden Eingriffen des Staates in die Wirtschaft. Die Möglichkeit, Partikularinteressen zu befriedigen, erkläre indirekt auch die Höhe des Staatsanteils. Es gelte auch, in wirtschaftspolitischen Fragen Diskriminierungen zu verbieten und zu allgemeinen Gesetzen überzugehen. „In einer solchen Reform muß für einzelne Gruppen die Möglichkeit versperrt werden, sich Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen." Auch eine stärkere Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung (Legislative) und Regierung (Exekutive) könne helfen, ebenso eine Wiederbelebung des Föderalismus, mehr regionaler Standortwettbewerb sowie eine regelmäßige Anwendung qualifizierter Mehrheitsregeln in parlamentarischen Abstimmungen.

Der von Unternehmen und Privatpersonen finanziell unterstützte „Freiburger Aufruf Politikreform" setzt nach Worten des Freiburger Ökonomieprofessors Viktor Vanberg, zugleich Leiter des Walter-Eucken-Instituts, an der Erkenntnis an, daß es der Politik zwar nicht an dem Wissen mangelt über die notwendigen Reformen, sondern an geeigneten Spielregeln dafür zu ihrer Verwirklichung. Falsch gesetzte Anreize führten dazu, daß im politischen Wettbewerb Partikularinteressen gefördert und Symptombehandlungen einer sachgerechten Ursachenbehebung vorgezogen würden. „Es ist leichter, die Regeln zu ändern, als die Menschen", betonte Buchanan.

Aus der Badischen Zeitung vom 8. November 2003

Der lange Arm der Lobbyisten

Vertreter von Interessengruppen verwässern auf Dauer auch radikale Steuerreformen, sagt Nobelpreisträger James Buchanan

VON UNSEREM REDAKTEUR
BERND KRAMER

FREIBURG. James Buchanans Botschaft klingt eigentlich traurig: Eine grundlegende Reform des Steuersystems ist zwar möglich, sagt der 1986 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Amerikaner. Allerdings hilft sie der Wirtschaft nicht auf Dauer. Schon nach wenigen Jahren werden Wachstum fördernde Effekte langsam verwässert. Neue Steuerschlupflöcher ersetzen alte, bestimmte Einkunftsarten besteuern die Finanzämter wieder anders als andere, und die Bemessungsgrundlage für die Steuer schrumpft wegen neuer Ausnahmeregelungen stetig.

Der Grund: Politiker haben einen Anreiz, einfache und gerechte Steuersysteme zu unterhöhlen. Sie wollen wiedergewählt werden. Als ziemlich nützliches Instrument haben sich dabei Steuergeschenke für einzelne Wählergruppen erwiesen. „Das ist das natürliche Ergebnis des politischen Prozesses in einer Demokratie", sagt der heute 84-jährige Professor der George Mason Universität in Fairfax, Virginia.

Buchanan hat solch eine Entwicklung schon einmal prophezeit: Mitte der 80er-Jahre krempelte die amerikanische Regierung unter Präsident Ronald Reagan das amerikanische Steuersystem um. Die Schlagworte von damals finden sich auch in der heutigen steuerpolitischen Diskussion der Bundesrepublik wieder: Wenige, niedrig gehaltene Steuersätze, dafür eine breite Bemessungsgrundlage – ohne Ausnahmen. Sie spiegelten letztlich nur die Interessen von kleinen, machtvollen Einflussgruppen wider.

Die Reform in den USA glückte. Allerdings sorgten Demokraten und Republikaner in den Jahren danach dafür, dass das US-Steuersystem wieder viel von seinem Charme verlor. Sollten erklärte Steuerreformer wie der Verfassungsrechtler Paul Kirchhof oder der CDU-Politiker Friedrich Merz ihre Kräfte also anderswo einsetzen? Diese Frage verneint der Nobelpreisträger: „Vergessen sie nicht, die amerikanische Steuerreform in den 80er-Jahren hat viel zum Boom der 90er-Jahre in den USA beigetragen." Die Anstrengungen hätten sich ausgezahlt.

Auf der Suche nach besseren Regeln und Institutionen: der Nobelpreisträger James Buchanan FOTO: AFP

Moment für eine radikale Steuerreform günstig

Den Moment für einen radikalen Bruch mit dem bisherigen System hält Buchanan in der Bundesrepublik für günstig. „Grundlegende Reformen geschehen vor allem dann, wenn die Lage in einem Land miserabel ist und ein ‚Weiter so' keine Vorteile verspricht." Die Leute seien in solch einer Situation bereit, auch große Veränderungen zu akzeptieren. Sein Kollege, der Mannheimer Wirtschaftswissenschaftler Wolfgang Franz, hat dies einmal „pathologisches Lernen" genannt.

Der vom früheren Arbeitgeberchef Hans-Olaf Henkel heftig kritisierten „Konsenssoße" in der Bundesrepublik kann Buchanan durchaus etwas Positives abgewinnen. Zwingt das politische System die großen Parteien zur Zusammenarbeit und zum Konsens (Übereinstimmung), sind kurzfristige und zugleich dramatische Richtungswechsel in der Politik ausgeschlossen. Dies erhöhe die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen. Allerdings auf Kosten einer raschen Umsetzung politischer Konzepte, wie der Amerikaner zugibt.

Forderungen, den Europäischen Stabilitätspakt abzuschaffen, erteilt der Wissenschaftler eine Absage. Werden die Kriterien des Paktes wie die Obergrenze für das Haushaltsdefizit weiter von einzelnen Mitgliedstaaten der Währungsunion verletzt, drohe der Europäischen Zentralbank (EZB) Gefahr bei der Bewahrung der Preisstabilität. Ihre Glaubwürdigkeit könnte an den Finanzmärkten Schaden nehmen, sagt Buchanan. Glaubwürdigkeit spielt für eine Zentralbank eine wichtige Rolle: Misstrauen Sparer, Bankiers oder Fondsgesellschaften den Worten der Zentralbank, bleibt die Geldpolitik wirkungslos.

Der Zentralbank stellt der Wirtschaftswissenschaftler ein gutes Zeugnis aus. Ihr Vorteil: Da mehrere Nationen mitentscheiden, sei ein hohes Maß an Kontrolle vorhanden. Dies schütze die Bank vor äußerer Einflussnahme.

INFO-BOX

JAMES BUCHANAN

Der 1919 geborene Wirtschaftswissenschaftler – in dieser Woche Referent bei einer Vortragsreihe des Freiburger Walter Eucken Instituts – gilt als einer der Begründer der ökonomischen Theorie der Politik. Ihr Ansatz: Politiker richten ihr Engagement nicht am gemeinsamen Interesse der Bürger aus, sondern suchen vor allem ihren eigenen Vorteil. Mit Hilfe dieses Ansatzes lässt sich unter anderem die Entwicklung von Steuersystemen erklären, die äußerst kompliziert sind und von Ausnahmen beherrscht werden (siehe Artikel). Auch zum Verständnis überdimensionierter Staatshaushalte und hoher öffentlicher Defizite trägt die ökonomische Theorie der Politik bei. Buchanan beschränkt sich jedoch nicht auf die Analyse. Er sucht nach Regeln und Institutionen, die das Handeln von Politikern im gemeinsamen Interesse der Bürger einschränken. Welchen Einfluss die ökonomische Theorie der Politik mittlerweile gewonnen hat, zeigte sich in den 90er-Jahren bei der Diskussion um die Unabhängigkeit von Notenbanken. So herrscht mittlerweile weitgehend Einigkeit darüber, dass eine Zentralbank möglichst frei von politischen Einflüssen entscheiden soll. Nur so könne die Geldwertstabilität dauerhaft gesichert werden. Unter anderem als Reaktion auf diese Diskussion machte der britische Finanzminister Gordon Brown die Bank of England unabhängig. *bkr*

Aus der Mittelbadischen Presse vom 17. Dezember 2003

»Erhard hatte keine Ahnung«

Was würde der legendäre Bundeswirtschaftsminister (1949-1963) in der heutigen Wirtschaftskrise machen?

Von Christoph Rigling

Er gilt als der Erfinder der sozialen Marktwirtschaft und seine dicke Zigarre ist ebenso ein Synonym für das Wirtschaftswunder im Nachkriegsdeutschland wie seine enorme Leibesfülle. Klar, dass in der heutigen Wirtschaftskrise immer wieder sein Name fällt, wenn es um die Lösungen der derzeitigen Probleme geht. Die Rede ist von Ludwig Erhard, zwischen 1949 und 1963 Bundeswirtschaftsminister unter dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer. Also, was würde Ludwig Erhard heute anpacken, was anders machen, um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen?

Sein Biograph, der Volkswirtschaftler und Historiker Volker Hentschel aus Mainz, hat dazu eine dezidierte und knappe Meinung: »Er wüsste es nicht«, sagt Hentschel im Gespräch mit der Mittelbadischen Presse. Das überrascht, wenn man bedenkt, welches Renommee Erhard in der Öffentlichkeit besitzt. »Von Konjunkturpolitik«, erklärt Hentschel sein hartes Urteil, »hatte Erhard keine Ahnung.«

Ludwig Erhard (CDU) gilt als Vater des Wirtschaftswunders und der sozialen Marktwirtschaft. 1966 scheiterte er wegen einer kleinen Wirtschaftsflaute als Bundeskanzler. Foto: dpa

Markt in Ruhe lassen

Unter Konjunkturpolitik versteht man kurzfristige staatliche Maßnahmen, um das Wachstum einer Volkswirtschaft positiv zu beeinflussen. Zum Beispiel kann sich eine Steuerreform positiv auf die Konjuktur auswirken, weil dadurch die Nachfrage stimuliert wird. Erhard hielt jedoch nichts von staatlichen Eingriffen in den Markt. Die beste Wirtschaftspolitik war für ihn, sich nicht in die Märkte einer Volkswirtschaft einzumischen und sie sich selbst zu überlassen. Die Politik sollte nur den Ordnungsrahmen setzen. Teilbereiche dieser Ordnungspolitik sind unter anderem das Wettbewerbsrecht, Gesetze zur Gestaltung der Unternehmens- und Eigentumsordnung, Sozialpolitik und Verbraucherschutz.

Klar, dass der »Vater« der sozialen Marktwirtschaft bei der Konjunkturpolitik ganz offensichtlich Mängel hatte. »Das hat sich gezeigt, als Erhard 1963 Bundeskanzler wurde«, erzählt Hentschel weiter. Eine damals angespannte Haushaltslage mit einem mickrigen Defizit von vier Milliarden DM und die Strukturkrise im Ruhrkohlebergbau waren die ersten Anzeichen eines Konjunkturrückgangs. Erhard stand dieser Krise völlig ratlos gegenüber. 1966 musste er nach Querelen mit dem FDP-Koalitionspartner und der eigenen Partei seinem CDU-Kollegen Kurt Georg Kiesinger Platz machen, der mit der SPD eine große Koalition bildete.

»Wenn Erhard«, argumentiert Hentschel abschließend, »schon 1966 nicht wusste, wie er eine kleine Konjunkturkrise bewältigen sollte, warum sollte er es heute wissen?« Insgesamt hält Hentschel Ludwig Erhard für überbewertet. »Er ist nicht der Erfinder der sozialen Marktwirtschaft«, sagt er. Das Konzept stammt von der Freiburger Schule, den so genannten Ordoliberalen um Walter Eucken, und wurde im Bundeswirtschaftsministerium vor allem von Staatssekretär Alfred Müller-Armack für die politische Wirklichkeit ausgearbeitet. Was Erhard auf jeden Fall positiv zugeschrieben werden müsse, sei die politische Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft. »Erhard war die Personalisierung einer Entwicklung, das so genannte Wirtschaftswunder«, bilanziert der Volkswirt Hentschel.

Aber die Zeiten der Wunder sind vorbei – zumindest sieht man das im Walter Eucken Institut in Freiburg so. »Wir brauchen heute kein neues Wirtschaftswunder«, sagt der Ökonom Nils Goldschmidt. »In der Wirtschaft geschehen keine Wunder.« Er kritisiert die heutige Wirtschaftspolitik als sprunghaft und konzeptlos. »Ludwig Erhard hätte es als Schaukelpolitik bezeichnet«, meint Goldschmidt im Gespräch mit der Mittelbadischen Presse. »Wir beschäftigen uns in der Bundesrepublik zu viel mit einzelnen Problemfeldern«, kritisiert der Wirtschaftsexperte, »das große Ganze haben wir aus den Augen verloren.«

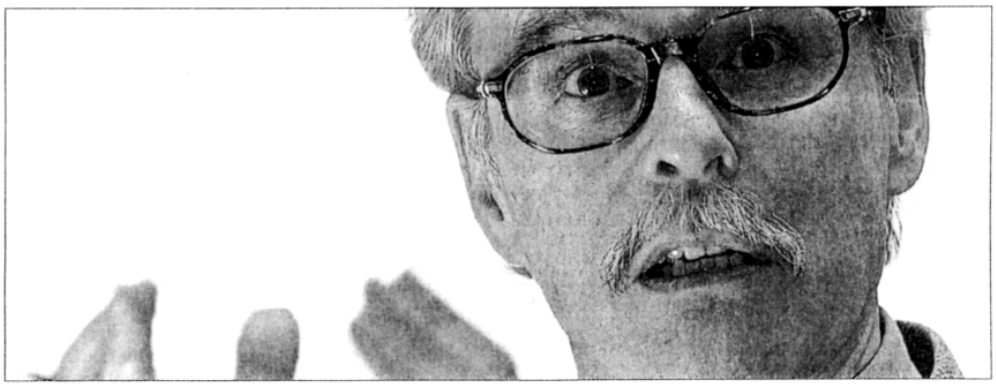
Pfründe abbauen

Das »große Ganze« sind die gesellschaftspolitischen Ziele. »Wir müssen die Bürgerinteressen neu formulieren«, betont er. »Keine Reform auf Teufel komm raus, sondern uns überlegen, was wir tatsächlich wollen.« Konkret heißt das: Privilegien und Pfründe abbauen, die Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft entwirren, damit der Staat wieder handlungsfähig wird. Die Wirtschaft dürfe nicht gezähmt werden, sondern die Politik müsse ihr einen vernünftigen neuen Handlungsrahmen geben. Direkte Demokratie, Wettbewerb im Föderalismus um die besten Lösungen sowie die Eindämmung der Macht der Verbände gehören auch dazu.

»Formierte Gesellschaft«

Und das sind natürlich auch Dinge, die der Ordnungspolitiker Ludwig Erhard für gut befunden hätte. Ihm schwebte eine »formierte Gesellschaft« vor. Auch er wollte die Macht der Verbände einschränken und die gesellschaftlichen Ausgaben wieder an ökonomisches Maß und Ziel anbinden. 1966, als er vom Amt des Bundeskanzlers zurücktrat, scheiterte er auch wegen seines gesellschaftspolitischen Konzepts. Politik, die ausschließlich an das Gemeinwohl denkt, entspricht nicht der Realität. Die Macht der Lobbyisten ist zu groß. Vor allem eines hat Erhard nach Meinung von Goldschmidt falsch gesehen: »Auch Politiker denken an ihre eigenen Interessen, nicht nur ausschließlich ans Gemeinwohl.«

Aus der Badischen Zeitung vom 17. Dezember 2003



Direkte Demokratie macht die Menschen glücklicher, sagt Professor Bruno Frey. FOTO: BAMBERGER

Zügel für die Politiker

BZ-INTERVIEW mit dem Ökonomen Bruno S. Frey zu den Vorzügen direkter Demokratie

FREIBURG. Für den Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Bruno S. Frey liegt die „Zukunft in der direkten Demokratie". Nach Ansicht des Züricher Professors macht diese Regierungsform, durch das Recht mitentscheiden zu dürfen, die Bürger glücklicher. Gleichzeitig verhindere die direkte Demokratie über ihre Politikerkontrolle wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen. Seine Thesen stellte der Wissenschaftler am Montag im Rahmen der Vortragsreihe „Freiburger Aufruf Politikreform" vor. Mit Frey sprach Bernd Kramer.

BZ: *In der Debatte über den Reformstau in der Bundesrepublik wird die Schweiz gern als Vorbild gebraucht. Was machen die Schweizer besser?*

Frey: Zuerst einmal: Die Bundesrepublik hat sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs hervorragend entwickelt. Und auch in der Schweiz gibt es erheblichen Reformbedarf. Allerdings setzt die föderale Ordnung in Deutschland, die das Verhältnis zwischen Bund und Ländern regelt, mittlerweile falsche Anreize für die Politiker. So fehlt es den Ländern in der Bundesrepublik an steuerpolitischen Kompetenzen. Für die Ministerpräsidenten der Länder geht es deshalb vor allem darum, sich möglichst viel finanzielle Unterstützung durch den Bund zu sichern – koste es, was es wolle. Die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung bleiben bei dieser Debatte meist außen vor. In der Schweiz werden die Interessen der Bürger stärker berücksichtigt.

BZ: *Wie kommt das?*

Frey: In der Schweiz können Kantone und Gemeinde eigene Steuern erheben. Die Höhe dieser Steuern müssen sie aber auch gegenüber den Bürgern vertreten. Dadurch sind die verantwortlichen Politiker gezwungen, die Bürger von der Sinnhaftigkeit von Projekten zu überzeugen. Die Politiker können nicht im stillen Kämmerlein und arrogant über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden. Ansonsten laufen sie Gefahr, dass sie mit ihren Vorschlägen in einer Volksabstimmung scheitern. Durch die steuerpolitische Autonomie entsteht wiederum Vielfalt. Sie wirkt als weiteres Korrektiv: Verprasst eine Gemeinde ihre Einnahmen, können Unternehmer und Bürger in Orte abwandern, wo aus ihrer Sicht besser mit dem Geld umgegangen wird. Das führt zu mehr staatlicher Effizienz. Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass Gemeinwesen mit direkter Demokratie eine geringere Staatsverschuldung aufweisen und mehr Geld für Bildung ausgeben.

BZ: *Das macht die Bürger zufriedener?*

Frey: Die Möglichkeit einer Volksabstimmung, eines Referendums, ist entscheidend für den Grad der Zufriedenheit. Bürger sind glücklicher, wenn sie das Recht haben, mittels Volksabstimmungen politische Entscheidungen anzuregen oder auf sie zu reagieren.

BZ: *Geht die direkte Demokratie nicht zu Lasten von Minderheiten?*

Frey: Das glaube ich nicht. Bei Volksabstimmungen werden sehr unterschiedliche Fragen behandelt. Es ist deshalb unwahrscheinlich, dass ein Bürger stets zur Minderheit gehört. Ich habe auch nichts dagegen, wenn bestimmte Grundrechte als unantastbar gelten – wie zum Beispiel im deutschen Grundgesetz. Außerdem verstreicht in der Regel viel Zeit, bis eine Volksabstimmung stattfindet. Dadurch können die Leute diskutieren und abwägen, was wiederum vor unüberlegten, sehr emotionalen Entscheidungen schützt.

BZ: *Gegner der direkten Demokratie wenden ein, dass Bürger in der Regel nicht ausreichend informiert sind, um vernünftig über politische Sachfragen zu entscheiden. Politiker hätten da einen Informationsvorteil.*

Frey: Wer selbst abstimmen darf, informiert sich auch besser. Beispielsweise wissen die dänischen Bürger, die selbst über die Einführung des Euro abstimmten, mehr über die Vor- und Nachteile der Einheitswährung als ihre europäischen Nachbarn, wo die Parlamente entschieden. Zudem glaube ich nicht daran, dass Parlamentarier bei Sachfragen stets besser informiert sind. Vielleicht die Mitglieder von Ausschüssen, die sich die Vorträge von Spezialisten anhören.

INFO-BOX

BRUNO S. FREY

Der gebürtige Basler, Jahrgang 1941, gehört zu den führenden Vertretern der neuen politischen Ökonomie. Ihr Ansatz: Politiker suchen vor allem ihren eigenen Vorteil statt auf das Allgemeinwohl zu achten. Gleichzeitig weisen die Forscher auf die Bedeutung von Regeln und Institutionen bei politischen Entscheidungen hin. Dieser Rahmen gibt die Richtung vor, weil er Anreize für Politiker setzt. Die Reform der Regeln des politischen Prozesses sind Thema der Vortragsreihe „Freiburger Aufruf Politikreform" – von Sponsoren ermöglicht –und die vom Walter Eucken Institut begleitet wird. ***bkr***

Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. Februar 2004

Aufruf zur regelmäßigen Überprüfung der Staatsaufgaben

Das ordnungspolitische Denken droht unter die Räder zu kommen / 50 Jahre Walter-Eucken-Institut

orn. FREIBURG, 1. Februar. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hat zu einer regelmäßigen, institutionalisierten Überprüfung der Staatstätigkeit aufgerufen. „Die Übernahme von Aufgaben durch den Staat darf keine Einbahnstraße darstellen. Einmal übernommene Staatsaufgaben bedürfen der periodischen Überprüfung dahingehend, ob ihre Wahrnehmung durch die öffentliche Hand noch angebracht ist und ob die Aufgabe besser in privater Trägerschaft erfüllt werden könnte", sagte Papier in seiner Rede beim Festakt zum fünfzigjährigen Bestehen des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg. Eine solche Aufgabenkritik müßte sich sowohl auf jede einzelne Staatsaufgabe beziehen als auch das Gesamtvolumen der staatlichen Interventionen, Lenkungsmaßnahmen und Regulierungen in den Blick nehmen. Der Umfang der Staatsaufgaben übe maßgeblichen Einfluß auf die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben aus. Wenn eine systematische Kontrolle über die Staatsaufgaben ausbleibe, sei wohl tatsächlich keine weitere steuerliche Entlastung der Bürger möglich. Eine weitere Liberalisierung und Deregulierung würde den Staat nach Papiers Auffassung daher sowohl von Aufgaben entlasten, die er ohnehin nicht mehr befriedigend zu erfüllen vermöge, als auch der Politik Handlungsspielraum für eine „wirklich große Steuerreform" oder zumindest für die derzeit diskutierte, überfällige Vereinfachung des Steuerrechts verschaffen.

Darüber hinaus gelte es, von der gängigen, übermäßig engen Konzeption der Sozialstaatlichkeit abzukommen. Sozialstaatlichkeit bedeute nicht nur Umverteilung. Es gehe längst nicht mehr nur um einen Lastenausgleich in der Gegenwart, sondern auch um die Erhaltung und Eröffnung von Zukunftsperspektiven und Zukunftschancen, sagte der Verfassungsrichter. Wenn heute bestimmte sozialstaatliche Leistungen gekürzt würden, dann werde nicht nur den bisher Berechtigten etwas weggenommen, sondern es diene dem Zweck, jene Bürger zu entlasten, die auch in Zukunft für den Fortbestand des sozialen Systems sorgen sollten.

ANZEIGE

Eine Lanze für die Aktualität ordnungspolitischen Denkens brach auch der Präsident der Monopolkommission, der Mannheimer Ökonom Martin Hellwig. Markt und Wettbewerb seien unbequem, und dementsprechend seien beide Begriffe aus dem politischen Diskurs auch weitgehend verbannt. Die Beteiligten indes verkennten, daß Markt und Wettbewerb nicht nur eine Maschinerie zur Herstellung von wirtschaftlicher Effizienz zur Überwindung der Knappheit darstellten. Vielmehr gehe es auch darum, staatliche wie private Machtballungen zu verhindern und somit die individuelle Entscheidungsautonomie der Menschen zu bewahren. Die Politik indes sei immer wieder versucht, sich darüber hinwegzusetzen und partikulare Interessen zu bedienen. Als Beispiel verwies Hellwig auf den Rettungsversuch des Bundeskanzlers zugunsten des Frankfurter Bauunternehmens Holzmann, der letztlich eine Willkürentscheidung auf Kosten anderer Unternehmen darstellte. Ein ähnlicher ordnungspolitischer Sündenfall drohe aktuell mit der geplanten Ausnahme von Pressefusionen aus dem allgemeinen Wettbewerbsrecht.

Das traditionsreiche Walter-Eucken-Institut wurde im Januar 1954 von einigen Freunden und Schülern des Freiburger Nationalökonomen gegründet, unter tatkräftiger Unterstützung Ludwig Erhards. Der eingetragene Verein mit rund vierzig Mitgliedern hat seinen Sitz im Dachgeschoß der ehemaligen Euckenschen Wohnung in Freiburg. Das Institut widmet sich der ordnungs- und verfassungsökonomischen Grundlagenforschung.

Aus "Wirtschaft im Südwesten" Nr.3/2004

Regio-Report
IHK Südlicher Oberrhein

Ordnungspolitisches Denken im Mittelpunkt

Freiburger Walter-Eucken-Institut feierte 50-jähriges Jubiläum

Walter Eucken (1891 bis 1950) zählt zu den bedeutendsten deutschen Wirtschaftswissenschaftlern des 20. Jahrhunderts. Mit seinen wirtschaftspolitischen Arbeiten prägte er das Forschungsprogramm der „Freiburger Schule" des „Ordoliberalismus" und hiermit auch die ordnungspolitische Entscheidung der Bundesrepublik für eine soziale Marktwirtschaft. Walter Eucken ist Namensgeber für ein Institut, das vier Jahre nach seinem Tod von einigen seiner Freunde und Schüler mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard in Freiburg gegründet worden war.

Mit einem Festakt in der Aula der Universität feierte das „Walter Eucken Institut" jetzt sein 50-jähriges Jubiläum.

„Das Ziel Walter Euckens, einen institutionellen Rahmen zu schaffen, der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und menschenwürdige Daseinsbedingungen nachhaltig sichert, ist so aktuell wie eh und je", sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, im Rahmen seines Festvortrags zum Thema „Ordnungsprobleme der Politik". Seine Gedanken „Zur Aktualität ordnungspolitischen Denkens" brachte Prof. Dr. Martin Hellwig (Universität Mannheim, Vorsitzender der Monopolkommission) den rund 200 geladenen Gästen nahe.

Das „Walter Eucken Institut" ist eine unabhängige Einrichtung, die sich wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Forschung widmet. Einen besonderen Stellenwert hat die Untersuchung von Problemen, deren Lösung für Erhalt und Weiterentwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung bedeutsam ist. Hauptanliegen des Instituts mit Sitz in der ehemaligen Wohnung Walter Euckens in der Freiburger Goethestraße ist es, als Kompetenzzentrum in ordnungspolitischer und ordnungsökonomischer Grundlagenforschung zu fungieren. Mit Vorträgen, wissenschaftlichen Tagungen und Veröffentlichungen sollen die Prinzipien einer freien und menschenwürdigen Ordnung auch in der Öffentlichkeit deutlich gemacht und das Verständnis für wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge gefördert werden.

Lauschten den Ausführungen der Redner beim Festakt in der Universität: Institutsleiter Viktor Vanberg, Uni-Rektor Wolfgang Jäger (beide mit Gattin) und Bundesverfassungsgerichts-Präsident Hans-Jürgen Papier (v.li.).
Bild: Walter-Eucken-Institut

Organe des 40 Mitglieder starken Vereins sind der Vorstand, ein wissenschaftliches Kuratorium und die Mitgliederversammlung. Die Leitung des Instituts liegt in Händen von Prof. Dr. Viktor Vanberg. Zu den aktuellen Aktivitäten gehört der „Freiburger Aufruf Politikreform". Im Rahmen der Vortragsreihe werden Reformen der politischen Verfassung der Bundesrepublik diskutiert, die dazu beitragen sollen, Privilegienwirtschaft und Reformstau aufzulösen.

Walter Eucken war von 1927 bis 1950 Professor für Nationalökonomie an der Universität Freiburg. Mit seinen Erkenntnissen über die Funktionsbedingungen einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung schuf er die Basis für die soziale Marktwirtschaft und damit für den Wiederaufbau in Deutschland nach 1945. Die Leitgedanken Walter Euckens sind Grundlage der von ihm und dem Rechtswissenschaftler Franz Böhm begründeten „Freiburger Schule". Sie prägen den ordnungsökonomischen Ansatz der modernen Wirtschaftswissenschaft. Danach besteht die Wirtschaftsordnung nicht unabhängig von Gesellschafts-, Staats- und Rechtsordnung, sondern bildet einen unauflösbaren Gesamtzusammenhang. Die staatliche Wirtschaftspolitik sollte Eucken zufolge auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung beschränken und insbesondere den Wettbewerb schützen und stärken; sie sollte nicht zusätzlich versuchen, in den Wirtschaftsprozeß lenkend einzugreifen. *wis*

Otto Schlecht (1925 - 2003) zum Gedenken

Professor Dr. Otto Schlecht, seit Jahrzehnten mit dem Walter Eucken Institut verbunden, starb völlig unerwartet am 3. Dezember 2003. Er war einer der herausragenden Schüler Walter Euckens. Während mehrerer Jahrzehnte wirkte er im Bundesministerium für Wirtschaft gestaltend auf die Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Er galt als "ordnungspolitisches Gewissen" der deutschen Wirtschaftspolitik.

Otto Schlecht wurde am 21. Dezember 1925 in Biberach an der Riß geboren. Wie die meisten seiner Altersgenossen war er in noch jugendlichem Alter Kriegsteilnehmer. Er schlug die Offizierslaufbahn ein, erkrankte während des Krieges an Malaria und erlitt eine Verwundung. Am Kriegsende gelangte er in Bayern in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er bereits im Sommer 1945 entlassen wurde. Es folgte ein Jahr praktischer Tätigkeit als kaufmännischer Volontär bei der Energieversorgung Schwaben AG (Biberach a.d. Riß).

Danach führte ihn sein Weg an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. In zwei Vorsemestern der Propädeutischen Abteilung der Universität holte er das Abitur nach. Im Wintersemester 1947/48 nahm er an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät das Studium der Nationalökonomie auf. Mit Walter Eucken als Mittelpunkt der Freiburger Schule lehrten damals drei herausragende Schüler Euckens aus den dreißiger Jahren an der Fakultät: Friedrich A. Lutz (Princeton) als Gastprofessor und nach dem Tod Walter Euckens (März 1950) als Vertreter seines Lehrstuhls, sowie Karl Friedrich Maier und Leonhard Miksch.

Von starkem Einfluss auf Otto Schlecht war der Rechtsphilosoph Erik Wolf. Er hörte bei ihm die Vorlesungen "Große Staatsdenker" sowie "Rechtsphilosophie". Sein geschichtliches Interesse führte ihn auch zu Vorlesungen des großen Historikers Gerhard Ritter. Wenngleich Franz Böhm zu der Zeit nicht mehr in Freiburg lehrte, so wirkte doch sein rechtsstaatliches Denken prägend und nachhaltig auf Otto Schlecht. Auch das Werk Wilhelm Röpkes übte erheblichen Einfluss auf ihn aus. Von großer Bedeutung war für ihn vor allem auch Friedrich A. von Hayeks mitreißendes Werk "Der Weg zur Knechtschaft" - für viele Studenten der unmittelbaren Nachkriegszeit, die die Diktatur in Deutschland durchlebt hatten, eine wahre Offenbarung über die Folgen des Sozialismus.

Im siebten Semester 1950/51 legte Otto Schlecht die Diplomprüfung für Volkswirte ab. Die Diplomarbeit bei Professor Leonhard Miksch, der diese Schrift wegen seines Todes im Sommer 1950 nicht mehr lesen und begutachten konnte, galt einem Kernstück des neoliberalen Denkens der Freiburger Schule: "Die Vereinbarkeit von politischer und wirtschaftlicher Ordnung".

Die Doktorarbeit verfaßte Otto Schlecht über das Thema "Die Wirkungen der Sozialversicherung auf die Kapitalbildung und den Kapitalmarkt". Bereits vor seiner Promotion im Juli 1953 nahm er im Bundesministerium für Wirtschaft im Referat für "Sozialpolitik" eine Stelle an. Otto Schlechts Aufstieg im Bundeswirtschaftsministerium verlief steil und ohne Unterbrechung: Als junger Regierungsrat wurde er persönlicher Referent des damaligen Staatssekretärs Ludger Westrick (1958), danach Leiter des Referats "Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik" (1962); unter Wirtschaftsminister Karl Schiller wurde er als Nachfolger von Rolf Gocht - einem Schüler Euckens aus den dreißiger Jahren - Leiter der "Grundsatzabteilung" (1967) und sodann unter Wirtschaftsminister Friedrichs beamteter Staatssekretär (1973). Das Amt des Staatssekretärs übte er unter mehreren Wirtschaftsministern bis 1991 aus. Danach leitete er fast elf Jahre die Ludwig-Erhard Stiftung.

Während seiner sich über fast vier Jahrzehnte unter verschiedenen Koalitionsregierungen erstreckenden Tätigkeit im Bundesministerium für Wirtschaft erlebte Otto Schlecht unter zehn Ministern Höhen und Tiefen der Wirtschaftspolitik. Soziale Marktwirtschaft verstand er jedoch stets in der Prägung Ludwig Erhards. Grundlage seines Handelns war die Devise des alten Sokrates: "Nicht wie der Wind weht, sondern wie man die Segel setzt, darauf kommt es an." In diesem Geiste wirkte Otto Schlecht in verschiedenen Etagen des Bundeswirtschaftsministeriums an zahlreichen wirtschaftlich bedeutsamen Gesetzgebungswerken mit. Als Staatssekretär vertrat er Deutschland im Ecofin- und im Binnenmarkt-Ministerrat und nahm teil an der Ausarbeitung des Maastricht-Vertrags sowie des Vertrages über die deutsch-deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Zweihundertmal führte ihn allein der Weg zu Ministerratssitzungen nach Brüssel und Luxemburg.

Neben seinen verantwortungsvollen Dienstgeschäften verfasste er zahlreiche Zeitungsaufsätze, Beiträge zu Sammelwerken, kleinere und größere Abhandlungen zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Ordnungspolitik sowie, besonders in den späteren Jahren, Aufsätze zu ethischen Fragen der Sozialen Marktwirtschaft, darunter die Abhandlung "Ethische Betrachtungen zur Sozialen Marktwirtschaft" (1983) und den Aufsatz "Zur Ethik in Euckens Werk" (2000). Er verwarf jeden wie immer gearteten Werterelativismus und legte dar, dass der Sozialen Marktwirtschaft ethische Vorzugswürdigkeit gebühre. "Die wichtigste ethische Grundlage unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung ist die Freiheit" - so seine Grundposition.

Otto Schlecht erfuhr zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen. Die Bundesrepublik Deutschland verlieh ihm für seine Verdienste die höchste Auszeichnung, die sie an zivile Personen vergeben kann - das Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Auch das Land Baden-Württemberg zeichnete ihn für seine Verdienste aus. Die Universität Trier, an der er Vorlesungen hielt, verlieh ihm den Titel eines Professors. Bei Beendigung seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung wurde er zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernannt, ebenso von der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, bei der er von 1994-1999 als Vorstand wirkte.

Mit dem Walter Eucken Institut stand Otto Schlecht während der vergangenen 50 Jahre in vielfältiger Verbindung: durch Vorträge, zahlreiche Veröffentlichungen in den Schriftenreihen des Instituts, durch Zugehörigkeit als Vereinsmitglied des Instituts seit 1966 sowie durch die wissenschaftiche Politikberatung, die das Institut für das Bundesministerium für Wirtschaft leistete.

Von Reinhold Veit

Veröffentlichungen von Otto Schlecht (Auswahl)

Schlecht, Otto, Die Wirkungen der Sozialversicherung auf die Kapitalbildung und den Kapitalmarkt. Inaugural-Dissertation, Freiburg i. Br. 1953 (hektographiert)

Schlecht, Otto, Konzertierte Aktion als Instrument der Wirtschaftspolitik,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1968 (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 21).

Schlecht, Otto, Erfahrungen und Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck)1972 (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 35).

Schlecht, Otto, Wettbewerb als ständige Aufgabe,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck)1975 (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 53).

Schlecht, Otto, Wirtschaftswachstum wozu, wie, womit?,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1980 (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 79)

Schlecht, Otto, "Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft",
in: Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik,
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, N.F. Bd. 116, Berlin 1981.

Schlecht,Otto, Konjunkturpolitik in der Krise,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck)1983, (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 94).

Schlecht, Otto, Ethische Betrachtungen zur sozialen Marktwirtschaft,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1983, (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 97).

Schlecht, Otto, Die Vereinbarkeit von politischer und wirtschaftlicher Ordnung,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1985, (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 106).

Schlecht, Otto, Marktwirtschaftliche Politik für die 90er Jahre,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck)1989, (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 124).

Schlecht, Otto, Erneuerte Soziale Marktwirtschaft statt Regulierungs- und Versorgungsstaat,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1996, (Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 149).

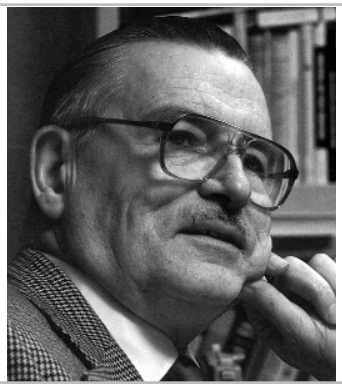
Schlecht, Otto, Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft,
Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1990. (Walter Eucken Institut:
Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 27).

Schlecht, Otto, "Der Freiburger Imperativ - Wirtschaftspolitische Erfahrungen und Perspektiven für Deutschland und Europa", in: Ordnung in Freiheit, Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1992, S. 89-103 (Walter Eucken Institut: Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 29).

Schlecht, Otto, "Zur Ethik in Euckens Werk", in: Bernhard Külp und Viktor Vanberg (Hrsg.),
Freiheit und wettbewerbliche Ordnung. Gedenkband zur Erinnerung an Walter Eucken, Freiburg, Berlin,
München: Haufe Verlag 2000, S. 61-73. Überarbeitete Fassung eines 1990 im Kommentar-Band
zu "Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie", Handelsblatt-Bibliothek "Klassiker der
Nationalökonomie"erschienenen Aufsatzes.

Schlecht, Otto, "Soziale Marktwirtschaft - nicht ‚neu' erfinden, sondern zukunftsfähig erneuern!"
Ludwig- Erhard-Stiftung, Kommentare zur Ordnungspolitik, S. 1-7. - Dieser Beitrag wurde am 7. August 2001
in der Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlicht unter der Überschrift "Die Soziale Marktwirtschaft -
Konzept für das einundzwanzigste Jahrhundert. Ein anpassungsfähiges Wirtschaftssystem".

James M. Buchanan: Ehrenpräsident des Walter Eucken Instituts



James M. Buchanan:
Ehrenpräsident des Walter Eucken Instituts

Der Mitbegründer der ökonomischen Theorie der Politik und Erneuerer klassisch liberaler Verfassungstheorien wurde 1919 in Tennessee geboren, wo er auch studierte und 1941 den M.A. in Economics erlangte. Nach dem Dienst bei der U.S. Marine schrieb er sich 1946 als Doktorand an der University of Chicago ein. Vor allem unter dem Einfluss von Frank Knight wurde Buchanan zu einem überzeugten Anhänger marktwirtschaftlicher Ordnungsideen. Nach seiner Promotion im Jahr 1948 entdeckte Buchanan die in den USA bisher unbeachteten Finanztheoretischen Untersuchungen des Schwedischen Finanzwissenschaftlers Knut Wicksell.

Hier fand Buchanan zwei Ideen, die sein Forschungsprogramm entscheidend prägen sollten: Die Irrelevanz der Vorstellung eines wohlwollenden Diktators als Adressat politischer Ratschläge und die Relevanz der Zustimmung der Betroffenen als Richtmaß für Effizienz und Gerechtigkeit staatlichen Handelns. Die erste Idee vertiefte Buchanan als ökonomische Theorie der Politik (Public Choice); die zweite entwickelte er zu einer ökonomischen Kontrakttheorie der Staatsverfassung (Constitutional Economics).

Buchanans akademische Karriere begann mit Professuren an der University of Tennessee (1948-1951) und der Florida State University (1951-1956). Von kürzeren Lehraufträgen (u.a. University of California, London School of Economics) abgesehen, hielt Buchanan seither Lehrstühle an verschiedenen staatlichen Universitäten in Virginia - seit 1983 bis heute ist er an der George Mason University in Fairfax tätig. 1986 erhielt Buchanan den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Werk

Ökonomische Theorie der Politik. Den Nobelpreis verdankt Buchanan seinen Beiträgen zur Begründung einer ökonomischen Theorie der Politik (Public Choice) seit den 1950er Jahren - vor allem in einer von ihm beeinflussten Richtung, der "Virginia School of Political Economy". Buchanan wendet sich entschieden gegen die etablierte wohlfahrtsökonomische Sicht der Wirtschaftspolitik. Diese bewertet reale soziale Zustände anhand theoretischer Fiktionen wie einem "vollkommenen Wettbewerb" und leitet hieraus "Marktversagen" als Begründung politischen Handlungsbedarfs ab. Politische Akteure werden gleichzeitig als wohlwollende allmächtige Akteure unterstellt und nicht als versagensfähige reale Menschen. Diese Inkonsistenz hebt Buchanan auf, indem er auch in der Politik Akteure modelliert, die - im Prinzip nicht anders als der "homo oeconomicus" - zunächst ihren eigenen Vorteil suchen. Nun gilt es, die jeweiligen institutionellen Handlungsrestriktionen und Anreizbedingungen zu betrachten. Dabei stellt Buchanan fest, dass die Funktionsbedingungen einer "unsichtbaren Hand", die mithilfe freiwilligen Tauschs unter Wettbewerbsbedingungen Eigeninteresse und Gesamtwohl verbindet, in realen politischen Prozessen weitaus ungünstiger sind als in realen Marktprozessen.

Buchanan macht damit schon früh zentrale Eigenschaften kollektiven Handelns analytisch greifbar, die heute das Grundinventar der Public Choice Analyse bilden. Hierzu gehört etwa die Schwierigkeit, rationale

und informierte Wählerpräferenzen bilden sowie kollektiv äußern und befriedigen zu können. Dies erklärt wiederum die Missbrauchbarkeit des politischen Gewaltmonopols zur Erlangung von Privilegien. Buchanan (mit Gordon Tullock) zeigt auch die volkswirtschaftliche Verschwendung auf, die bereits durch den Wettlauf um solche allein politisch geschaffenen Renten ("rent-seeking") entstehen. Ebenfalls in nüchterner Analyse der Anreize politischer Akteure leitet Buchanan (u.a. mit Richard Wagner und Geoffrey Brennan) Erklärungen und vernichtende Kritiken keynesianischer Verschuldungspolitik, überdimensionierter Staatshaushalte und ineffizienter Steuersysteme ab. Radikaler als andere Vertreter der ökonomischen Theorie der Demokratie (etwa die "spatial voting" Modelle im Anschluss an Anthony Downs) streicht Buchanans "Virginia Political Economy" die vielfältigen Ursachen für Politikversagen heraus. Gleichzeitig geht es ihm weit mehr als Vertretern der mainstream Public Choice Theorie nicht nur um Erklärung, sondern auch um Aufklärung der Politik. Politikversagen ist nicht auf eigennützige Motive, sondern auf ungeeignete Beschränkungen politischen Handelns zurückzuführen. Damit liegt der Schlüssel bei der politischen Verfassung.

Ökonomische Kontrakttheorie der Staatsverfassung. Ähnlich wie John Rawls lehnt Buchanan eine organisch kollektivistische Theorie des Staates ebenso ab wie eine Konzeption der Politik als reiner Interessenkonflikt. Auch Buchanan geht es um die Begründung des Staates und seiner angemessenen Funktionen aus den Interessen der Bürger. Dem methodologischen Individualismus der Analyse entspricht ein normativer Individualismus und damit das Kriterium freiwilliger Zustimmung der Betroffenen als alleiniges Legitimationskriterium kollektiven Handelns. Politik wiederum ist vor allem dann konsensfähig und marktanalog als "Tausch" konzipierbar, wenn es nicht um spezifische Spielzüge, sondern um grundlegende Spielregeln (und deren neutrale Durchsetzung) geht.

Welche prozeduralen Spielregeln der politischen Verfassung Bürger hinter einem Schleier der Unsicherheit wählen würden, zeigen Buchanan und Tullock in ihrem frühen Klassiker The Calculus of Consent (1962). Die Bestimmung einer optimalen Abstimmungsregel anhand der Kosten der Entscheidungsfindung und der Risiken, einer unterlegenen Minderheit anzugehören, gehört seitdem zum Standardrepertoire bei der Beurteilung von Entscheidungsregeln. In The Limits of Liberty (1975) wählt Buchanan dagegen einen Hobbes'schen Urzustand als Heuristik zur Erklärung der Staatsentstehung durch freiwilligen Vertrag unter eigeninteressierten Individuen, die sich zunächst durch eine Art "Abrüstungsvertrag" gegenseitig besser stellen. Dieser Vertrag muss aber wegen opportunistischer Defektionsanreize staatlich erzwungen werden. Neben der Existenz eines solchen Rechtsschutzstaates wird auch ein öffentliche Güter bereitstellender Leistungsstaat kontraktualistisch hergeleitet. Wie ein mit Zwangsmitteln ausgestatteter Leviathan im Interesse seiner Bürger wiederum gezähmt werden kann, ist das verfassungsökonomische Problem, dem sich Buchanan intensiv widmet. Hierzu zählen etwa seine Arbeiten zu einer anreizkompatiblen Fiskalverfassung (The Power to Tax, 1980 mit G. Brennan) oder seine bereits 1965 entwickelte Theorie der Clubs, die zunehmend von der ökonomischen Föderalismustheorie rezipiert wird.

Rezeption

Buchanans Werk (weit über 20 Bücher und 200 Artikel) fiel stets auf geteilte Reaktionen. Gerade in seiner amerikanischen Heimat gilt er noch heute eher als Außenseiter, der sich dem mainstream der Ökonomik, der Politikwissenschaften oder der Sozialphilosophie immer wieder entzieht. Dies zeigt sich besonders dann, wenn Buchanan, geleitet von einer kontraktualistisch-liberalen Sozialphilosophie, mithilfe ökonomischer Modelle politische Prozesse sowohl beschreiben als auch durch konsensuale Regelsetzung ändern möchte. Hierbei werden nicht nur Disziplingrenzen ungeniert überschritten; auch werden positiv-erklärende und normativ-fordernde Elemente oft unorthodox kombiniert. Dagegen hat Buchanan in Europa oft

mehr Anerkennung erfahren. Dies zeigen auch Beiträge zur von Buchanan initiierten Zeitschrift "Constitutional Political Economy", die heute weit mehr als die von ihm in den 1960er Jahren begründete Zeitschrift "Public Choice" Buchanans Forschungsprogramm wiederspiegelt. Buchanans Ansatz zur Modernisierung des klassischen Liberalismus ist unter deutschen Ordnungsökonomen (etwa in der Tradition der Freiburger Schule) populärer als die methodisch verwandten Arbeiten von Rawls. Buchanans kontraktualistische Begründungen von Regeln einer Verfassung freier Menschen stehen heute gleichberechtigt etwa neben Friedrich A. von Hayeks evolutorischen oder Robert Nozicks naturrechtlichen Ansätzen.

Von Michael Wohlgemuth

Eine überarbeitete Fassung dieses Textes erscheint in:
Gisela Riescher (Hrsg.), Politische Theorie der Gegenwart, Stuttgart: Kröner 2004.

Bibliographie

Werke (Auswahl):

Buchanan, James M., The Collected Works of J. M. Buchanan, 20 Volumes, Indianapolis 1999 - 2002.
Buchanan, James M., Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan, Tübingen 1984.
Buchanan, James M., Markt, Freiheit und Demokratie, St. Augustin 1992.
Buchanan, James M. / G. Brennan, Die Begründung von Regeln, Tübingen 1993.

Literatur:

Vanberg, Viktor J.: Rules and Choice in Economics, London 1994.

Pies, Ingo / Martin Leschke (Hrsg.): J. M. Buchanans konstitutionelle Ökonomik, Tübingen 1996.

Petersen, Thomas: Individuelle Freiheit und allgemeiner Wille.
Buchanans politische Ökonomie und die politische Philosophie, Tübingen 1996.

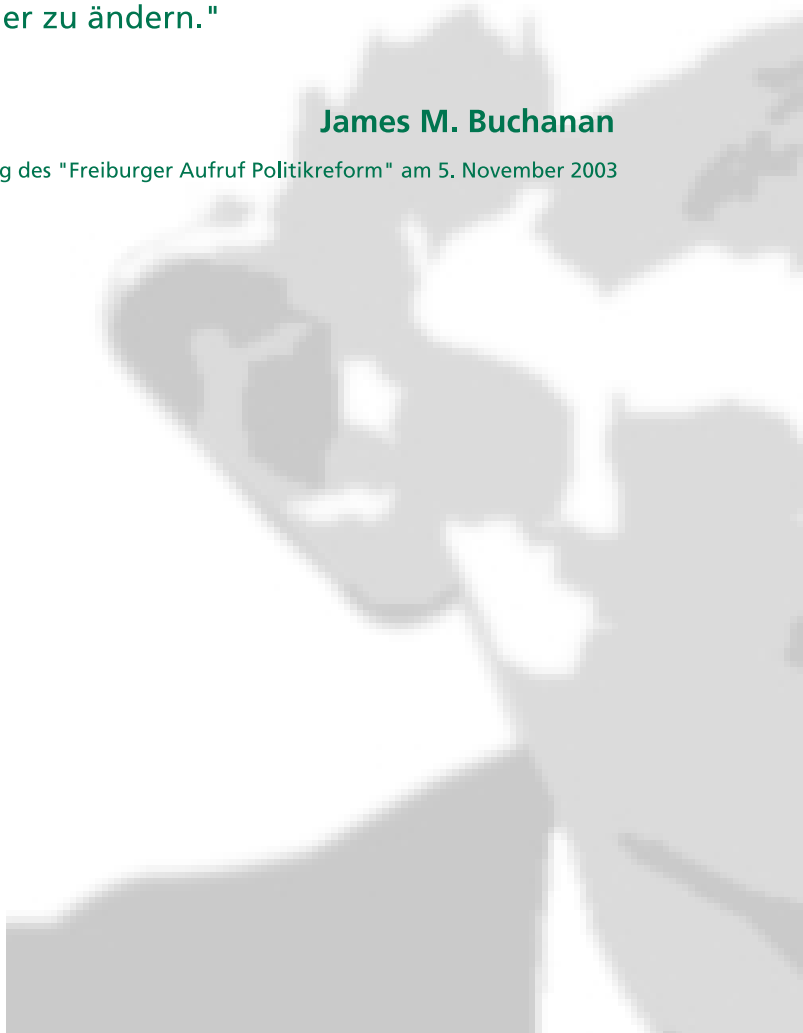
Mueller, Dennis C.: Constitutional Democracy, Oxford 1996.

Brennan, Geoffrey / Hartmut Kliemt / Robert D. Tollison (Hrsg.):
Method and Morals in Constitutional Economics. Essays in Honor of J. M. Buchanan, Berlin 2002.

Walter Eucken **Institut**

ORDO ➔ Constitutio in Libertate

"Die zentrale Botschaft dieses Vortrags, und gleichzeitig des ganzen Public Choice und Constitutional Economics Forschungsprogramms ist, dass Sozialwissenschaftler ... mehr Zeit auf die Untersuchung der Funktionsweisen unterschiedlicher Regeln und weniger Mühen auf die Änderung des Verhalt ens derer verwenden sollten, die ihre Rolle als politische Akteure wahrnehmen. Die Spielregeln zu ändern ist wohl viel einfacher, als den Charakter der Spieler zu ändern."

James M. Buchanan

In seinem Vortrag im Rahmen der Auftaktveranstaltung des "Freiburger Aufruf Politikreform" am 5. November 2003